

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Sicherheitspolitische Probleme unserer Zeit, ist Europa  
vorbereitet? - Wie sieht die Zukunft der Sicherheitspolitik in  
Europa aus.“

Verfasser

Krzysztof Wasilewski

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaften

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg Heinrich



## **Danksagung**

Ich danke meinem Vater Klaus Leskien für die Unterstützung während der Diplomarbeitsphase wie auch während der gesamten Studienzeit.

Weiters möchte ich mich bei meiner Freundin Julia Schiepek bedanken für ihren Beistand und ihre Unterstützung die sie mir in den letzten Wochen gab.

Besonderer Dank gilt auch meinem Diplomarbeitsbetreuer Herrn Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg Heinrich der mich noch so kurzfristig aufnahm.



## **INHALTSVERZEICHNIS**

|                                                                                                                         |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>1. SICHERHEIT</b>                                                                                                    | <b>8</b>  |
| 1.1 Was bedeutet Sicherheit und wie wird sie in der Gesellschaft wahrgenommen?                                          | 8         |
| 1.2 Der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Sicherheit in der Sicherheitspolitik                                       | 9         |
| 1.3 Politische Definition von Sicherheit                                                                                | 10        |
| 1.4 Sicherheitsbegriff – Die vier Dimensionen des Sicherheitsbegriffes                                                  | 12        |
| 1.5 Das zentrale Sicherheitspolitische Problem unserer Zeit                                                             | 19        |
| <b>2. VORGEHENSWEISE BEI DER UNTERSUCHUNG (ANGEWENDETE METHODEN)</b>                                                    | <b>20</b> |
| <b>3. SICHERHEITSPOLITIK IN EUROPA</b>                                                                                  | <b>22</b> |
| 3.1 Sicherheitspolitik in der Europäischen Union                                                                        | 22        |
| 3.2 Europäische Sicherheitsstrategie                                                                                    | 24        |
| 3.3 Neues Strategiepapier der NATO                                                                                      | 32        |
| 3.4 OSZE – Charta for European Security – Corfu Process – Astana Commemorative Declaration Towards A Security Community | 36        |
| <b>4. NEUE HERAUSFORDERUNGEN FÜR EUROPA UND DIE EU</b>                                                                  | <b>45</b> |
| 4.1 Beziehungen zwischen EU und NATO                                                                                    | 45        |
| 4.1.1 Zu Strategischen Partnerschaft:                                                                                   | 46        |
| 4.1.2 Zu „Berlin-Plus-Vereinbarungen“:                                                                                  | 48        |
| 4.2 Probleme in der Beziehung zwischen EU und NATO                                                                      | 50        |
| 4.3 Beziehungen zwischen EU und USA in Fragen der Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO                                 | 54        |
| <b>5. DIE ROLLE DER USA IN BEZUG AUF EUROPÄISCHE SICHERHEIT IN DER ZUKUNFT</b>                                          | <b>56</b> |

|                                                                                                    |           |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 5.1 Entwicklung in den USA im Bezug auf Sicherheitspolitik                                         | 56        |
| 5.2 Wie ist es um die Zukunft der USA-Europa Beziehungen in der Sicherheitspolitik bestellt        | 59        |
| 5.3 Mögliche Bedeutung des Rückzugs der USA für den transatlantischen Partner Europa               | 60        |
| 5.3.1 Libyen-Einsatz und die offenkundigen Probleme in der Allianz resultierend aus der neuen Lage | 62        |
| 5.3.2 Die verschiedenen Sichtweisen der Welt durch die USA und Europa nach Robert Kagan            | 66        |
| 5.4 Ist Europas Macht in Gefahr?                                                                   | 70        |
| <b>6. HEUTIGE WELTPOLITISCHE LAGE</b>                                                              | <b>72</b> |
| 6.1 Heutige Herausforderungen                                                                      | 72        |
| 6.2 Wie sieht/ Wo führt die Entwicklung aus/hin?                                                   | 74        |
| 6.3 Wie sollte die Entwicklung aussehen?                                                           | 77        |
| <b>7. CONCLUSIO</b>                                                                                | <b>80</b> |
| <b>LITERATURVERZEICHNIS</b>                                                                        | <b>83</b> |
| <b>LEBENS LAUF</b>                                                                                 | <b>89</b> |
| <b>ABSTRACT DEUTSCH</b>                                                                            | <b>90</b> |
| <b>ABSTRACT ENGLISH</b>                                                                            | <b>91</b> |
| <b>PERSÖNLICHE ERKLÄRUNG</b>                                                                       | <b>92</b> |



# 1. Sicherheit

## 1.1 Was bedeutet Sicherheit und wie wird sie in der Gesellschaft wahrgenommen?

Das Wort Sicherheit ist jedem von uns bekannt und im Alltag allgegenwärtig, doch was bedeutet es, welche Definition versteckt sich hinter diesem Begriff? Das Verständnis ist nicht immer das gleiche. Wenn man zwei Menschen fragt was sie unter Sicherheit verstehen, bekommt man zwei unterschiedliche Antworten. Jeder sieht andere Bedrohungen vor denen er geschützt werden will. Es ist von Mensch zu Mensch und von Situation zur Situation verschieden. Sicherheit ist kein einfacher Begriff. Zwar kann sich jeder von uns etwas unter Sicherheit vorstellen, doch wenn es darum geht die verschiedenen Vorstellungen von Sicherheit auf einen Nenner zu bringen wird es schwierig. Mit der Frage „Wie würdest du Sicherheit definieren?“ tun sich die meisten schwer. Trotzdem ist Sicherheit zu einem zentralen Wertbegriff unserer Gesellschaft geworden.<sup>1</sup> Es gibt zahlreiche Definitionen von Sicherheit, die von Bereich zu Bereich anders wahrgenommen werden. Auch in der Politik gibt es zahlreiche Definitionen von Sicherheit aber keine einheitliche. Die einfachsten Definitionen von Sicherheit die ich finden konnte sind, „*Sicherheit sei nichts anderes als die Abwesenheit von Unsicherheit*“<sup>2</sup> bzw. „*Abwesenheit von Bedrohung oder Gefahr für erreichte wirtschaftliche und moralische Werte (eines Staates bzw. eines Staatensystems)*“<sup>3</sup> oder „*Zustand des Sicherseins, Geschütztseins vor Gefahr oder Schaden; höchstmögliches Freisein von Gefährdungen*“<sup>4</sup>.

Was gilt heute als Unsicherheit in der Gesellschaft. Unsicher fühlen sich die Individuen wenn sie keine Planungssicherheit haben. Die Planungssicherheit hängt vor allem vom sicheren Einkommen ab. Ein sicheres Einkommen hängt vom Arbeitsplatz ab und die Arbeitsplatzsicherheit hängt von der wirtschaftlichen Lage ab. Ist diese gut, so werden diese Ängste in der Gesellschaft kaum vorhanden sein, ist die Lage jedoch schlecht. Daraus schließt man, dass die wirtschaftliche Lage stabil sein muss, damit sich das Individuum sicher fühlt, also muss der Staat für stabile wirtschaftliche Verhältnisse sorgen um die Unsicherheit zu bekämpfen. Das Individuum und seine Sicherheit beziehen sich daher hauptsächlich auf den Wohlstandserhalt

---

<sup>1</sup> Daase 2010, S. 9

<sup>2</sup> Wolfers 1962, S.148

<sup>3</sup> Wolfers 1952, S.483

<sup>4</sup> <http://www.duden.de/rechtschreibung/Sicherheit#Bedeutung> 26.10.2011, 11:04 Uhr

bzw. -ausbau. Die Zukunft der Sicherheitspolitik ist aus diesem Grund direkt verknüpft mit dem Erhalt des Wohlstands.

## **1.2 Der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Sicherheit in der Sicherheitspolitik**

Die Planungssicherheit des Individuum ist direkt an die wirtschaftliche Situation geknüpft.

Einfach ausgedrückt, geht es der Wirtschaft gut, gehts dem Individuum auch gut.

Planungssicherheit in der Bevölkerung ruft Sicherheit hervor. Der Begriff Sicherheit ist daher sehr geläufig im Zusammenhang mit der Wirtschaft. Wenn man den Suchbegriff „Sicherheit“ auf der Homepage der deutschen Zeitschrift „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ eingibt so bekommt man 19265 Treffer zu dem Begriff und die Artikel kommen aus allen möglichen Bereichen:

Inland, Sportpolitik, Wohnen, Umwelt, Gesellschaft, Europäische Union, Gegenwart, Netzwirtschaft, etc. doch bei weitem stammen die meisten Treffer aus dem Bereich der Wirtschaft und natürlich der Politik.<sup>5</sup> Durch den großen Einfluss den die wirtschaftliche Entwicklung auf die Sicherheit der einzelnen Individuen nimmt, spielt die Wirtschaft die zentrale Rolle bei der Bewahrung der Sicherheit. Daher ist die wichtigste präventive Maßnahme bei Wahrung der Sicherheit für eine gesicherte wirtschaftliche Entwicklung zu sorgen.

Der Wirtschaftswachstum ist nach heutigen Maßstäben „DER“ Indikator für Sicherheit der persönlichen (wirtschaftlichen) Entwicklung. Wenn das Wachstum schlecht ausfällt steigt somit die Unsicherheit. Um solche Entwicklungen zu vermeiden greift der Staat mit Konjunkturpaketen und anderen Maßnahmen ein um die nationale Wirtschaft zu stützen. Doch bei der heutigen Vernetzung in der globalisierten Welt reichen nationale oder regionale Eingriffe oft nicht aus um die Wirtschaft zu stützen. Immer öfter wird die wirtschaftliche Entwicklung durch ferne Konflikte oder globale Herausforderungen bedroht und beeinflusst. Deshalb ist der Schutz der Wirtschaft wichtig für die innere Sicherheit. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass Staaten und Regionen ihre Wirtschaft auch außerhalb ihrer Grenzen beschützen muss.

---

<sup>5</sup> Faz.net 25.10.2011, 21:45 Uhr

### 1.3 Politische Definition von Sicherheit

Die politischen Definitionen sind dagegen um einige Aspekte reicher und auch teils verschieden, dennoch findet man in ihnen immer wieder die Erwähnung von Wirtschaft, was auf ihre Bedeutung hinweist. In der ersten Definition aus dem Bereich der Politik heißt es:

*„Sicherheit im engeren Sinne wird als Schutz des eigenen Territoriums vor in erster Linie militärischer Bedrohung, Intervention oder Krieg verstanden. Im weiteren Sinne wird Sicherheit der Erhalt des außen- bzw. Sicherheitspolitischen Handlungsspielraums und schließlich als Gestaltungsfreiheit der eigenen inneren Ordnung bezeichnet. Sicherheit wird damit zunächst negativ, d.h. als Abwesenheit von äußeren Gefahren oder Bedrohungen verstanden. Dieser negative Sicherheitsbegriff wird aber durch einen positiven ergänzt, der Sicherheit mit Frieden und damit nicht nur mit Nichtkrieg, sondern mit friedlicher Konfliktlösung in harmonisierten oder vergemeinschafteten Regionalsystem verstanden (z.B. in der Europäischen Union)“.*<sup>6</sup> Wie man sieht, gibt es bei dieser Definition aus dem Lexikon für Politik einen klaren Bezug zur Verteidigung des Territoriums und militärischen Bedrohungen.

Desweiteren schreibt der Autor vom Erhalt des Außen- bzw. Sicherheitspolitischen Handlungsspielraums und von Gestaltungsfreiheit der eigenen inneren Ordnung.

Dies deutet auf den Schutz der eigenen Gesellschaft hin. Zu dem Schutz der Gesellschaft gilt es die Gefahren, die diese sieht zu beseitigen. Unsicherheit hervorgerufen durch schlechten wirtschaftlichen Zustand ist eine solche Gefahr. Diese Gefahr schränkt den Handlungsspielraum ein. Bereits bei dieser Definition kann man einen Bezug zum Schutz der Wirtschaft finden.

Um dem Begriff Sicherheit eine weitere Definitionen zu geben, will ich aus dem Buch von Heinz Gärtner „Internationale Sicherheit – Definitionen von A-Z“ zitieren:

*„(a) Sicherheit ist die Abwesenheit von Bedrohung der erreichten wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Werte (acquired values) [...] (b) Sicherheit bedeutet die Abwesenheit von Bedrohung oder die Fähigkeit, Bedrohung abwehren zu können. [...] (c) Sicherheit bedeutet „the ability of states and societies to maintain their independent identity and their functional integrity.“ [...] (d) Mit dem Begriff der Sicherheit wird im Völkerrecht der Zustand eines Staates bezeichnet, in dem dieser einen wirksamen Schutz gegen von außen drohende Gefahren für seine Existenz, seine Unabhängigkeit und seine territoriale Integrität genießt. [...] (e) Sicherheit ist die innere Freiheit, politische Entscheidungen selbst unter Druck eines externen Aggressors zu treffen.“*<sup>7</sup> Betrachtet man nun diese Definitionen so sieht man, dass nicht mehr unbedingt die Verteidigung des Territoriums und militärische

---

<sup>6</sup> Nohlen 2007, S. 499

<sup>7</sup> Gärtner 2008, S. 213-214

Auseinandersetzung die zentrale Rolle spielen, sondern der Schutz der eigenen Wirtschaft, Kultur und Werte, und die Fähigkeit die Bedrohung dieser abzuwehren, wie auch immer diese Bedrohung aussieht. Sie muss nicht unbedingt militärisch sein. Aber auch dem Druck von Außen widerstehen zu können, der ebenfalls nicht explizit als militärischer Druck hervorgehoben wird. Die letzten Definitionen aus dem Buch von Heinz Gärtner, aber auch Teile aus dem Lexikon für Politik, deuten darauf hin, dass heute Gefahren nicht mehr nur militärischer Art sein können, sondern auch andere Form haben können. Die Gefahr wird im Verlust von Unabhängigkeit gesehen, welche verschieden gedeutet werden kann, und im Verlust von Gestaltungsfreiheit, die ebenfalls nicht näher beschrieben wird. Es ist also eine klare Erweiterung des Begriffes spürbar, schon alleine anhand der verschiedenen politischen Definitionen die oben angeführt sind. Die Unterschiede zeigen auf, dass der Sicherheitsbegriff durchaus einen Wandel vollzogen hat und mit dem ursprünglichen Verständnis nicht mehr konform ist. Der Sicherheitsbegriff ist dynamisch, er passt sich den Gefahren die allgegenwärtig sind an und bleibt dadurch nicht statisch. Es verwundert also nicht wenn der Sicherheitsbegriff heute zu einem der zentralen Untersuchungsfelder in der Sicherheitspolitik geworden ist, in einer Zeit wo der Wandel, der durch geopolitische Veränderungen zu Beginn der 1990er Jahre so schnelllebig ist wie nie zuvor. Zum Thema Sicherheitsbegriff schreibt Christopher Daase in seinem Aufsatz „Der Erweiterte Sicherheitsbegriff“ in seiner Einleitung:

*„Trotz der Allgegenwart des Sicherheitsbegriffs ist seine Bedeutung vager denn je. Das kann nicht verwundern, sind es doch gerade die „evaluativen Begriffe“, also diejenigen, die gesellschaftliche Werte ausdrücken, die mehrdeutig und umstritten sind. Häufig sind sie sogar „grundsätzlich umstritten“ (essentially contested), weil sie zum Schauplatz gesellschaftlicher Kämpfe und politischer Auseinandersetzungen werden (Gallie 1956; Connolly 1974: 10-44). Die Debatte, was „Sicherheit“ ist, ist folglich nicht bloß ein „Streit um Worte“ (Lübbe 1975), sondern ein Streit um politische Inhalte und Strategien, diese Inhalte durchzusetzen. Wer die Deutungshoheit über den Begriff „Sicherheit“ erlangt, bestimmt, welche Gefahren wahrgenommen werden, welche Themen Priorität erhalten und welche Strategien als angemessen angesehen werden (Daase 1993: 45). Der Streit um den Sicherheitsbegriff und seine allmähliche Erweiterung ist deshalb ein gutes Beispiel dafür, wie man mit Worten handelt und wie mit Sprache Politik betrieben wird (Austin 1975; Wæver 1989).“<sup>8</sup>*

Daase macht deutlich, dass der Begriff Sicherheit vage ist und sich einem ständigen Wandel unterzieht. Daase schreibt, wer die Deutungshoheit über den Begriff Sicherheit hat, der bestimmt was als Gefahr in der Gesellschaft gilt. Die Deutung heute ist leicht. Die Menschen haben Ängste

---

<sup>8</sup> Daase 2010, S.1 (Aufsatz)

ausgelöst durch die wirtschaftliche Situation, schwieriger ist jedoch die richtige Strategie zur Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wohlstandes in der globalisierten Welt. Der Sicherheitsbegriff ist ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Ängste. Nun ist es so, dass die Politik sich immer nach den vorherrschenden Themen richtet. Diese sind heute vor allem die Wirtschafts- und Finanzkrise. Doch wie stark beeinflusst dies den Sicherheitsbegriff? Wie wir in den oberen Definitionen teils sehen konnten ist der Schutz der Wirtschaft ein Teil der Sicherheitspolitik. Doch werden die richtigen Strategien auch angewandt beim Schutz der Wirtschaft und sind diese zukunftsorientiert?

#### **1.4 Sicherheitsbegriff – Die vier Dimensionen des Sicherheitsbegriffes**

Um zu verstehen wie der Wandel des Sicherheitsbegriffes sich vollzieht bzw. um zu sehen wie er zu der heutigen Definition gelangte, bedarf es einer Analyse der historischen Entwicklung des Begriffes wie auch die Aufspaltung dessen in Teilbereiche. Es gibt mehrere Dimensionen des Sicherheitsbegriffes, von Autor zu Autor sind sie verschieden. So benennen Stephan Heinrich und Hans-Jürgen Lange in ihrem Buch „Erweiterung des Sicherheitsbegriffs“ fünf Dimensionen des Sicherheitbegriffes, die nicht mehr streng voneinander getrennt werden können. „*Neben der traditionellen äußeren (militärisch verstandenen) Sicherheit nimmt die Bedeutung der polizeilichen, ökonomischen, aber auch der sozialen und ökologischen Aspekte der Sicherheit zu.*“<sup>9</sup> In dem Buch von Otmar Höll, „Internationale Politik“, werden zum Thema Dimensionen vom Sicherheitsbegriff folgende Aussagen getätigt, „*Sicherheit hat somit zumindest zwei Dimensionen, nämlich bewaffnete Gewalt von innen und außen abzuschrecken (negative Dimension) und/oder die Schaffung dauerhafter politischer, sozialer und ökonomischer Bedingungen, um Frieden „nachhaltig“ zu sichern (positive Dimension).*[...] *Sicherheit in einem erheblich erweiterten Rahmen, nämlich „umfassend“ definiert: „Comprehensive security“ schließt so neben den militärischen auch politische, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Dimensionen mit ein.*“<sup>10</sup> Es ist also eindeutig, dass der Sicherheitsbegriff in mehrere Dimensionen aufgespaltet werden kann. Ich will näher auf die Dimensionen eingehen, die bei Christopher Daase in seiner Ausarbeitung „Der erweiterte Sicherheitsbegriff“ benannt werden.

---

<sup>9</sup> Heinrich/Lange 2009

<sup>10</sup> Höll 2006, S.54

Daase unterteilt den Sicherheitsbegriff in vier Dimensionen. Die Sachdimension, welche den Problembereich beschreibt in dem die politischen Sicherheitsgefahren gesehen werden. Die Referenzdimension, welche sich mit der Frage beschäftigt wessen Sicherheit gewährleistet werden soll. Die Raumdimension, welche den geografischen Bereich beschreibt, auf den sich die Sicherheit bezieht. Und zuletzt die Gefahrendimension, welche das Problem beschreibt auf welches die Sicherheitspolitik antworten soll.<sup>11</sup>

Zu der Entwicklung der vier Dimensionen nach Daase.

Nachdem Ende des Zweiten Weltkrieges entstand ein "enger Sicherheitsbegriff". Dieser bezog sich vor allem auf militärische Bedrohungen nationaler Territorialität. Die Sachdimension war damals klar, es war die militärische Sicherheit welche den Diskurs bis in die 70er Jahre dominierte. Diese Zeit war geprägt von dem Realismus. Man sah, aufgrund des Fehlens einer Weltregierung ein Sicherheitsdilemma. Jeder Staat war dazu gezwungen sich selbst zu schützen und daher war militärische Aufrüstung unausweichlich. Daher war auch die Kooperation zwischen Staaten nur in ganz engem Bereich möglich. Die These war, dass Kriege im internationalen System unausweichlich seien. Daher war militärische Sicherheit das oberste Gebot der Politik.<sup>12</sup> Ab den 70er Jahren rückte dann die Ökonomische Sicherheit in den Vordergrund und bestimmte die Sachdimension des Sicherheitsbegriffes. Der Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods und die Ölkriese von 1973 führten zu dem Bewusstsein, dass nicht nur militärische Bedrohungen eine Gefahr für einen Staat darstellen konnten, sondern auch andere Gefahren "den Lebensnerv eines Staates treffen konnten".<sup>13</sup> Dies war auch gleichzeitig die Abkehr vom politischen Realismus, der die wahren Sicherheitsprobleme immer weniger erfassen konnte. Daase schreibt: „*Unter den Bedingungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verflechtung sei nicht die militärische Macht und Sicherheit von Staaten, sondern die wirtschaftliche Sicherheit und der Wohlstand von Gesellschaft das Ziel der Politik.*“<sup>14</sup> Man erkannte, dass das Wohl der Gesellschaft durch eine Schwächung der Wirtschaft stark beeinflusst werden kann, und dass wirtschaftliche Probleme ernsthafte Schäden für Staaten mit sich bringen konnten. In dieser Zeit entstanden ebenfalls neue Definitionen von Bedrohung. So schreibt Richard Ulman: „*Eine Bedrohung der nationalen Sicherheit ist eine Handlung oder eine Reihe von Ereignissen, die (1) innerhalb eines relativ kurzen*

---

<sup>11</sup> Daase 2010, S.2 (Aufsatz)

<sup>12</sup> Daase 2010, S.5

<sup>13</sup> Daase 2010, S.6

<sup>14</sup> In Daase 2010, S.6 von Keohane/Nye 1977

Zeitraums droht, die Lebensqualität für die Bewohner eines Staates drastisch verringert, oder (2) die politischen Optionen einer staatlichen Regierung oder privater, nicht-regierungsnaher Einheiten (Personen, Gruppen, Unternehmen) innerhalb eines Staates signifikant einzuschränken droht“<sup>15</sup> Durch veränderte Umstände in der Welt und das Auftreten von neuen Herausforderungen wurden neue Bedrohungen identifiziert und diesen entsprechend dem Sicherheitsbegriff angeglichen. Die Ölkrise machte auf eine Neue, davor noch nicht dagewesene Gefahr aufmerksam und die Lehre die daraus gezogen wurde, war, dass ökonomische, politische und militärische Instrumente als Elemente der Ressourcenpolitik im Rahmen einer erweiterten Sicherheitspolitik integriert werden müssten. Dies ist eine Betrachtungsweise, die heute unter dem Begriff Energiesicherheit aufgrund der Rohstoffverknappung wieder seine Renaissance erfährt. Ab dem Ende der 80er Jahre tauchten neue Gefahren auf bzw. wurden neue Gefahren identifiziert. Es entstand die Phase der Ökologischen Sicherheit. Der Fokus lag auf der voranschreitenden Umweltzerstörung, die als Sicherheitspolitisches Problem angesehen wurde. Man sah die direkte Verbindung zwischen Konflikten und Umweltzerstörung. Die Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlage wurde als gleich gefährlich wie eine militärische Bedrohung angesehen. Es liegt klar auf der Hand, dass Ressourcenkonflikte zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen können.<sup>16</sup> Nachdem Ende des Ost-West Konflikts wurde die Sachdimension des Sicherheitsbegriffs um einen weiteren Aspekt erweitert, die Humanitäre Sicherheit. Es wurden immer mehr innergesellschaftliche Konflikte identifiziert welche zu mehr Aufmerksamkeit für dieses Sicherheitsproblem führten. So schreibt hierzu Daase: „Damit war nach der Militär-, Wirtschafts- und Umweltpolitik der letzte große Problembereich internationaler Politik - nämlich die Menschenrechtspolitik - in den Bankreis des Sicherheitsbegriffes gezogen.“<sup>17</sup>

Auch in der Referenzdimension des Sicherheitsbegriffes gibt es einen nachvollziehbaren Wandel. So war zu Beginn die Referenz auf die nationale Sicherheit fokussiert. Nach der Entstehung von Nationalstaaten in Europa bildeten sich auch neue Sicherheitsinteressen heraus, die von den Staaten verfolgt wurden. Auf diesen Sicherheitspolitischen Interessen der Staaten gründet auch der politische Realismus, der bis in die 1970 Jahre bestand hatte und maßgeblich die Politik der Staaten prägte. Sicherheit bedeutete also den Erhalt der staatlichen Integrität und Selbstbestimmung. Die Definition von Bedrohung bis in die 70er Jahre des vorherigen Jahrhunderts war bezogen auf die Gefahr von außen, durch militärische Aktionen von anderen

---

<sup>15</sup> Ullman 1983, S.133

<sup>16</sup> Daase 2010, S.8

<sup>17</sup> Daase 2010, S.8

Staaten. Erst als der politische Realismus durch liberale Theorien in der internationalen Politik ersetzt wurde, war das Ende des Staatszentrismus eingeläutet. Gesellschaft wurde zum ersten Mal als eigenständiger Faktor der internationalen Politik wahrgenommen, was zu einer Verschiebung des Sicherheitsverständnisses führte. Dieses war nicht mehr nur auf den Staat bezogen, sondern auch auf die Gesellschaft. Es entstand der Begriff der „societal security“, mit dem die Fähigkeit des Erhalts der wesentlichen Charakterzüge einer Gesellschaft ausgedrückt wird. Darauf folgte in den 90er Jahren der Begriff der „Menschlichen Sicherheit“, welcher durch die Commission Global Governance der UN verbreitet wurde. Definiert wurde der Begriff wie folgt: *„dass globale Sicherheit über den Schutz von Grenzen, herrschenden Eliten und exklusiven Staatsinteressen hinausgeht und den Schutz der Menschen einbeziehen muss“*<sup>18</sup> Mit dieser Definition wird die Hinwendung hin zum Individuum deutlich. Schutzbedürftig sind demnach zuerst und vor allem individuelle Menschen und in zweiter Linie Kollektive oder gar Staaten. Dieser Perspektivwechsel offenbart neue Gefahren wie Kriminalität, soziale Not, Krankheit, Armut, Arbeitslosigkeit, Migration, Drogen- und Waffenhandel, die durch die Veränderung der Referenz offenbart wurden und so in Angriff genommen werden konnten. Der Begriff der "Menschlichen Sicherheit" spiegelt ein Bedürfnis wider, gewandelten gesellschaftlichen Wertvorstellungen auch politisch Ausdruck zu verleihen.<sup>19</sup>

Die Raumdimension des Sicherheitsbegriffes veränderte sich ebenfalls im Verlauf der Jahre; von territorial orientierter Sicherheit, regionaler Sicherheit über internationale Sicherheit bis hin zur globalen Sicherheit. Die Territoriale Sicherheit entstammt dem Konzept der nationalen Sicherheit, welche sich an der territorialen Unversehrtheit und gesellschaftlicher Selbstbestimmung orientierte. Der moderne Staat wurde über die vollkommene Souveränität über ein klar begrenztes Territorium definiert. Oberstes Ziel des Staates war die Territoriale Sicherheit. Aus diesem sog. Container Modell des Staates resultierten relativ einfache sicherheitspolitische Anforderungen, welche darin bestanden die Grenzen zu sichern. Obwohl der Kalte Krieg zahlreiche periphere Kriege hatte, *„blieb er ein an traditionellen geopolitischen Vorstellung der Territorialität orientierter Konflikt“*.<sup>20</sup>

In der Zeit der Entspannungspolitik im Verlauf des Kalten Krieges entwickelte sich das Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“, welche eine blockübergreifende Sicherheit in Europa darstellen sollte. Barry Buzan identifizierte sog. regionale Sicherheitskomplexe in denen Staaten so mit

---

<sup>18</sup> Commission on Global Governance 1995, S.89

<sup>19</sup> Daase 2010, S.11

<sup>20</sup> Dalby 1990, S.

einander verbunden sind, dass ihre nationale Sicherheit nicht unabhängig von der Sicherheit der anderen Staaten der Region betrachtet werden konnte.<sup>21</sup> Nach der Regionalen Sicherheit entwickelte sich die Idee der Internationalen Sicherheit welche sich nach den Werten staatlicher Koexistenz und zwischenstaatlicher Stabilität orientierte. Das entscheidende war, dass der Begriff „Sicherheit“ nicht mehr als Eigenschaftsbegriff in Bezug auf nationales Territorium wahrgenommen wurde, sondern als Verhältnisbegriff auf die Beziehung zwischen mehreren Staaten. Daraus resultiert, dass Sicherheitspolitik multilateral betrieben werden muss. Doch dieses Konzept war nicht überzeugend genug. Es führte zwar zur Rüstungskontrolle jedoch nicht alle Staaten profitierten davon. Daher entstand der Begriff der globalen Sicherheit, welcher eine transformation des internationalen Systems verlangt. Ziel ist der Übergang von einer internationalen Gesellschaft zu einer globalen Weltgesellschaft.<sup>22</sup> Die Globale Sicherheit orientiert sich an den universellen Menschenrechten und grundlegenden menschlichen Bedürfnissen, daher besteht eine klare Verbindung zu dem Konzept der „menschlichen Sicherheit“. Doch das Konzept wird noch als Utopie bezeichnet, da es alle Menschen einbezieht und allen gleiche Rechte auf Sicherheit zuspricht, was aber aktuell nicht der Realität entspricht und einen Zustand darstellt, der in weiter Ferne zu sein scheint.<sup>23</sup>

Die letzte der vier Dimensionen des Sicherheitsbegriffes ist die Gefahrendimension. Anfangs wurde die Gefahrendimension des Sicherheitsbegriffes durch die Definition der Bedrohung identifiziert und lokalisiert. Die Aussage war, dass für Staaten dann Sicherheit herrscht, wenn sie frei von Bedrohungen sind bzw. wenn existierende Bedrohungen erfolgreich abgewehrt werden können oder mit entsprechenden Gegendrohungen ausbalanciert werden. Dabei wird die Existenz von Bedrohung durch drei Punkte festgelegt. Erstens, es existiert ein gegnerischer Akteur, zweitens gibt es eine feindliche Intention und drittens, es existiert ein militärisches Potenzial des gegnerischen Akteurs.<sup>24</sup> Alle diese Punkte waren auch zur Zeit des Kalten Krieges zutreffend und daher kann der Kalte Krieg als ein Konflikt bezeichnet werden, bei dem die Bedrohungsabwehr im Vordergrund stand und der Sicherheitsbegriff und seine Gefahrendimension durch die Definition der Bedrohung bestimmt wurde. Auf die Bedrohung folgte dann in den 70er Jahren die Erkenntnis über die Verwundbarkeit, welche nicht durch militärisches Potenzial eines Gegners entstehen konnte, sondern durch Vorkommnisse wie z.B. die Ölkrise zwischen 1973 und 1979.

---

<sup>21</sup> Buzan 1991, S.190

<sup>22</sup> Linklater 1998, S.

<sup>23</sup> Haftendorn 1993, S.33

<sup>24</sup> Daase 2010, S.15

Damit wird auch das Verständnis von Sicherheit anders, da Sicherheit nicht mehr über den Begriff der Bedrohung, sondern über den Begriff der Verwundbarkeit definiert wird. Durch die zunehmende Verflechtung verlieren die militärischen Machtpotenziale an Bedeutung, während ökonomische und ökologische Fragen in den Vordergrund rücken. Kriege bringen zu hohe Kosten und sind unrentabel und als Mittel der Politik unzweckmäßig. Es wurde klar, dass die neuen Gefahren durch ökonomische Abhängigkeiten entstehen würden. Durch die erhöhte Interdependenz sind die Staaten weniger den militärischen Gefahren ausgesetzt, sondern durch ökonomische Verwundbarkeit in ihrer Sicherheit gefährdet. Es gibt also keinen potenziellen Gegner mehr, die Gefährdung der Sicherheit wird über die Verwundbarkeit eines Staates identifiziert. Es gibt zwei Mittel wie man einer solchen Verwundbarkeit entgegenwirken kann. 1. Verringerung einseitiger Abhängigkeit durch Diversifizierung. 2. Verhinderung, dass die eigene Abhängigkeit von einem anderen Akteur ausgenutzt wird.<sup>25</sup> Nach Ende des Ost-West Konflikts sprach man mehr von Risiken anstatt von Bedrohungen oder Verwundbarkeiten. In einem Bericht der Bundeswehr aus dem Jahre 2000 wurde offen von neuen Risiken und Herausforderungen gesprochen, man sah nach dem Ende des Kalten Krieges keine große existenzielle Gefahr mehr für Deutschland, jedoch viele kleine. Das Sicherheitsumfeld war nicht gefahrenfrei.<sup>26</sup> Die neuen Sicherheitsrisiken, von denen in dem Bericht der Bundeswehr die Rede ist, wurden unter anderem als nukleare Proliferation, Organisierte Kriminalität und internationaler Terrorismus identifiziert. Es wurde also klar, dass sich der Sicherheitsbegriff in seiner Gefahrendimension ändern musste und Sicherheitspolitik, um den neuen Risiken begegnen zu können. Hierzu schreibt Daase: *„Risiken beziehen sich nicht wie Bedrohungen auf territorial begrenzte Räume oder wie Verwundbarkeit auf kollektive Güter, sondern auf gesellschaftliche Funktionszusammenhänge.“*<sup>27</sup> Daher muss die Sicherheitspolitik Risiken im Vorfeld erkennen und entschärfen. Um dies zu leisten, kann sie nicht mehr reaktiv sein, sondern muss proaktiv werden. Die Sicherheitspolitik muss somit aktiver und offensiver werden um den bestehenden Risiken zu begegnen. Diese Sicherheitspolitik muss über die Sicherheitspolitik die auf Bedrohungen antwortet, oder der die versucht Verwundbarkeiten zu verringern, hinausgehen. Doch die offene Frage bleibt, wann ist ein Risiko groß genug, dass die Sicherheitspolitik

---

<sup>25</sup> Daase 2010, S.16

<sup>26</sup> „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ 2000, S.24

<sup>27</sup> Daase 2010, S.17

Maßnahmen ergreifen muss.<sup>28</sup> Dies bleibt eine spannende Frage die uns sicher in Zukunft noch des öfteren beschäftigen wird.

Nach der Betrachtung der vier Dimensionen, in die Christopher Daase den Sicherheitsbegriff aufspaltet und ihrer Entwicklung bzw. Erweiterung, erkennt man klare Muster. Es sind sehr oft die gleichen Entwicklungen, die die einzelnen Dimensionen in den gleichen Zeiträumen beeinflussten. So war anfangs nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Ost-West Konflikt das vorherrschende Thema und die Theorie des Realismus beherrschte den Sicherheitsbegriff und seine vier Dimensionen. Daraufhin folgte der zweite große Impuls, die Ölkrise von 1973, die zu großen Veränderungen im Sicherheitsverständnis führte. Es waren aber auch Veränderungen in gesellschaftlichen Wertüberzeugungen, die den Sicherheitsbegriff beeinflussten. Dies erkennt man vor allem bei der Referenzdimension, wo sich das Verständnis von anfangs nationaler Sicherheit, über gesellschaftliche Sicherheit hin zu menschlicher Sicherheit wandelte. Es waren Sorgen, wie um den Erhalt der Lebensgrundlage und die zunehmende Bedeutung von Menschenrechten, gefördert durch mehr nichtstaatliche Akteure die sich politisch engagierten, die dazu führten, dass sich das Augenmerk weg vom Staat hin zum Individuum vollzog. Neu aufkommende Aspekte, wie der Umweltschutz und die Zunahme der Verflechtung der Länder auf regionaler aber auch globaler Ebene, führten ebenfalls zu einem weiteren Wandel des Begriffes. Der letzte große Impuls waren die Terroranschläge vom 11. September 2001, die zu einem verstärkten Fokus auf das Thema des Terrorismus beitrugen, das darauffolgende Jahrzehnt dominierte.

Dies alles sind Erweiterungen der Denkweise über Sicherheit die in den vergangenen 60 Jahren stattfanden. Die Entwicklung ging hin zum Denken in immer größeren Kategorien und zur Erfassung der immer größer werdenden Zusammenhänge in der immer komplexer werdenden Welt. Der Sicherheitsbegriff nahm einen Wandel von einer anfangs eng gefassten Definition hin zu einer erweiterten, breiteren Definition die auf die neuen Herausforderungen unserer Zeit zugeschnitten zu sein scheint. Es ist auch eine Auflösung der strikten historisch bedingten Trennung zwischen äußerer und innerer Sicherheit.<sup>29</sup> Vielmehr besteht der heutige Sicherheitsbegriff aus mehreren Dimensionen die über die Einteilung in die innere und die äußere Sicherheit weit hinausgehen und diese neuen Dimensionen sind nicht mehr so einfach voneinander zu trennen wie früher. Vor allem durch die starke Interdependenz im wirtschaftlichen

---

<sup>28</sup> Daase 2010, S.17

<sup>29</sup> Heinrich/Lange 2009

Bereich ist die Welt näher zusammengedrückt wodurch neue Herausforderungen aber auch Probleme und Risiken entstanden. Wenn man den Sicherheitsbegriff heute betrachtet, so sieht man, dass er eigentlich nicht mehr viel mit der Verteidigung des eigenen Territoriums zu tun hat, sondern es geht um die Verteidigung der Menschen und deren Interessen. Das Interesse der Menschen ist eine umfassende Sicherheit, die ihnen Wohlstand, Gleichheit, Gerechtigkeit, und eine Plansicherheit gibt und sie vor den Gefahren wie Kriminalität, sozialer Not, Armut und Arbeitslosigkeit schützt. So hat das Risiko einer globalen Wirtschaftskrise unmittelbare Auswirkungen auf das Wohlergehen der Menschen. Unter der Berücksichtigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen ist eben nicht die militärische Macht und Sicherheit von Staaten, sondern die wirtschaftliche Sicherheit und der Wohlstand von Gesellschaften Ziel der Politik.<sup>30</sup> So sind global umfassende Wirtschaftskrisen die größten Herausforderungen für die Sicherheitspolitik heute. Solche Krisen können die Staaten auch nicht mehr alleine angehen, da sie durch die große wirtschaftlichen Verflechtungen alleine keinen Einfluss mehr nehmen können. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass wenn Staaten solche Krisen nicht alleine bewältigen können, sie sich sondern nur im Verbund schützen können.

## **1.5 Das zentrale Sicherheitspolitische Problem unserer Zeit**

Die Wirtschaftskrise wird inzwischen auch offiziell als eine der größten Krisen und Herausforderungen unserer Zeit gesehen und als die vielleicht größte seit Ende des Zweiten Weltkrieges. So äußerte sich Bundeskanzlerin Merkel unlängst bei dem CDU-Parteitag Mitte November 2011 zu der heutigen Entwicklung. Sie sagte damals, „Wir leben in Zeiten epochaler Veränderungen“ und weiter angesichts der Eurokrise „Europa ist vielleicht in der schwersten Stunde seit dem Zweitem Weltkrieg“ und zu Europa „Dieses Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft in der globalen Welt“.<sup>31</sup>

Bei der Bedeutung die dieser Entwicklung inzwischen beigemessen wird ist vorhersehbar, dass sie Einfluss auf die Sicherheitspolitik nehmen wird, zumal, wie bereits oben mehrmals erwähnt, Sicherheit heute mehr durch ökonomische Stärke und Stabilität definiert wird, als durch andere Faktoren.

---

<sup>30</sup> Daase 2010, S.6

<sup>31</sup> Faz.net 14.11.2011, „Wir leben in Zeiten epochaler Veränderungen“

Die Bedeutung der wirtschaftlichen Krise in Europa wird in den Eurobarometer Umfragen noch deutlicher. Auf die Frage „Has the crisis reached its peak?“ antworteten 47% dass sie der Meinung sind, dass die Krise sich noch nicht voll auf dem Arbeitsmarkt ausgeweitet hat und sie befürchten, dass die Situation sich in den kommenden Monaten noch verschlimmern wird.<sup>32</sup> Ein Drittel der Bewohner der EU sagen auch, dass die jetzige wirtschaftliche Situation es unmöglich macht Pläne für die Zukunft zu haben. Viele sagen sogar, dass sie von einem Tag zum anderen leben.<sup>33</sup> Dies deutet auf große Unsicherheit in der Bevölkerung des EU-Raums hin und zeigt, dass die Krise die Gesellschaft bereits voll getroffen hat. Somit ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die Krise eine sicherheitspolitische Herausforderung für die EU und Europa ist. Doch wie sieht die Sicherheitsstrategie der EU aus, auf was bezieht sie sich? Welche Schwerpunkte hat sie?

## **2. Vorgehensweise bei der Untersuchung (angewendete Methoden)**

Um die Sicherheitsstrategie Europas zu untersuchen bedarf es einer Untersuchung des Feldes der Sicherheitspolitik in Europa. Ich habe für meine Arbeit drei zentrale Organisationen herausgesucht welche sich mit dieser Thematik beschäftigen: die EU, die NATO und die OSZE. Im Verlauf der Arbeit werde ich die Sicherheitsstrategien dieser Organisationen begutachten und miteinander vergleichen. Besonderes Augenmerk lege ich auf die Diskrepanz (falls vorhanden) zwischen den Ansprüchen der Organisationen und der Wirklichkeit, im Hinblick darauf, was sie durchsetzen wollen und das was sie tatsächlich bereit sind dafür zu leisten. Daraus leite ich mein Ergebnis ab, das beschreiben soll in welcher tatsächlichen Lage sich Europa befindet und ob es das Sicherheitsbedürfnis der einzelnen Individuen erfüllen kann.

In meiner Arbeit werden folgende Arten von Datenmaterial untersucht: wissenschaftliche Literatur, offizielle Dokumente, Manuskripte offizieller Reden, Zeitungsartikel und Umfragedaten. Die Vielfalt der Datenquellen macht es notwendig auf verschiedene Methoden der Datenerhebung zurückzugreifen. Ich habe mit Hilfe von Inhalts- und Dokumentanalyse, Beobachtung und Aggregatdaten<sup>34</sup> die benötigten Daten erfasst.

---

<sup>32</sup> Eurobarometer 75 Spring 2011, S. 5

<sup>33</sup> Eurobarometer 75 Spring 2011, S. 10-11

<sup>34</sup> Alemann/Tönnemann 1995, S. 108-138

Mit der Inhalts- und Dokumentenanalyse werde ich wissenschaftliche Literatur, offizielle Dokumente und Manuskripte auf ihren Inhalt in Bezug auf die derzeitige sicherheitspolitische Lage und auf Zukunftsvorhaben in diesem Bereich untersuchen. Dabei soll gezeigt werden welchen Anspruch die Organisationen im Bereich der Sicherheitspolitik in Europa haben und wie sie ihre Ziele erreichen wollen. Anhand der Beobachtung wird die Berichterstattung zu dieser Thematik untersucht und zentrale Punkte werden herausgestellt. Mithilfe dieser beider Datensätze wird ein Vergleich gezogen zwischen dem was die Organisationen in ihren Dokumenten als Vorhaben zum Schutz Europas festgeschrieben haben und dem was sie tatsächlich tun. Falls hier eine Diskrepanz besteht, wird diese auf Ursachen und Wirkung untersucht. Das Ergebnis soll ein realitätsnahes Bild darüber zeichnen, in welchem Zustand sich die Sicherheitspolitik in Europa und ihre Strategien befinden. Mit dem Ergebnis als Grundlage soll dann diskutiert werden, ob die Sicherheitsstrategien in Europa ausreichen um die neuen Herausforderungen in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen. Falls dies nicht der Fall ist, werden Ursachen thematisiert und eine mögliche Lösung vorgeschlagen. In diesem Prozess sollen die Aggregatdaten unterstützend als eine Bestätigung der vorher getroffenen Aussagen wirken. Damit sind vor allem Umfrageergebnisse gemeint.

Die Datenerhebung und Datenauswertung wird in mehreren Schritten vorgenommen. So werden als erstes die offiziellen Dokumente der drei Organisationen auf ihren Inhalt hin untersucht. Dann werden sie interpretiert und in den Kontext der Untersuchung gestellt. So wird die Dokumentenanalyse das erste Ergebnis der Untersuchung liefern, die festgeschriebenen Ziele und Maßnahmen der Organisationen. Diese werden dann mit den Beobachtungen aus der Medienlandschaft und Auswertungen der wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema verglichen. Daraus folgt das zweite Ergebnis, die tatsächlich Lage der Sicherheitspolitik in Europa. Resultierend aus diesem Ergebnis sollen mögliche Verfehlungen und Versäumnisse der letzten Jahre in Bezug auf die Umsetzung der sicherheitspolitischen Vorhaben näher beleuchtet werden. Die Versäumnisse werden aufgezeigt und die Gründe dafür gesucht. Dies erfolgt wieder über die Analyse wissenschaftlicher Literatur sowie durch die Analyse der politischen Entwicklung in diesem Bereich im letzten Jahrzehnt. Das Endergebnis wird diskutiert und ein möglicher Lösungsvorschlag besprochen. Auch der Lösungsvorschlag wird aus der Untersuchung der einzelnen Dokumente und Literatur resultieren.

### 3. Sicherheitspolitik in Europa

#### 3.1 Sicherheitspolitik in der Europäischen Union

In dem Manuskript der Europäischen Kommission „Die EU in der Welt – Die Außenpolitik der Europäischen Union“ steht in der Einleitung, *„Im Bewusstsein ihrer weltweiten Bedeutung in Wirtschaft und Handel nutzt die Europäische Union ihre Macht gleichermaßen im Interesse anderer und in ihrem eigenen Interesse. Die EU fördert den Wohlstand und die demokratischen Werte in allen Teilen der Welt; gleichzeitig trägt sie so dazu bei, Stabilität und Wohlstand für die Bürger innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu konsolidieren.“*<sup>35</sup> Schon im ersten Satz der Einleitung ist die Rede von Wirtschaft und Handel, was die Wichtigkeit dieser Bereiche für die Europäische Union unterstreicht. Im weiteren Verlauf des Manuskripts heißt es unter anderem *„Schon allein ihrer Größe und ihres kommerziellen, wirtschaftlichen und finanziellen Einflusses wegen ist die EU eine Macht von globalem Gewicht. Auf sie entfällt der größte Anteil des Welthandels, und sie erzeugt ein Viertel des weltweiten Vermögens.“*<sup>36</sup> und weiter, *„Größe und wirtschaftliche Macht bringen Verantwortung mit sich.“*<sup>37</sup> Die EU ist eine wirtschaftliche Macht und als solche Definiert sie sich. Sie schöpft ihre Macht aus diesem Umstand. Es ist ihr Ziel *„Auf dem zunehmend vernetzten Planeten [...] eine Investition in die eigene Zukunft, die wirtschaftliche Entwicklung und die politische Stabilität weltweit zu fördern.“*<sup>38</sup> Sie sieht sich auch als wichtigen Faktor in der globalisierten Welt und redet offen über Mitgestaltung der Welt. In der Gemeinsamen Außenpolitik sieht sie einen zentralen Bestandteil ihrer Beziehungen zur übrigen Welt. Sie erkennt auch, *„bei der Gestaltung ihrer Außenpolitik muss die EU auch auf externe Kräfte reagieren.“*<sup>39</sup> Als externe Faktoren erkennt sie Folgendes: *„Dazu gehört die wachsende wirtschaftliche Interdependenz die durch die kombinierte Wirkung einer weltweiten Marktliberalisierungswelle, der globalen Kommunikationsrevolution und des immer schnelleren technologischen Fortschritts zustande kommt.“*<sup>40</sup> Man kann also offen davon sprechen, dass die wirtschaftliche Interdependenz, nicht als Gefahr, jedoch als eine Herausforderung für die Europäische Union gesehen werden kann. Die Herausforderung liegt vor allem in dem

---

<sup>35</sup> Europäische Kommission 2007, S.1

<sup>36</sup> Europäische Kommission 2007, S.3

<sup>37</sup> Europäische Kommission 2007, S.3

<sup>38</sup> Europäische Kommission 2007, S.4

<sup>39</sup> Europäische Kommission 2007, S.7

<sup>40</sup> Europäische Kommission 2007, S.7

internationalen Wettbewerb, also dem Streben nach Gestaltungsmöglichkeiten in der Welt durch Machtinstrumente, wie Handel und Wirtschaft. Doch genau dieses Instrument der Macht, die wirtschaftliche Sonderstellung, ist nicht selbstverständlich und daher muss die Union am Erhalt dieser Arbeiten. Man könnte sogar sagen die Union muss diese schützen. Dazu steht im Manuskript *„Die EU muss ihre Prioritäten den neuen Gegebenheiten im Kontext stärkeren internationalen Wettbewerbs, größerer grenzüberschreitender Investitionsströme und wachsender globaler Nachfrage nach Rohstoffen, vor allem nach Erdöl und Erdgas, entsprechend anpassen.“*<sup>41</sup>. Hier erkennt man die Risiken die die EU für sich selbst sieht. Diese sind Abhängigkeit von Rohstoffen, die als Motor der gesamten Wirtschaft gelten, die die Europäischen Union, wie sie selbst sagt, zu einer „Macht von globalem Gewicht“<sup>42</sup> macht. Doch vor allem die Energieabhängigkeit zeigt deutlich wie verwundbar Europa und seine Wirtschaft sind. Obwohl man versucht, mit neuen Techniken den Energieverbrauch zu senken und gleichzeitig die erneuerbaren Energienquellen fördert, steigt die Abhängigkeit von importierten Energieträgern immer weiter an. Der Hauptgrund dafür ist, dass Europa nicht ausreichend eigene Quellen besitzt, bzw. diese langsam zur Neige gehen. Daher ist die EU der weltweit größte Importeur und der zweitgrößte Verbraucher von Energie. Bei der Hälfte ihrer Erdgasimporte hängt die EU von nur 3 Ländern ab, nämlich Russland, Norwegen und Algerien<sup>43</sup>. Wenn man bedenkt, dass Russland als eines dieser Länder, seine Energiepolitik offensiv zu eigenen Zwecken nutzt und gleichzeitig ein potenzieller Konkurrent um die Wirtschaftliche Macht ist, erkennt man die große Verwundbarkeit und das Risiko, welches für die Europäische Union, aber auch für den rest Europas besteht. Zumal nicht nur Abhängigkeit das Problem ist, sondern die Ressourcen immer knapper werden und immer mehr Länder, wie China und Indien, die eine wirtschaftliche Expansion erleben, nach ihnen streben. Dies bedeutet, dass im Bereich der Energiequellen große Konkurrenz auf dem Markt herrscht. Die wirtschaftlichen Expansionen der anderen Länder bedeuten aber gleichzeitig auch das Vordringen neuer Mächte, welche mit Europa bereits jetzt teilweise in Konkurrenz stehen, was den Handel und die wirtschaftliche Stärke angeht. Wird die EU ihre wirtschaftliche Sonderstellung verlieren, so büßt sie ebenfalls einen großen Teil ihrer Gestaltungsmöglichkeiten ein, was wiederum einen weiteren Abfall an Bedeutung mit sich bringen würde. Was dieser Abfall bedeuten könnte ist nicht so leicht vorhersagbar, aber in Anbetracht der heutigen Entwicklungen kann man davon ausgehen, dass

---

<sup>41</sup> Europäische Kommission 2007, S.7

<sup>42</sup> Europäische Kommission 2007, S.3

<sup>43</sup> Europäische Kommission 2007, S.18

eine der Konsequenzen eine Verringerung des Lebensstandards für die Bürger bedeuten würde, was wiederum große soziale Unruhen mitsich bringen würde, wie man am Beispiel Griechenlands heute schon sehen kann. Soziale Unruhen gelten als innere Probleme und so ist der Bezug von innerer und äußerer Sicherheit klar, sie hängen unmittelbar zusammen. Daher ist es offensichtlich, dass innere Sicherheit bereits bei äußeren beginnt. Um diese zu bewahren braucht man klare Maßnahmen zum Schutz empfindlicher Bereiche wie den der Energiesicherheit. Die EU versucht diesen Gefahren und Risiken mit folgenden Mitteln entgegenzutreten, *„Die EU und sieben südosteuropäische Staaten haben eine Energiegemeinschaft gegründet, in der einheitliche Energiemarktregeln gelten. Damit wird die EU von einer größeren Sicherheit der diese Länder durchquerenden Erdgas- und Stromlieferungen profitieren. Daneben werden die Energiemärkte der sieben Staaten effizienter funktionieren, da sie die EU-Regeln und – Normen anwenden.“*<sup>44</sup> Doch damit verbessert die EU nur die Kooperation mit den Transitländern, es ändert aber nichts an der Abhängigkeit.

Die EU schöpft ihre Macht aus wirtschaftlichen Stärke. Diese will sie natürlich behalten. Doch was sind die sicherheitsstrategischen Massnahmen und wie sehen die Instrumente der Europäischen Union aus, die diese Macht sichern sollen? Wie oben erwähnt versucht die EU durch engere Kooperation mit Transitländern eine gewisse Sicherheit der Transportwege für Rohstoffe zu verbessern. Doch der Schutz der eigenen Wirtschaftstärke ist heute wichtiger den je, doch was sind die Sicherheitspolitischen Maßnahmen der EU in diesem Bereich? Reichen diese aus?

### **3.2 Europäische Sicherheitsstrategie**

Die ESS, die Europäische Sicherheitsstrategie, ist die offizielle Strategie der EU im Bezug auf die Sicherheitspolitik in Europa. Das Dokument wurde 2003 veröffentlicht und trägt den Beititel: „Ein Sicheres Europa in einer besseren Welt“.

Das Dokument besteht aus einer Einleitung und drei Kapiteln:

1. Das Sicherheitsumfeld: Globale Herausforderungen und Hauptbedrohungen
2. Strategische Ziele
3. Auswirkungen auf die Europäische Politik

---

<sup>44</sup> Europäische Kommission 2007, S.18

In der Einleitung wird festgestellt, dass Europa noch nie zuvor so wohlhabend, so sicher und so frei war, wie zur Zeit der Entstehung des Dokuments. Diese besondere Entwicklung sieht die EU als eigenen Verdienst an. Es wird gesagt, dass man in Rahmen von Kooperationen mit anderen Ländern die Probleme der heutigen Zeit angehen möchte und sieht weiterhin Bedrohungen und Herausforderungen für Europa. In rein militärischen Lösungen sieht man kein Erfolgsrezept. Man sieht sich selbst als einen globalen Akteur: „Die zunehmende Konvergenz europäischer Interessen und die Stärkung der gegenseitigen Solidarität haben die EU zu einem glaubwürdigeren und handlungsstarken Akteur werden lassen. Europa muss daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen.“<sup>45</sup>

Die Einleitung zeigt deutlich in welcher Position sich die EU selbst und Europa sieht und zwar als einen globalen Akteur der aufgrund seiner wirtschaftlichen Macht bereit sein muss auch Verantwortung zu übernehmen. Dabei will man sich allerdings von der damals recht aggressiven, militärischen Vorgehensweise der USA distanzieren und sich als Gegenpol dazu positionieren. Auf dies deutet auch die Aussage hin: „Kein Land ist in der Lage, die komplexen Probleme der heutigen Zeit im Alleingang zu lösen.“<sup>46</sup>

In dem Kapitel geht die EU auf das Sicherheitsumfeld und auf die damit verbundenen globalen Herausforderungen und die Hauptbedrohungen ein. Globale Herausforderungen stehen für die EU in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Globalisierung. Durch die größere Vernetzung der Regionen miteinander entstehen Abhängigkeiten und Anfälligkeiten, auch für die Union selbst. So können Konflikte in Afrika auch eine Auswirkung auf die Sicherheit Europas und der EU haben. Die globalen Herausforderungen sind demnach:

- Staatsversagen und Zusammenbruch von Gesellschaften
- Wettstreit um Naturressourcen
- Energieabhängigkeit<sup>47</sup>

Staatsversagen und Zusammenbruch von Gesellschaften kann durch Epidemien wie Aids und durch große Armut ausgelöst werden. Sie führen dazu, dass ganze Regionen unsicher werden und eine Entwicklung dort unmöglich ist, da „Sicherheit [...] eine Vorbedingung für Entwicklung“<sup>48</sup> ist. Damit ist ein normales Wirtschaftsleben mit Investitionen unmöglich. Solche Regionen sind auch eine Brutstätte für Kriminalität.

---

<sup>45</sup> ESS 2003, S. 1

<sup>46</sup> ESS 2003, S. 1

<sup>47</sup> ESS 2003, S. 2-3

<sup>48</sup> ESS 2003, S. 2

Der Wettstreit um Naturressourcen wie Wasser wird sich laut der EU in Zukunft noch mehr verschärfen und für Migrationströme sorgen.

Die Energieabhängigkeit Europas wird als groß angesehen und man befürchtet in Zukunft noch einen größeren Anstieg der Energieimporte. Man prognostiziert den Importanteil im Jahr 2030 auf 70% des Gesamtverbrauchs, was ein Anlass zur Besorgnis ist, wie in dem Dokument gesagt wird.

Die Hauptbedrohungen werden als folgende identifiziert:

- Terrorismus
- Verbreitung von Massenvernichtungswaffen
- Regionale Konflikte
- Scheitern von Staaten
- Organisierte Kriminalität<sup>49</sup>

In dem Zusammenspiel dieser Bedrohungen sieht die EU die Hauptgefahr. *„Bei einer Summierung dieser verschiedenen Elemente – extrem gewaltbereite Terroristen, Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität, Schwächung staatlicher Systeme und Privatisierung der Gewalt – ist es durchaus vorstellbar, dass Europa einer sehr ernsten Bedrohung ausgesetzt sein könnte.“*<sup>50</sup>

Das erste Kapitel unterscheidet also zwischen Gefahren und Bedrohungen die in Zukunft entstehen könnten und heute als globale Herausforderungen angesehen werden und denen die heute bereits aktuell sind. Die Beschreibung der globalen Herausforderungen deutet darauf hin, dass die Union in der Destabilisierung von Regionen, die außerhalb des eigenen Gebietes liegen die Hauptbedrohung der Zukunft sieht. Sie deutet an, dass man mit Entwicklungshilfe diese möglichen Gefahren verhindern könnte.

In dem zweiten Kapitel geht die EU auf die eigenen strategischen Ziele ein, diese wären:

- Abwehr von Bedrohungen
- Stärkung der Sicherheit in unserer Nachbarschaft
- Eine Weltordnung auf der Grundlage eines wirksamen Multilateralismus<sup>51</sup>

Die neuen Bedrohungen müssen nicht zwangsläufig in der Nähe Europas entstehen. „Im Zeitalter der Globalisierung können ferne Bedrohungen ebenso ein Grund zur Besorgnis sein wie näher

---

<sup>49</sup> ESS 2003, S. 3-4

<sup>50</sup> ESS 2003, S. 5

<sup>51</sup> ESS 2003, S. 6-7

gelegene.“<sup>52</sup> Daher sieht die Union bei den neuen Bedrohungen die erste Verteidigungslinie oft im Ausland liegen.<sup>53</sup> Man befürchtet durch staatlichen Zusammenbruch in Regionen von Afrika einen Dominoeffekt welcher die Ausbreitung von organisierter Kriminalität zur Folge hätte, was wiederum als eine Bedrohung für Europa gesehen wird. Deshalb schreibt die EU: „Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln. Konflikten und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden.“<sup>54</sup>

Allgemein erfordern die heutigen Bedrohungen eine Kombination von Instrumenten. Einige davon sind Ausfuhrkontrollen, politische und wirtschaftliche Druckmittel, Aufklärungsarbeit sowie polizeiliche, justizielle, militärische Mittel. Dabei muss man immer gleichzeitig die tieferen Ursachen für die Probleme angehen. Regionale Konflikte brauchen politische Lösungen und in gescheiterten Staaten muss man mit Hilfe von militärischen Mitteln die Ordnung wiederherstellen und mit humanitären Mitteln die Notsituation bewältigen. So braucht jede Gefahr einen auf sie speziell zusammengestellten Paket an Instrumenten. Doch die EU sieht sich „besonders gut gerüstet, um auf solche komplexen Situationen zu reagieren“<sup>55</sup>

Besonders wichtig ist für die EU, dass in den ihr angrenzenden Ländern keine Konflikte entstehen. Nachbarstaaten in denen Unsicherheit herrscht stellen für Europa ein Problem dar. Man will mit Hilfe der Nachbarschaftspolitik Anreize für die Staaten an den Grenzen Europas schaffen um so Trennungslinien in Europa zu beseitigen bzw. gar nicht erst entstehen lassen.

Die EU sieht eine funktionierende Weltordnung nur auf der Grundlage eines wirksamen Multilateralismus möglich. Sie schreibt in dem Dokument: „In einer Welt globaler Bedrohungen, globaler Märkte und globaler Medien hängen unsere Sicherheit und unser Wohlstand immer mehr von einem wirksamen multilateralen System ab.“<sup>56</sup>. Daher sieht sie ihr Ziel in einer starken Weltgemeinschaft, in gut funktionierenden internationalen Institutionen und in einer geregelten Weltordnung. In den transatlantischen Beziehungen sieht sie ein tragendes Element des internationalen Systems und in ihnen eine Stärkung der internationalen Gemeinschaft. Auch durch die OSZE oder andere Regionalen Organisationen werden aus ihrer Sicht Staatsführungen gestärkt, was zu einer funktionierenden Weltgemeinschaft beiträgt. Sie will Staaten zu einer verantwortungsvollen Staatsführung verhelfen, falls sie diese noch nicht haben, denn in der sehen

---

<sup>52</sup> ESS 2003, S. 6

<sup>53</sup> ESS 2003, S. 7

<sup>54</sup> ESS 2003, S. 7

<sup>55</sup> ESS 2003, S. 7

<sup>56</sup> ESS 2003, S. 9

sie das geeignetste Mittel zur Stärkung der Weltordnung. Die EU sieht sich in der Lage durch Handelspolitik und Entwicklungspolitik anderen zu diesem Ziel zu verhelfen und somit die Weltgemeinschaft zu stärken.

Im dritten Kapitel der ESS beschreibt die EU die Auswirkungen auf die Europäische Politik durch die Sicherheitsstrategie. Dabei benennt sie vier Punkte die diese beschreiben:

- Aktiver
- Mehr Handlungsfähigkeit
- Mehr Kohärenz
- Zusammenarbeit mit den Partnern

Die EU sieht sich bereits als einen wichtigen Faktor in der Weltgemeinschaft, der für Frieden und Sicherheit sorgt. Sie sieht dennoch weiteren Handlungsbedarf. In dem Dokument steht: „Wenn wir aber einen unserem Potenzial entsprechenden Beitrag leisten wollen, dann müssen wir noch aktiver, kohärenter und handlungsfähiger sein. Und wir müssen mit anderen zusammenarbeiten“.<sup>57</sup>

Mit „Aktiver“ ist gemeint, dass die Union in Zukunft aktiver bei der Verfolgung ihrer strategischen Ziele sein will. Sie möchte aktiv die ihr zur Verfügung stehen Instrumente zur Krisenbewältigung und Konfliktverhütung nutzen. *„Es bedarf einer aktiveren Politik, um den neuen, ständig wechselnden Bedrohungen entgegenzuwirken. Wir müssen eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.“*<sup>58</sup> Sie sieht sich in der Lage künftig in Anbetracht der Gesamtausgaben für Verteidigung der Mitgliedsländer mehrere Operationen gleichzeitig durchzuführen. Sie will einen Beitrag zur Unterstützung der Vereinten Nationen leisten im Kampf gegen die Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit auf der Welt. Sie sieht im „präventiven Engagement“<sup>59</sup> ein Mittel zur Vermeidung von zukünftigen Problemen. In ihrem Engagement für Frieden und Sicherheit außerhalb ihrer eigenen Grenzen sieht die EU einen großen Beitrag für die Weltgemeinschaft. Sie übernimmt damit Verantwortung und verspricht sich davon größeres politisches Gewicht zu bekommen.

Um die sich gesteckten Strategischen Ziele zu erreichen will Europa handlungsfähiger werden. Die EU sagt: *„Ein handlungsfähigeres Europa liegt in greifbarer Nähe, obwohl es Zeit brauchen wird, um unser gesamtes Potenzial zu entfalten“*<sup>60</sup>. Um das zu erreichen will sie die Streitkräfte

---

<sup>57</sup> ESS 2003, S. 11

<sup>58</sup> ESS 2003, S. 11

<sup>59</sup> ESS 2003, S. 11

<sup>60</sup> ESS 2003, S. 12

umgestalten und flexibilisieren und mit einer Aufstockung der Verteidigungsmittel noch effizienter machen. „Durch einen systematischen Rückgriff auf zusammengelegte und gemeinsam genutzte Mittel könnten Duplizierungen verringert, die Gemeinkosten gesenkt und mittelfristig die Fähigkeit ausgebaut werden.“<sup>61</sup> Die EU will auch ein allumfassendes Konzept schaffen, das nicht nur aus einer militärischen Intervention besteht, sondern welches auch die Zeit danach in Angriff nimmt, die sog. Postkonfliktsituation managed. Um aber gemeinsam besser agieren zu können bedarf es gemeinsamer Bedrohungsanalysen, dafür ist ein besserer Austausch unter allen Beteiligten, sowohl den Mitgliedsländern wie auch Partnern nötig. Die Dauervereinbarung mit der NATO stellt eine Kooperation dar die in diese Richtung geht und welche eine strategische Partnerschaft ist. Dies spiegelt die gemeinsame Entschlossenheit der beiden Organisationen wider die neuen Herausforderung anzunehmen.

Ein entscheidender Punkt ist auch die Schaffung von mehr Kohärenz. „Entscheidend bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist, dass wir stärker sind wenn wir gemeinsam handeln.“<sup>62</sup> Man muss die bereits bestehenden verschiedenen Instrument bündeln damit sie so noch effektiver wirken können. Es ist nötig eine gemeinsame Agenda zu schaffen, der sowohl die Entwicklungs-, Handels- und Umweltpolitik folgen kann. Diese bessere Abstimmung ist aber nicht nur zwischen den Instrumenten nötig, sondern auch für die Außenpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten. Da die EU der Meinung ist, dass es heute durch die Globalisierung bedingt, kaum ein Problem gibt das alleine gelöst werden kann, legt sie großen Wert auf die Zusammenarbeit mit Partnern. Vor allem die transatlantischen Beziehungen sieht sie als unersetzlich an. „Im gemeinsamen Handeln können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine mächtige Kraft zum Wohl der Welt sein.“<sup>63</sup> Daher sieht die EU die Zusammenarbeit mit den USA als unersetzlich an, weshalb sie kohärenter werden will um ihren Partnern einheitlicher entgegenzutreten. Die Beziehungen zu Russland erachtet sie ebenfalls als wichtig, da von ihm ein Großteil der Sicherheit und des Wohlstands in Europa abhängt. Darüberhinaus strebt die Union strategische Partnerschaften mit Ländern wie Japan, China, Indien und Kanada und allen anderen, die ihre Ziele und Werte teilen, an.

Im Fazit des Dokuments stellt die EU fest, dass man in einer Welt voller neuer Gefahren lebt, doch gibt es auch neue Chancen. In dem Dokument sieht sie einen wichtigen Beitrag zur

---

<sup>61</sup> ESS 2003, S. 12

<sup>62</sup> ESS 2003, S. 13

<sup>63</sup> ESS 2003, S. 13

Ergreifung dieser Chancen und in sich selbst einen fähigen Partner um die Weltgemeinschaft dabei zu unterstützen die neuen Herausforderungen zu bewältigen.

Das dritte Kapitel ist gleichzeitig ein Appel nicht nur an die eigenen Mitglieder, sondern auch an Partner. Es wird aufgezeigt wo sich die Union verbessern muss um ihre Strategischen Ziele zu erreichen und die neuen globalen Herausforderungen anzunehmen. Dabei stellt sie fest, dass man diese Ziele nicht alleine und nur durch innere Einigkeit erreichen kann. Sie ruft ihre Mitglieder zu mehr Kohärenz auf, um sich strukturell so zu verbessern, dass die bereits bestehenden Mittel besser greifen. Sie ruft die Partner zu einer engeren Zusammenarbeit auf um gemeinsam einen Beitrag zu einem funktionierenden Multilateralismus zu leisten.

Zu dem Dokument allgemein:

Die ESS ist ein zukunftsgerichtetes Dokument. In diesem werden neue globale Herausforderungen und bereits bestehende Bedrohungen angesprochen sowie die Mittel und Wege, wie diese angenommen und abgewehrt werden können. Dabei scheut das Dokument keine eine klare Positionierung der EU in der Weltgemeinschaft zu skizzieren. Die EU sieht in sich einen globalen Akteur der zu Frieden und Sicherheit in der Welt beitragen kann. Vor allem im Bereich der humanitären Hilfe, in Postkonfliktsituationen aber auch in der Entwicklungshilfe sieht sie einen Hauptbeiträge die sie leisten kann. Sie sagt, dass die heutigen Herausforderungen nur gemeinsam bewältigt werden können und spricht somit internationale Partner an. In der Kooperation sieht sie den Weg zur Lösung der entstehenden Probleme. Damit aber eine Zusammenarbeit funktioniert will die EU sich in Zukunft noch einheitlicher in ihrer Außendarstellung präsentieren als bis jetzt, um so ein verlässlicher Verbündeter zu sein. Es sind sehr ambitionierte Ziele welche sich die EU in dem Dokument setzt. Sie will durch ihre Wirtschafts- und Handelsmacht große Verantwortung übernehmen und wenn nötig mehrere Operationen gleichzeitig durchführen, einschließlich ein „robustes Eingreifen“<sup>64</sup>. Man erkennt jedoch nicht die Grenzen dieser Vorhaben. Es ist unmöglich herauszulesen, ob die EU in Zukunft großangelegte Operationen die militärisches Eingreifen und darauf folgende Entwicklungsarbeit als Organisation im Rahmen eines internationalen Einsatzes alleine übernehmen will oder nur Teile solcher Einsätze. In Wirklichkeit ist die EU seit Abfassung des Dokuments bis heute nicht in der Lage große robuste militärische Einsätze alleine zu übernehmen. Daher hat sie mit der NATO die Berlin-Plus-Vereinbarungen geschlossen. Diese ermöglichen ihr den Zugriff auf NATO-Strukturen und Ressourcen um Lücken im militärischen Bereich zu schließen. Doch sind

---

<sup>64</sup> ESS 2003, S. 11

diese Verträge nur vorläufig gedacht, oder sollen sie eine Aufgabenteilung zwischen der EU und NATO einleiten? Dabei würde die NATO die militärischen Mittel und Fähigkeiten stellen, während die EU die Ressourcen zum Krisenmanagement stellen würde.

Zu der Genauigkeit und der Art des Dokuments gibt es verschiedene Meinungen. So schreiben Heise und Schmidt die ESS sei „eine Art sicherheitspolitisches Leitbild der EU“<sup>65</sup>, während in einem anderen Artikeln die ESS kritisiert weil „[...] die ESS auf viele grundlegende Fragen nur am Rande beziehungsweise überhaupt eingehe“.<sup>66</sup>

Über acht Jahre nach der Veröffentlichung des Dokuments muss man sagen, dass viele Punkte die dort als verbesserungswürdig erwähnt werden, dies noch immer sind bzw. sich ins Gegenteilige entwickeln. Statt eine stärkere Rolle in der Weltgemeinschaft einzunehmen steht die Union am Scheideweg und man weiß nicht, ob sie nicht an sich selbst scheitern wird. Die Mitglieder sind mehr denn je verschiedener Meinung und präsentieren sich nach Außen uneinheitlich. Die Kooperation zwischen EU und NATO ist keine funktionierende. Das Verhältnis wird von Misstrauen überschattet. Die Reformen im Bereich des Militärs sind ausgeblieben und der eigentliche schlechte Zustand offenbarte sich bei dem Einsatz der NATO in Libyen. Der wichtigste transnationale Partner, die USA, sprechen inzwischen sogar offen über eine teilweise Rückziehung ihrer Mittel, die in die NATO einfließen, und bringen dadurch die EU und Europa in eine noch größere Notsituation. Man kann die ambitionierten Ziele im Bereich der Verhinderung möglicher Gefahren nicht ohne eine funktionierende NATO, und hier derzeit nicht ohne die USA, durchsetzen. Im Bereich der Energieabhängigkeit wurde in den letzten Jahren ebenfalls wenig unternommen, außer dass die North-Stream-pipeline eröffnet wurde, welche ebenfalls Erdgas aus Russland liefert.

Das Dokument beinhaltet gut gemeinte Vorhaben, aber beschreibt nicht, wie genau diese erreicht werden sollen. Man spricht von nötigen Reformen, aber nicht wie diese durchgeführt werden sollen. Nach acht Jahren ist vieles auf dem gleichen Stand wie bei Veröffentlichung des Dokuments. Es hat sich wenig getan seit dem, während die globalen Herausforderungen nur noch größer geworden sind.

---

<sup>65</sup> Heise/Schmidt 2005, S. 1

<sup>66</sup> Schwarz 2010, S. 15

### 3.3 Neues Strategiepapier der NATO

Im Gegensatz zu der EU besitzt die NATO ein neues, aktuelles und genaueres Strategiepapier. Das neue strategische Konzept der NATO wurde am 19. und 20. November 2010 in Lissabon durch die Mitglieder der Allianz verabschiedet und ist seit dem in Kraft. In dem neuen strategischen Konzept wird die Basis für die Entwicklung der Verteidigungspolitik, des operationellen Konzepts, der Struktur der Streitkräfte und der kollektiven Verteidigungsplanung der Allianz gebildet.<sup>67</sup> Das Bezeichnende an dem neuen Konzept ist, dass bei seiner Entstehung auch die Zivilgesellschaft beteiligt war. Durch Nutzung neuer Medien, wie Internetforen, führte man einen Diskurs in den Mitgliedstaaten. Dies zeigt bereits, dass das neue strategische Konzept der NATO auf die neuen Sicherheitsbedürfnisse und Herausforderungen der heutigen Zeit eingegangen ist.

Das neue strategische Papier ist deutlich kürzer und fokussierter<sup>68</sup> im Vergleich zu ihren Vorgängern aus den Jahren 1991 und 1999. Die Kernaufgaben will man mit Hilfe von drei Bereichen gewährleisten. Man will mit den Mitteln der kollektiven Verteidigung, des Krisenmanagement und der kooperativen Sicherheit die Wahrung der Freiheit und der Sicherheit der Mitgliedstaaten mit politischen und militärischen Mitteln sichern. Das neue Konzept soll die neue Phase der NATO einleiten, so steht in der Einleitung: „*This Strategic Concept will guide the next phase in NATO's evolution, so that it continues to be effective in changing world, against new threats, with new capabilities and new partners*“<sup>69</sup>. Dies deutet darauf hin, dass nach der Auffassung der NATO, eine neue Zeit anbricht. Doch worauf bereitet sich die NATO in ihrem neuen Konzept vor? Wovon ist das Konzept beeinflusst?

Als Herausforderungen identifiziert die NATO in ihrem neuen strategischen Konzept die Verbreitung ballistischer Raketen, von Nuklearwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, Terrorismus einschließlich der Verfügungsgewalt von Terrorgruppen über nukleare, chemische, biologische und radiologische Kapazitäten, Instabilitäten an den NATO-Grenzen, Angriffen auf die Informationstechnologie einzelner Staaten oder des Bündnisses.<sup>70</sup> Die Schwerpunkte in den oben erwähnten drei Bereichen sind folgende:

Verteidigung und Abschreckung:

---

<sup>67</sup> Varwick 2010, S. 23

<sup>68</sup> Varwick 2010, S. 27

<sup>69</sup> [www.nato.int/cps/en/natolive/official\\_texts\\_68580.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_68580.htm) abgerufen am (15.07.2011)

<sup>70</sup> Varwick 2010, S. 27

- Solange es Atomwaffen gibt bleibt die NATO eine nukleare Allianz
- Bewahrung des breiten Spektrums an Fähigkeiten um Bedrohungen der Sicherheit abzuwehren
- Fähigkeiten zu Durchführung von robusten Operationen
- Vorbereitung auf alle möglichen Bedrohungen

#### Krisenmanagement:

Krisen und Konflikte außerhalb des Bündnisgebietes könnten zu einer Bedrohung der Sicherheit der Allianz werden, daher will sich die Allianz, wenn möglich und erforderlich, engagieren, um Krisen zu verhindern und zu managen und um Postkonfliktsituationen zu stabilisieren und Wiederaufbau zu unterstützen

Dabei gilt es vor allem auf die neuen Kriegsformen vorbereitet zu sein, wie Aufstandsbekämpfung und die Berücksichtigung ziviler Aspekte der Konfliktbearbeitung.

#### Kooperative Sicherheit:

- Rüstungskontrolle
- Grundsätzliche Bereitschaft zur Aufnahme neuer Mitglieder
- Fokus auf Partnerschaften, dabei vor allem eine engere Zusammenarbeit mit der EU, der UN und mit NGO's um einen vernetzten Sicherheitsansatz zu schaffen, da ohne neue Herausforderungen nicht gemeistert werden können
- Man ist bereit Partnerschaften mit allen Staaten der Welt einzugehen und man sucht nach Absprachen im Bezug auf Sicherheitsfragen
- Angebot an Russland zur einer strategischen Partnerschaft sowie der Wille zur Kooperation in Fragen des gemeinsamen Interesses

Was besonders auffällt ist die Aussage im Punkt 13: „*All countries are increasingly reliant on the vital communication, transport and transit routes on which international trade, energy security and prosperity depend. They require greater international efforts to ensure their resilience against attack or disruption*“.<sup>71</sup> Was soviel bedeutet wie, dass die NATO in Zukunft auch den Schutz von Kommunikation und Transport und Transit Wege gewährleisten will, da der internationale Handel, Energiesicherheit und Wohlstand davon abhängen.<sup>72</sup> Die Aussage in dem Punkt 19, zum ersten Mal gezielt auf das Thema der Energiesicherheit eingegangen wird. „*Therefore we will: develop the capacity to contribute to energysecurity, including protection of*

<sup>71</sup> [www.nato.int/cps/en/natolive/official\\_texts\\_68580.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_68580.htm) abgerufen am (15.07.2011)

<sup>72</sup> Varwick 2010, S. 27

*critical energy infrastructure and transit areas and lines, cooperation with partners, and consultations among Allies on the basis of strategic assessments and contingency planning;*<sup>73</sup>

was eine eindeutige Reaktion auf die neu aufkommenden Risiken und Herausforderungen unserer Zeit ist, mit welchen sich die Sicherheitspolitik in Zukunft auseinandersetzen wird. Damit ist bereits klar, dass die NATO mit ihrem neuen strategischen Papier die Weichen für die zukünftigen Herausforderungen gestellt hat.

Wie man an den weiteren Punkten in den drei Hauptbereichen sehen kann, bleibt die NATO auch in Rahmen ihres neuen Strategiekonzeptes immer noch eine klassische Bündnisverteidigung. Dennoch will sie den Fokus in Zukunft mehr auf die neuen Herausforderungen legen. Man will sich mit neuen Strategien auf die neuen Risiken vorbereiten um künftig möglichst bereit aufgestellt zu sein für die neuen, unberechenbaren Konfliktsituationen. Die Zeiten, in denen man automatisch bei gewissen Handlungen der Gegenseite reagieren konnte, wie im Kalten Krieg, sind vorbei. Die Sicherheitsprobleme heute sind vielschichtiger und können viel schneller entstehen als früher. Daher ist eine ständige Beobachtung der sicherheitspolitischen Lage in der Welt von Bedeutung um mögliche Gefahren für Europa so früh wie möglich zu erkennen und wenn es die Umstände erlauben, diese auch zu bekämpfen bzw. schon bei der Entstehung zu beseitigen. Deshalb wird von manchen Beobachtern der Trend erkannt, dass die NATO sich hin zu einer lockeren Analyseplattform, entwickelt um der breiten Palette an sicherheitspolitischen Themen zu begegnen, anstatt ein eindimensionales Militärbündnis zu bleiben, welches sich nur mit der operativen Gestaltung konkreter sicherheitspolitischer Szenarien beschäftigt.<sup>74</sup> Johannes Varwick bezeichnet die neue NATO als eine „Sowohl-als-auch-Allainz“<sup>75</sup>. Doch das neue Strategiepapier wird nicht wirklich als die Antwort auf die Zukunftsfragen gesehen, es wird vermutet, dass die konkrete Umsetzung der allgemeinen Richtlinien in Zukunft zu Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedern führen wird.<sup>76</sup> Da die NATO in ihrem neuen Strategiepapier sich als ein multipler Sicherheitsanbieter positioniert, ist eine eindeutige Festlegung wie zu früheren Zeiten nicht möglich und wird die Interpretationsdebatten zur Umsetzung der neue Strategie somit nur verstärken. Eine ungenaue Ausformulierung der genauen Strategie führt auch zu unterschiedlichen Erwartungen die sich aus den verschiedenen Interpretationsweisen der Mitglieder ergeben. Die NATO wird in Zukunft also viel mehr als

---

<sup>73</sup> [www.nato.int/cps/en/natolive/official\\_texts\\_68580.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_68580.htm) abgerufen am (15.07.2011)

<sup>74</sup> Varwick 2010, S. 29

<sup>75</sup> Varwick 2010, S. 29

<sup>76</sup> Varwick 2010, S. 29

früher geprägt sein von ihrem Handeln bzw. Nicht-Handeln, als von den strategischen Leitlinien die sie in ihrem neuen Konzept vorgestellt hat.<sup>77</sup> Das Verhalten der NATO und ihre Entscheidungen in der Zukunft werden ihr neues Profil prägen, nicht die herausgegebenen Leitlinien. Es ist auch von Bedeutung wie der Konsens der Mitglieder in Bezug auf die neuen Aufgaben der Allianz ausfällt. Zwar ist es tatsächlich so, dass alleine ein strategisches Konzept nicht über die Zukunft eines Bündnisses entscheidet, sondern bestenfalls Leitlinien vorgibt nach denen sich das Bündnis richten und verändern will. Dennoch sieht man in dem neuen strategischen Konzept der NATO eine eindeutige Reaktion auf die neueren Entwicklungen im Bereich der Sicherheitspolitik. Die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Entstehungsphase des Dokuments und die selbstaufgelegte Verpflichtung eine größere Zusammenarbeit mit Partnern wie den NGO's einzugehen zeigt, dass die NATO auf die heutigen Herausforderungen reagiert, und versucht dem neuen Sicherheitsbegriff gerecht zu werden. *„Das Bündnis ist einem breit angelegten sicherheitspolitischen Ansatz verpflichtet, der die Bedeutung politischer, wirtschaftlicher, sozialer und umweltpolitischer Faktoren neben der unverzichtbaren Verteidigungsdimension anerkennt.“*<sup>78</sup>

Auch wenn die Handlungen der NATO die neu anbrechende Phase bestimmen werden, so erkennt die NATO, dass sie sich im Wandel befindet hin zu einer neuen und somit der vierten Phase. Doch sie deutet auch in ihrem Konzept an in welche Richtung diese Phase gehen könnte. In keinem der bis jetzt vorgestellten Strategiepapiere der NATO wurde so ein großer Bezug auf die wirtschaftlichen Faktoren genommen wie in diesem. Vor allem das Thema Energiesicherheit wird in direkter Verbindung zur Sicherung des internationalen Handels und des Wohlstands erwähnt. Damit spricht die NATO in ihrem Dokument den Zusammenhang an, zu welchem in der Europäischen Sicherheitstrategie nur wenig erwähnt wird. Andererseits versucht die NATO auch neue Bereiche zu betreten wie die der Postkonfliktsituationen. Man erkennt, dass sowohl NATO wie EU versuchen die gleichen Bereiche in Fragen der Sicherheitspolitik abzudecken. So sprechen beide in ihren jeweils aktuellen Dokumenten davon, dass man Sicherheit an eigenen Grenzen gewährleisten will und das man bereit ist Konflikte, die zu einer Bedrohung der Allianz bzw. Union werden könnten und außerhalb des eigenen Gebietes stattfinden, zu bekämpfen. Man will auch gefährdete Regionen nachhaltig stabilisieren, wie in Postkonfliktsituationen. Aber das Ziel das beide am stärksten verbindet ist der Schutz des Europäischen Kontinents und dessen

---

<sup>77</sup> Varwick 2010, S. 29

<sup>78</sup> Heise/Schmidt 2005, S. 5

Handels- und Wirtschaftsstellung in der Welt, mit welcher auch der Wohlstand in Europa zusammenhängt. Auch wenn dieses Ziel nicht in beiden Dokumenten explizit erwähnt ist, so kann man es anhand der Darstellungen bzw. der Vorstellungen über die neuen Gefahren erkennen. In Anbetracht der Stärken und Schwächen des jeweils anderen scheinen die zwei Organisationen, die die gleichen Ziele verfolgen und fast aus den gleichen Mitgliedern bestehen, wie dafür geschaffen sich gegenseitig zu ergänzen.

### **3.4 OSZE – Charta for European Security – Corfu Process – Astana Commemorative Declaration Towards A Security Community**

Die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ist eine Internationale Organisation deren Ziel die Gewährleistung bzw. Förderung von innerer und äußerer Sicherheit im euro-asiatischen Raum ist.<sup>79</sup> Laut ihrem Infoblatt widmet sich die OSZE den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge. Die Organisation hat 56 Teilnehmerstaaten, die, verteilt über drei Kontinente Nordamerika, Europa und Asien mit über einer Milliarde Menschen den Erdball umspannen. Sie stellt ein Forum für Dialog dar und eine Plattform für konkretes Handeln.<sup>80</sup> „Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa setzt sich durch politischen Dialog über gemeinsame Werte und durch praktische Arbeit, die dauerhafte Verbesserungen bewirken soll, in 56 Staaten für Stabilität, Wohlstand und Demokratie ein.“<sup>81</sup> 1990 in Paris verständigten sich die Mitglieder auf einen gemeinsamen Wertekanon, dessen Kern das Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft bildet.<sup>82</sup> Die OSZE bietet einen vielseitigen Sicherheitsbegriff und damit gleichzeitig ein Forum für politischen Dialog und Verhandlungen sowie eine Plattform für multilaterale Partnerschaften welche der praktischen Arbeit vor Ort dienen sollen.<sup>83</sup> In ihren Dialogen werden nicht nur Regierungen der Mitgliedstaaten eingebunden, sondern auch die Zivilgesellschaft und der private Sektor. Die OSZE sagt selbst, dass Sicherheit in vielerlei Hinsicht unsere Art zu leben beeinflusst.

Der Sicherheitsbegriff hat drei Dimensionen:

---

<sup>79</sup> Nohlen 2003, S. 352

<sup>80</sup> osze.org Infoblatt

<sup>81</sup> osze.org Infoblatt

<sup>82</sup> Nohlen 2003, S. 352

<sup>83</sup> osze.org Infoblatt

- die politisch-militärischen Dimension
- die Wirtschafts- und Umweltdimension
- die humanitäre Dimension

Bei der politisch-militärischen Dimension handelt es sich um einen breit angelegten Ansatz mit den Schwerpunkten Rüstungskontrolle, Grenzmanagement, Terrorismusbekämpfung, Konfliktverhütung, militärische Reformen und Polizeiarbeit. Es geht auch um mehr militärische Sicherheit, indem man mehr Offenheit, Transparenz und Zusammenarbeit schafft. Im Wohlstand sieht die Organisation den Eckpfeiler der Stabilität und bemüht sich daher bemüht um wirtschaftliche Zusammenarbeit und verantwortungsvolle Regierungsführung in der Region die sie umfasst. Bildungsprogramme bilden eines der Instrumente in der dritten Dimension für Konfliktverhütung und Konfliktnachsorge.<sup>84</sup>

Als eine Organisation in der europäische Länder, USA, Kanada, die Türkei sowie die Nachfolgestaaten der Sowjetunion Mitglieder sind, ist sie das perfekte Forum für Sicherheitstrategische Fragen und verbindet somit die Interessen Europas, Zentralasiens und Nordamerikas und besitzt in ihrem Umfang eine politische Spannweite von Vancouver bis Wladiwostok. In gleichem Raum setzt sie sich für Sicherung des Friedens und den Wiederaufbau nach Konflikten ein und ist von der UN als eine regionale Organisation anerkannt. Sie stellt somit in ihrem Wirkungsbereich den ersten Ansprechpartner bei möglichen Konflikten. In Anbetracht ihrer Schwerpunkte scheint die OSZE eine mögliche Konkurrenz für die NATO zu sein, jedoch ist sie im Vergleich deutlich weniger militärisch ausgerichtet.

Sie unterhält sowohl zu der EU wie auch zur NATO enge Verbindungen. Laut Herman Van Rompuy teilt sie mit der EU die Langzeitvision einer Euro-Atlantischen-Eurasischen Security Community wo die Anwendung von Gewalt zwischen den Ländern undenkbar ist und wo gemeinsame Interessen dominieren.<sup>85</sup> Van Rompuy sieht vier Betätigungsfelder für die OSZE. Die Beseitigung regionaler Konflikte, Verbesserung der Rüstungskontrolle, die Sicherstellung der Wahrung der Menschenrechte und eine Steigerung der Kooperation in Anbetracht der transnationalen Bedrohungen. Mit der NATO arbeitet die OSZE zusammen durch politischen Dialog miteinander und durch Kooperation auf Expertenlevel. Die Felder der Zusammenarbeit

---

<sup>84</sup> osze.org Infoblatt

<sup>85</sup> OSCE Annual Report 2010, S. 108

sind Konfliktprävention, Konfliktverhütung und Wiederaufbau in Postkonfliktregionen sowie die Erkennung von neuen Sicherheitsgefahren.

Auch die OSZE besitzt seit ihrem Gipfel in Istanbul 1999 eine Sicherheitsstrategie für Europa, die „Charta For European Security“. Die Charta umfasst den Beschluss die Ziele der OSZE zur Sicherung der Freiheit, Demokratie und besserer Integration innerhalb des Gebietes das sie umfasst zu gewährleisten. Um das zu erreichen beschloss man folgende Punkte neu einzuführen:

- Adopt the Platform for Co-operative Security, in order to strengthen cooperation between the OSCE and other international organizations and institutions, thereby making better use of the resources of the international community
- Develop the OSCE's role in peacekeeping, thereby better reflecting the Organization's comprehensive approach to security
- Create Rapid Expert Assistance and Co-operation Teams (REACT), thereby enabling the OSCE to respond quickly to demands for assistance and for large civilian field operations
- Expand our ability to carry out police-related activities in order to assist in maintaining the primacy of law
- Establish an Operation Centre, in order to plan and deploy OSCE field Operations
- Strengthen the consultation process within the OSCE by establishing the Preparatory Committee under the OSCE Permanent Council.<sup>86</sup>

Diese Punkte schneiden die Kooperative Sicherheit an, sprich die Zusammenarbeit zwischen OSZE und anderen Internationalen Organisationen soll gestärkt werden, um so besser die Ressourcen der Internationalen Gemeinschaft nutzen zu können. Man will auch die Rolle der OSZE bei Peacekeeping weiterentwickeln und eine REACT-Einheit gründen, welche es ermöglichen soll schnell auf den Bedarf von zivilen Missionen zu reagieren. Die OSZE will außerdem ihr Engagement im Bereich der Durchsetzung der Gesetze verbessern, vor allem durch Schulung von Polizeieinheiten. Es ist der Aufbau einer Zentrale, in der die Missionen der OSZE geplant und durchgeführt werden. Im letzten Punkt will die OSZE ihre Strukturen und Kooperation deren verbessern, um so noch effizienter zu werden.

Als Herausforderungen werden folgende Punkte angesehen:

- innerstaatliche Konflikte, aber auch Konflikte zwischen Staaten sind eine Bedrohung für alle Mitglieder der OSZE

---

<sup>86</sup> Charter For European Security 1999

- Sicherheit kann nur durch Kooperation zwischen Staaten erlangt werden, daher muss Konfrontation vermieden werden und Konflikte sollen friedlich beigelegt werden
- Verhinderung des internationalen Terrorismus. Bekämpfung der Finanzierung und Beherbergung von Terroristen auf dem Gebiet der OSZE.
- Bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit, um so eine Schädigung der eigenen Wirtschaft zu verhindern, was zu Sicherheitsproblemen führen könnte.
- Anerkennung, dass Konflikte in Staaten in unmittelbarer Nähe zu den Grenzen der OSZE-Mitgliedern durchaus auch eine Gefahr für die OSZE darstellen.<sup>87</sup>

In der Charta bekennt sich die OSZE dazu diese Herausforderungen anzugehen, um so weiter für Frieden innerhalb ihrer Grenzen zu sorgen und so ihre drei Dimensionen der Sicherheit zu gewährleisten.

Das Thema der Sicherheit in Europa und innerhalb der OSZE wurde 2009 auf Korfu wieder neu aufgerollt. Die Außenminister der Mitgliedstaaten riefen bei ihrem Treffen auf der Insel Korfu den „Corfu Process“ aus. *„It aims to restore confidence and take forward dialogue on wider European security“*.<sup>88</sup> Es war unter anderem eine Reaktion auf den Vorschlag des russischen Präsidenten Medvedev, der 2008 bei dem „Helsinki Ministerial Council“ vorschlug den Dialog über europäische Sicherheitspolitik wieder aufzufrischen. Der „Corfu Process“ sollte diesen Dialog fördern, der regelmäßig fortgeführt werden sollte. Im Dezember 2009 beschloss man in Athen diesen Prozess weiter fortzuführen. Es wurde beschlossen, dass folgende Themen im Rahmen des „Corfu Process“ regelmäßig diskutiert werden sollten:

- Implementation of all OSCE norms, principles and commitments;
- Role of the arms control and confidence- and security-building regimes in building trust, in the evolving security environment
- Transnational and multidimensional threats and challenges
- Economic and environmental challenges
- Human rights and fundamental freedoms, as well as democracy and the rule of law
- Enhancing the OSCE's effectiveness
- Interaction with other organizations and institutions, on the basis of the 1999 Platform for Co-operative Security<sup>89</sup>

Dabei dreht sich der gesamte Beschluss um die Wiederaufnahme des Dialoges über die Sicherheitsstrategie der Organisation und um die Erneuerung dieser. Nach dem Georgien-Krieg

---

<sup>87</sup> Charter For European Security 1999

<sup>88</sup> osce.org

<sup>89</sup> Decision No. 1/09, Furthering the Corfu Process 2009

2008 hatte man erkannt, dass es heute immer noch zu schwerwiegenden Zwischenfällen innerhalb der eigenen Grenzen kommen kann auf welche man nicht schnell genug reagieren kann. Das Jahr 2009 war also ein spezielles Jahr für die OSZE: „*The past year 2009, has without exaggeration, become very special for the OSCE a period of rethinking the situation in the European security system and the Organization's role and place in the maintenance of stability and the development of cooperation in the Euro-Atlantic region.*“<sup>90</sup> Dies nicht zuletzt, weil zum ersten Mal seit langem die OSZE eine so hohe Aktivität durch die zahlreichen Treffen aufwies. Ein Anzeichen dafür, dass Europa sich wieder in einer kritischen Phase befindet wie bereits in den Jahren 1991 und 1992 der Fall, als zuletzt in einem Jahr zwei Ministersitzungen stattfanden. So sagten auch der russische Außenminister damals „*it seems that the time has come for Europe to change.*“<sup>91</sup> Doch der Beschluss bietet wenig Neues außer dem Äußern des guten Willens die Bemühungen wieder zu verstärken um den Frieden, Demokratie und Menschenrechte weiter zu schützen.

Im Jahr 2010 fand das OSZE-Gipfeltreffen in Astana statt, das erste seit elf Jahren. Die Erwartungen waren hoch, man wollte einen neuen Aktionsplan für die OSZE verabschieden um so die zukünftige Arbeit der Organisation auf die wichtigsten Bereiche zu konkretisieren. „*Die OSZE soll als Sicherheits- und Dialogforum für Europa, Amerika und Asien wiederbelebt werden.*“<sup>92</sup> Daher betonten auch alle Vertreter der Staaten auf der Konferenz „*die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) müsse gestärkt werden.*“<sup>93</sup> Man sah Handlungsbedarf. So forderte die Bundeskanzlerin Merkel alle Teilnehmer dazu auf sich erneut zu den Grundsätzen der OSZE zu bekennen. Sie sagte ebenfalls, dass die OSZE als Instrument der Konfliktlösung noch erhebliche Mängel habe.<sup>94</sup> Merkel benannte drei Bereiche „*die für die Arbeit in den nächsten Jahren von großer Bedeutung sind*“<sup>95</sup>. Diese waren die Lösung von Regionalen Konflikten, Rüstungskontrolle und Menschenrechte und soziale Marktwirtschaft. So muss man kritisch anmerken, dass vor allem im ersten und dritten Punkt noch viel Arbeit auf die OSZE zukommt. So sind zwar bereits seit Jahren bestehende Regionalkonflikte gelöst worden, wie der Transnistrienkonflikt oder der Konflikt um Berg-Karabach zwischen Armenien und Aserbaidschan, es haben sich aber bereits bestehende Konflikte verschärft, wie der Konflikt

---

<sup>90</sup> Azimov 2010, S. 32

<sup>91</sup> Lavrov 2009

<sup>92</sup> <http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,732164,00.html> , abgerufen 29.12.2011

<sup>93</sup> <http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,732164,00.html> , abgerufen 29.12.2011

<sup>94</sup> <http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,732209,00.html> , abgerufen 29.12.2011

<sup>95</sup> <http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,732209,00.html> , abgerufen 29.12.2011

zwischen Russland und Georgien in Bezug auf die zwei abtrünnigen Provinzen Abchasien und Süd-Ossetien. Auch die Wahrung der Menschenrechte und Meinungsfreiheit in vielen Ländern der OSZE lässt zu wünschen übrig. So kann man als negative Beispiele Weißrussland nennen aber auch Kazachstan, wo der Gipfel stattfand. Die gleichen Erwartungen hatten die meisten EU-Staaten wie auch die USA. Man wollte sich vor allem dazu überwinden endlich verbindliche Maßnahmen gegen die noch bestehenden Regionalkonflikte zu beschließen, so sagte auch EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy „Für die EU ist es oberste Priorität, dass die OSZE die Regionalkonflikte bewältigt“<sup>96</sup>. Doch das Gipfeltreffen war eben von diesen Regionalenkonflikten überschattet. Sowohl der Streit zwischen Russland und Georgien aber auch der langjährige Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan war allgegenwärtig. *„So forderten Clinton, Rompuy und Merkel, dass es wieder eine ‚sinnvolle‘ OSZE-Präsenz in Georgien geben müsse. Damit ist der Einsatz internationaler Beobachter auch in den abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien gemeint - wofür Russland aber zunächst deren völkerrechtliche Anerkennung fordert.“*<sup>97</sup> Dies waren aber nicht die einzigen Probleme die auf dem Gipfel offensichtlich wurden. Länder wie Russland und Kasachstan pochten in Anlehnung auf einen gemeinsamen Sicherheitsraum von Vancouver bis Wladiwostok. Andere forderten, dass die OSZE sich künftig verstärkt mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik beschäftigen müsse. „Westliche Staaten pochten zudem auf eine stärkere Rolle der OSZE bei Abrüstungsverhandlungen in Europa.“<sup>98</sup> Wenn der Gipfel etwas klar machte, dann war es die tiefe Kluft zwischen Ost und West im Bezug auf die Aufgaben der OSZE und im Allgemeinen die Kluft zwischen den beiden im Bezug auf die gemeinsame Sicherheitspolitik. Das Dokument auf das sich die Staaten im Endeffekt einigten ist nichts anderes als eine „knappe Erklärung ihrer Leitprinzipien“.<sup>99</sup>

In 13 Punkten der „Astana Commemorative Declaration Towards A Security Community“ erneuern die OSZE-Mitglieder ihr Bekenntnis zu den Grundzielen der Organisation.

Punkt 1: Erneuerung der Absicht eine Euro-Atlantische und Eurasische security community von Vancouver bis Vladivostok aufzubauen.

---

<sup>96</sup> <http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,732164,00.html> , abgerufen 29.12.2011

<sup>97</sup> <http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,732164,00.html> , abgerufen 29.12.2011

<sup>98</sup> <http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,732164,00.html> , abgerufen 29.12.2011

<sup>99</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,732590,00.html> , abgerufen 29.12.2011

Punkt 2: Erneuerung des Bekenntnisses zur der Charta der Vereinten Nationen, zu allen Normen und Prinzipien der OSZE sowie zu den Verträgen von Helsinki, Paris und zu der Charta for European Security und anderen OSZE Dokumenten.

Punkt 3: Anerkennung, dass jedes Mitgliedsland frei über seine eigene Sicherheitsmaßnahmen entscheiden und neutral bleiben kann. Außerdem, dass jedes Mitgliedsland das andere respektieren wird und seine Sicherheitsmaßnahmen nicht auf Kosten anderer Staaten ergreifen wird.

Punkt 4: Erneuerung des Bekenntnisses zur Stärkung der Sicherheit, des Vertrauens und der Nachbarschaftsbeziehungen untereinander.

Punkt 5: Anerkennung, dass die OSZE weiterhin ein einmaliges Forum zum Dialog unter den Mitgliedern bietet, welches auf dem Prinzip des Konsens und der Gleichheit basiert. Sie dient zur Verhinderung von Konflikten durch offenen Dialog zwischen den Staaten und zur Stärkung der Kooperation der Staaten untereinander.

Punkt 6: Der Ansatz der OSZE zur Sicherheit und die drei Dimensionen bleiben bestehen und dürfen nicht angefochten werden.

Punkt 7: Ernste Gefahren bleiben im OSZE-Raum immer noch bestehen, daher muss Misstrauen überwunden werden. Man muss weiterhin gegen Intoleranz und Diskriminierung vorgehen und die neuen Herausforderungen zur Wahrung der Sicherheit annehmen und über Lösungen weiter verhandeln. Auch der Dialog über Energiesicherheit muss fortgesetzt werden.

Punkt 8: Rüstungskontrolle und die Bildung von Vertrauen und Transparenz bleiben immer noch die Hauptfaktoren bei der Sicherung der militärischen Stabilität und müssen daher weiter entwickelt und unterstützt werden.

Punkt 9: In der globalisierten Welt von heute müssen wir eine größere Einigkeit im Sinne der gemeinsamen Maßnahmen finden um die Herausforderungen der heutigen Zeit besser anzugehen. Die Herausforderungen sind: Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegale Migration, Verbreitung von Nuklearwaffen, Cyber-Gefahren, sowie der Handel mit Waffen, Drogen oder Menschen.

Punkt 10: Einsicht, dass Gefahren auch in unmittelbarer Nähe zu den OSZE-Grenzen entstehen können und daher eine enge Kooperation mit Partnern der OSZE weiterhin notwendig ist.

Punkt 11: Man heißt Initiativen zur Stärkung des Dialoges über die Sicherheit im OSZE-Raum weiterhin Willkommen und unterstützt daher den „Korfu Prozess“. Es kam die Zeit zum Handeln

und daher müssen man jetzt Maßnahmen beschlossen werden um die Herausforderungen anzugehen.

Punkt 12: Man will den kommenden Vorsitzenden dabei unterstützen einen Aktionsplan herauszuarbeiten.

Punkt 13: Eine Danksagung an die Kasachische Präsidentschaft und die Organisation des Gipfeltreffens in Astana.<sup>100</sup>

Wie man sehen kann, ist das Dokument voll von Zusagen zu bereits altbekannten Prinzipien oder Äußerungen des Willens zur Verbesserung, doch konkrete Maßnahmen werden nicht erwähnt. Man beschließt sich darüber zu unterhalten, welche Maßnahmen man ergreifen soll und sagt man wolle die kommende Präsidentschaft dabei unterstützen einen Aktionsplan zu entwickeln. Damit ändert das Dokument genau nichts, es zeigt nur, dass man sich nach elf Jahren auf nichts Neues einigen konnte. Das ursprüngliche Vorhaben, eine Verabschiedung eines Aktionsplanes zur Lösung internationaler Konflikte und zur Reform der OSZE, scheiterte kläglich. Dies war nicht zuletzt auch verschuldet durch die Regionalenkonflikte die auf der Konferenz offen ausgefochten wurden und so stimmt wohl die Einschätzung, dass die OSZE in den letzten Jahren die Fähigkeit verlor Konflikte in Europa und der früheren Sowjetunion zu lösen.<sup>101</sup> Damit ist die OSZE bei diesem ersten Gipfeltreffen seit elf Jahren weit hinter ihren Erwartungen zurück geblieben. *„Die Europäische Union und andere Teilnehmer nannten den Ausgang des Gipfels ein unzureichendes Ergebnis, das die OSZE nicht weiter bringe.“*<sup>102</sup> So verwundert auch nicht wenn die Analysen des Gipfel negativ ausfallen. So schrieb Christian Neef im Spiegel: *„Der OSZE-Gipfel in Kasachstan endete mit einer diplomatischen Katastrophe: Der Gastgeber ließ die Teilnehmer nachsitzen, doch die 56 Mitglieder konnten sich nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen. Damit hat die Staatenkonferenz ihren Sinn verloren.“*<sup>103</sup> Auch viele der Konferenzteilnehmer äußerten sich ähnlich kritisch und zeigten sich enttäuscht über das Ergebnis. *„Dieser Gipfel sei enttäuschend gewesen, weil das eigentliche Ziel - ein Aktionsplan für die nächsten Jahre - wegen tiefer ideologischer Gräben zwischen Ost und West nicht erreicht worden sei.“*<sup>104</sup> Es ist also nicht klar womit sich die OSZE in den kommenden Jahren beschäftigen soll. Somit bleibt unklar

---

<sup>100</sup> Astana Commemorative Declaration Towards A Security Community 2010

<sup>101</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,732590,00.html> , abgerufen 29.12.2011

<sup>102</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,732590,00.html> , abgerufen 29.12.2011

<sup>103</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,732638,00.html> , abgerufen 29.12.2011

<sup>104</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,732638,00.html> , abgerufen 29.12.2011

„ob sie sich zuallererst um internationale Sicherheit oder die Förderung von Demokratie und Menschenrechten kümmern sollten.“<sup>105</sup> Das Fazit von Christian Neef über den Gipfel in Astana ist „Die OSZE ist de facto arbeitslos, ein trauriger Befund“.<sup>106</sup>

Ähnlich niederschmetternd ist die Analyse von Reinhard Vesper in der FAZ. „Der Gipfel war einberufen worden mit der Begründung, es brauche eine Begegnung auf höchster Ebene, um die Konfrontation und die Lähmung der Organisation zu überwinden. Damit war die Fallhöhe größer - und der Absturz von Astana umso schmerzhafter.“<sup>107</sup> Er schreibt weiter, dass durch die Nichterreichung der Ziele eine Beschädigung der Organisation zu erwarten ist, was wiederum ein großes Problem wäre, denn am Funktionieren der OSZE „sowohl im Westen wie im Osten trotz ihrer gesunkenen Bedeutung viele Staaten interessiert sind, weil sie ein wichtiges Forum für Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen ist“<sup>108</sup>. Damit war sein Fazit, ebenso wie von Christian Neef, negativ. Reinhard Vesper schrieb „Der ‚Geist von Astana‘ ist zum Schreckgespenst geworden.“<sup>109</sup>

Man kann also festhalten, dass die OSZE genug mit der Einhaltung ihrer Grundsätze zu tun hat. Dabei ist wenig Raum für neue Strategien. Der Gipfel in Astana zeigt die allgemeine Lage in der sich die europäische Politik befindet. Man ist zurzeit nicht konsensfähig und versäumt dadurch, wichtige Schritte für die Zukunft vorzubereiten.

---

<sup>105</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,732638,00.html>, abgerufen 29.12.2011

<sup>106</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,732638,00.html>, abgerufen 29.12.2011

<sup>107</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/osze-gipfel-absturz-aus-vergroesserter-fallhoehe-11080676.html>, abgerufen 29.12.2011

<sup>108</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/osze-gipfel-absturz-aus-vergroesserter-fallhoehe-11080676.html>, abgerufen 29.12.2011

<sup>109</sup> <sup>109</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/osze-gipfel-absturz-aus-vergroesserter-fallhoehe-11080676.html>, abgerufen 29.12.2011

## 4. Neue Herausforderungen für Europa und die EU

### 4.1 Beziehungen zwischen EU und NATO

NATO und EU sind in ihren Grundzügen sehr verschieden. Sowohl mit Blick auf interne Strukturen als auch auf die Fähigkeiten handelt es sich um ungleiche Organisationen.<sup>110</sup>

Die EU ist eine supranationale Einrichtung wogegen die NATO eine zwischenstaatliches Bündnis darstellt und de facto eine Militärorganisation darstellt. Wenn man sich die Mitglieder beider Organisationen anschaut, sieht man, dass es mehrere Überschneidungen gibt. So sind die Entscheidungsträger bei beiden Organisationen sehr oft die gleichen Länder. Johannes Varwick schreibt zur Beziehung zwischen EU und NATO Folgendes: *„Es handelt sich bei NATO und EU zwar um unterschiedliche Organisationen mit unterschiedlichen Entstehungsgeschichten, Aufgabenbereichen und politischen Kulturen, sie sind aber durch gemeinsame Mitglieder, überlappende Aufgabenfelder und annähernd gleiche Streitkräfte [...] miteinander verbunden.“*<sup>111</sup>

Man kann also annehmen, dass die Bedrohungsvorstellungen, Strategien und Konzepte die gleichen sind. Nach Heise und Schmidt in ihrem Artikel „NATO und EU: Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft?“ werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Organisationen an folgenden Punkten festgemacht:

1. Wahrnehmung der prinzipiellen Bedrohungen und Risiken
2. Mögliche geographische Beschränkungen eines Militäreinsatzes
3. Der umstrittenen Frage der militärischen Präemption
4. An der Bereitschaft nur im multilateralen Rahmen oder auch im unilateralen zu handeln
5. An grundsätzlichen politischen Strukturvorstellungen die an einen militärischen Einsatz gekoppelt sind
6. An den Zwecken, die mit der Erweiterung beider Organisationen primär verfolgt werden.<sup>112</sup>

---

<sup>110</sup> Heise/Schmidt 2005, S. 1

<sup>111</sup> Varwick 2008, S. 131

<sup>112</sup> Heise/Schmidt 2005, S. 4

Und so ist es nicht verwunderlich, dass die Autoren zu dem Schluss kommen, dass zwischen der EU und der NATO erstaunliche Parallelen in der Bedrohungs- und Risikoanalyse bestehen.<sup>113</sup> Seit 2002 bestehen auch offizielle Vereinbarungen zwischen den beiden Organisationen die eine Annäherung bzw. eine Überschneidung beiderseitiger Interessen darstellen. Die „Erklärung der Europäischen Union und der NATO über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ und die „Berlin-Plus-Vereinbarungen“ bilden die Grundlagendokumente der strategischen Partnerschaft EU-NATO.<sup>114</sup>

#### 4.1.1 Zu Strategischen Partnerschaft:

Es wird offiziell verlautbart, „die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der NATO bei der Krisenbewältigung fußt auf gemeinsamen Werten und auf der Unteilbarkeit des Sicherheitsaspekts im 21. Jahrhundert“.<sup>115</sup> Damit findet man ein erstes Indiz dafür, dass die Sicherheitsinteressen Europas gemeinsam angegangen werden sollen. Man bekundet gemeinsame Werte, was wiederum auf eine Vertiefung der gemeinsamen Kooperation hindeutet. Die NATO wird weiterhin als eine Militärorganisation anerkannt, welche als Basis für die kollektive Verteidigung ihrer Mitglieder gilt. Die Kooperation bedeutet für die EU eine Ausweitung ihrer bereits bestehenden Instrumente. Durch die Kooperation mit der NATO bekommt die EU die Möglichkeit, unabhängig Krisenbewältigungseinsätze durchzuführen. Mit der Kooperation wollen beide Seiten ihre Fähigkeiten stärken. Es wird ebenfalls erwähnt, „Eine stärkere Rolle Europas wird zu mehr Vitalität der Allianz, insbesondere bei der Krisenbewältigung, beitragen.“<sup>116</sup> Dieser Satz deutet sogar einen möglichen Umbruch an, der mit der Kooperation seitens der EU (möglicherweise) beabsichtigt war, und zwar eine größere Einflussnahme auf die NATO und somit letztendlich die Abschwächung der tonangebenden Rolle der USA.

Als gemeinsame Grundsätze werden folgende Punkte gesehen:

- eine Partnerschaft, in der sich zwei unterschiedliche Organisationen gegenseitig stärken;
- effektive Abstimmung miteinander, effektiver Dialog sowie effektive Zusammenarbeit und Transparenz;

---

<sup>113</sup> Heise/Schmidt 2005, S. 5

<sup>114</sup> [http://europa.eu/legislation\\_summaries/foreign\\_and\\_security\\_policy/cfsp\\_and\\_esdp\\_implementation/l33243\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/l33243_de.htm)

<sup>115</sup> [http://europa.eu/legislation\\_summaries/foreign\\_and\\_security\\_policy/cfsp\\_and\\_esdp\\_implementation/l33243\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/l33243_de.htm)

<sup>116</sup> [http://europa.eu/legislation\\_summaries/foreign\\_and\\_security\\_policy/cfsp\\_and\\_esdp\\_implementation/l33243\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/l33243_de.htm)

- gleiche Bedeutung und Wahrung der Beschlussfassungsautonomie und der Interessen der Europäischen Union und der NATO;
- Wahrung der Interessen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der NATO;
- Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen;
- transparente, kohärente und für beide Seiten nutzbringende Entwicklung des gemeinsamen Bedarfs an militärischen Fähigkeiten der beiden Organisationen.<sup>117</sup>

An diesen gemeinsamen Grundsätzen sind folgende Absichten zu erkennen. Man will sich gegenseitig Stärken durch Ergänzung in Bereichen der andere besser aufgestellt ist. Durch bessere Abstimmung soll effektiv ein besseres Ergebnis bei gemeinsamen Vorhaben erzielt werden (Bündelung der Ressourcen). Es wird gegenseitiger Respekt bekräftigt und die Tolerierung der gegenseitigen Strukturen bei gleichzeitiger Wahrung der Interessen der eigenen Mitglieder. Beide Organisationen verpflichten sich ebenfalls zur Wahrung der UN-Charta. Als gemeinsame Ziele werden folgende Punkte herausgegeben:

- die Europäische Union wird gewährleisten, dass die europäischen NATO-Staaten, die nicht Mitglieder der EU sind, so weit wie möglich in die ESVP einbezogen werden.
- die NATO wird die ESVP unterstützen und der Europäischen Union Zugang zu den Planungskapazitäten der NATO zusichern.
- die beiden Organisationen werden Regelungen treffen, um im Hinblick auf ihren gemeinsamen Bedarf an Fähigkeiten eine kohärente, transparente und für beide Seiten nutzbringende Entwicklung sicherzustellen.<sup>118</sup>

Dies bedeutet eine de facto Verschmelzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitiken der beiden Organisationen. Gründe dafür werden nicht genannt, liegen jedoch klar auf der Hand. Die gegenseitige Ergänzung bedeutet für beide eine Ausweitung ihrer Möglichkeiten zur gemeinsamen Übernahme von Einsätzen, die man zuvor nicht alleine von Anfang bis Ende bestreiten konnte. Ein weiterer Vorteil ist sicherlich eine Verringerung der Kosten, die sonst doppelt wären. Man erkennt auch, dass man sich dazu verpflichtet hat primär die gleiche Region zu schützen, und diese heißt Europa.

---

<sup>117</sup> [http://europa.eu/legislation\\_summaries/foreign\\_and\\_security\\_policy/cfsp\\_and\\_esdp\\_implementation/l33243\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/l33243_de.htm)

<sup>118</sup> [http://europa.eu/legislation\\_summaries/foreign\\_and\\_security\\_policy/cfsp\\_and\\_esdp\\_implementation/l33243\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/l33243_de.htm)

#### 4.1.2 Zu „Berlin-Plus-Vereinbarungen“:

Die „Berlin-Plus-Vereinbarungen“ wurden am 17. März 2003 verabschiedet. In diesen werden die Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO im Bereich der Krisenbewältigung festgehalten. Ein wesentlicher Punkt ist, dass der EU ermöglicht wird für Missionen, an denen die NATO offiziell nicht beteiligt ist auf NATO-Strukturen zurückzugreifen. Die wesentlichen Punkte der Vereinbarung werden auf der Homepage der EU folgendermaßen zusammengefasst:

- gesicherter EU-Rückgriff auf die Planungsinstrumente der NATO, um diese im Rahmen der militärischen Planung von EU-geführten Einsätzen zur Krisenbewältigung wirksam nutzen zu können;
- Mandat des Stellvertretenden Oberbefehlshabers der NATO in Europa (SACEUR) - unter dessen Kommando die EU-Einsätze stehen werden (und der in jedem Fall Europäer ist) - und mögliches europäisches NATO-Kommando;
- gesicherter Zugang zu den kollektiven NATO-Ressourcen und -Kapazitäten (Kommunikationsabteilungen, Hauptquartiere usw.) bei EU-geführten Einsätzen zur Krisenbewältigung;
- NATO-EU-Sicherheitsabkommen (Austausch von geheimen Informationen unter Einhaltung von Bestimmungen über den gegenseitigen Schutz);
- Verfahren für das Management von NATO-Ressourcen und -Kapazitäten (Bereitstellung, Überwachung, Rückgabe und Rückforderung);
- NATO-EU-Konsultationsvereinbarungen im Zusammenhang mit einem EU-geführten Krisenbewältigungseinsatz, bei dem NATO-Ressourcen und -Kapazitäten zum Einsatz kommen;
- Einbeziehung des militärischen Bedarfs - der bei EU-geführten Einsätzen entstehen könnte - und der militärischen Fähigkeiten - die bei solchen Einsätzen verlangt werden könnten - in das seit langem bestehende System der Erstellung von NATO-Verteidigungsplänen, um die Verfügbarkeit von gut ausgerüsteten Einsatzkräften, die für NATO- oder EU-Einsätze ausgebildet wurden, sicherstellen zu können.<sup>119</sup>

Die „Berlin-Plus-Vereinbarungen“ stellen eine Art der vertraglichen Absicherung für die EU dar, wann und zu welchem Zweck sie auf welche NATO Hilfe zugreifen kann. Dabei wird festgelegt,

---

<sup>119</sup> [http://europa.eu/legislation\\_summaries/foreign\\_and\\_security\\_policy/cfsp\\_and\\_esdp\\_implementation/133243\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/133243_de.htm)

dass die EU auf NATO-Instrumente und -Ressourcen im Fall einer Krisenbewältigung zugreifen kann. Die Kommunikation und Austausch zwischen den beiden Organisationen wird verbessert. Wenn man sich die beiden Vereinbarungen anschaut, so erkennt man den Willen der EU ihre Lücken im Bereich der ESVP zu schließen. Mit der ESS (Europäischen Sicherheitstrategie), in der die EU den Willen und die Bereitschaft bekundet hat Bedrohungen dort zu begegnen wo sie entstehen und das so früh wie möglich <sup>120</sup> entsand eine Lücke zwischen dem was man leisten wollte und konnte. Die EU/ESVP besitzt nicht die Mittel allen Arten von Konflikten zu begegnen. Vor allem wenn der Einsatz robuster militärischer Mittel nötig wird, stößt die EU/ESVP an ihre Grenzen sowie die NATO wenn es um die zivilen Mittel der Krisenbewältigung geht. Daher machen die Vereinbarung Sinn und sind ein Ergebnis der 90er-Jahre in denen sich die EU als Krisenbewältiger versuchte und dabei ihre eigene Stärken aber auch Schwächen erkannte. Deshalb soll die Partnerschaft mit der NATO die bestehenden Lücken, welche einen allumfassenden Krisenbewältigungseinsatz unmöglich machen, beseitigen. „NATO und EU besitzen vielfältige Gemeinsamkeiten in ihren Bedrohungsvorstellungen, Strategien und Leitbildern, sind aber auch den Widersprüchen zwischenstaatlicher und sich dynamisch erweiternder Organisationen ausgesetzt. Daneben verfügen beide über unterschiedliche Stärken und Schwächen im Krisenmanagement: Die Stärke der EU sind ihre vielfältigen Ressourcen zum zivilen Krisenmanagement, ihre Schwäche das Fehlen einer über einen kleinen Militärstab hinausgehenden militärischen Struktur. Die Stärken der NATO sind insbesondere ihre kollektiven militärischen Mittel und Fähigkeiten, während ihr eben jene zivilen Mittel fehlen, über die die EU verfügt. Insofern könnten sich beide Organisationen ideal ergänzen [...]“<sup>121</sup> Es zeichnet sich eine Art Arbeitsteilung zwischen den beiden Organisationen ab. *„Die Allianz wäre für robuste Kampeinsätze zuständig [...] während die EU vorwiegend kleinere bis mittlere Friedenseinsätze übernehmen würde.“*<sup>122</sup>

In der heutigen Lage, bei der Konflikte unberechenbarer und schneller entstehen können, muss sich die EU/ESVP und NATO mit generischen Planungen auf mögliche Operationen einstellen, da jeder Krisenfall, der den Einsatz von Streitkräften einen eigenen Charakter hat und erfordert jeweils eigene Anstrengungen erfordert um zu einem gemeinsamen politischen und militärischen

---

<sup>120</sup> ESS 2003, S.7

<sup>121</sup> Heise/Schmidt 2005, S.15

<sup>122</sup> Varwick 2008, S.137

Konzept zu kommen.<sup>123</sup> Dies verdeutlicht auch noch einmal weshalb eine strategische Partnerschaft Sinn macht.

## 4.2 Probleme in der Beziehung zwischen EU und NATO

Die „Berlin-Plus-Vereinbarungen“, als ein Schritt in Richtung einer „strategischen Partnerschaft“ zwischen EU und NATO, verschaffen „der EU/ESVP bei der Planung und Umsetzung von EU-Operationen Zugang zu Einrichtungen und militärischen Planungs- und Führungskapazitäten der NATO.“<sup>124</sup> Dies ist für die EU von großer Bedeutung, weil es ihr Spektrum an Möglichkeiten für Krisenbewältigungseinsätze erweitert. Mit diesen Vereinbarungen besitzt die EU rein theoretisch ausreichend operative und logistische Kapazitäten für größere Operationen.<sup>125</sup> Dies wiederum ist im Einklang mit der ESS, in welcher die EU den Willen bekundet ihr entstehende Bedrohungen und Risiken, bereits außerhalb eigener Grenzen, wo die Krisen stattfinden, zu bekämpfen.<sup>126</sup> „Das Verhältnis beider Organisationen zueinander scheint also auf den ersten Blick geklärt, eng und unproblematisch.“<sup>127</sup> Die Umsetzung dieser Vereinbarung ist aber bei weitem nicht so eindeutig, wie der Nutzen, den die EU daraus ziehen könnte. „In der Praxis wird die Zusammenarbeit durch eine Reihe politischer und formaler Beschränkungen behindert.“<sup>128</sup> Zu einem besteht das Problem der unterschiedlichen sicherheitspolitischen Vorstellung der einzelnen Mitglieder beider Organisationen. Das beste Beispiel für die Spaltung, welche sich durch beide Organisationen hinwegzieht, war der Irak-Krieg. Einige Mitgliedstaaten haben sich an diesem Krieg unter der Führung der USA beteiligt, andere waren entschieden dagegen. Es kam zu keinem Konsens. Darüber hinaus wird in den USA die Gründung der ESVP als eine Konkurrenz zur NATO angesehen.<sup>129</sup> Auch das Problem, dass das NATO-Mitglied Türkei regelmäßig die Zusammenarbeit von EU/ESVP und NATO blockiert um somit seinem Anspruch auf eine EU-Mitgliedschaft Nachdruck zu verleihen, ist nicht von der Hand zu weisen.<sup>130</sup> Das letzte Argument, welches verdeutlicht weshalb eine strategische Partnerschaft zwischen der EU

---

<sup>123</sup> Heise/Schmidt 2005, S.4

<sup>124</sup> Schmidt 2006, S. 9

<sup>125</sup> Schmidt 2006, S. 9

<sup>126</sup> ESS 2003, S.6-7

<sup>127</sup> Varwick 2006, S. 131-

<sup>128</sup> Schmidt 2006, S. 9

<sup>129</sup> Schmidt 2006, S. 9

<sup>130</sup> Schmidt 2006, S. 9

und der NATO nicht so einfach ist wie es auf dem Papier scheint, ist die Tatsache, dass Frankreich aufgrund der Souveränitätswahrung nicht Teil der Militärorganisation der Allianz war. Daher hatte Frankreich bis vor kurzem noch in der EU/ESVP eine eigene Streitkräfteplanung neben der der NATO, vorangetrieben, trotz der eigentlich fast gleichen Streitkräfte. Dadurch entstanden Doppelarbeit und bürokratische Konflikte. Deshalb schreibt Peter Schmidt hierzu: „Insofern wird wohl der Begriff der ‚strategischen Partnerschaft‘ zwischen EU und NATO eine Formel bleiben, die in der Realität nur beschränkt umgesetzt wird.“<sup>131</sup> Auch andere Autoren äußern sich ähnlich kritisch zu den Beziehungen zwischen EU und NATO. So wird kritisiert, dass die EU in der ESS schreibt: „*Die Europäische Union besitzt das Potenzial, einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Bedrohungen wie auch der Nutzung der Chancen zu leisten. [...] Damit würde sie zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer Welt führt, die gerechter, sicherer und stärker geeint ist.*“<sup>132</sup> Sie macht darauf aufmerksam, dass sie in verstärktem Maße globale Verantwortung sowohl durch zivile als auch militärische Operationen im Rahmen der ESVP übernehmen will. Um dieses Ziel zu erfüllen braucht sie allerdings Hilfe. So greift sie mit den Berlin-Plus-Vereinbarungen auf die externen Kapazitäten der NATO zurück. „Doch fast immer, wenn die EU von diesen Vereinbarungen Gebrauch machen will, gibt es Konflikte, insbesondere mit dem NATO Partner Türkei.“<sup>133</sup> Somit belasten ungelöste Konflikte wie die Zypern-Frage die Zusammenarbeit erheblich, was im Widerspruch zu den Zielen und zu den Vereinbarungen zwischen EU und NATO steht. Dazu das European Union Institute for Security Studies: „*The awkwardness of EU-NATO interaction is well known. [...] It is no secret that this state of affairs may be attributed to no small degree to fraught political relations between EU member Cyprus and NATO member Turkey.*“<sup>134</sup> Zwar ist man sich der Problematik mit der Türkei in der EU bewusst und hat die Türkei bereits mehrmals aufgefordert diese Blockadehaltung zu unterlassen, jedoch ist dies nicht das einzige große Problem. Ein weiteres ist in seiner Tragweite schwerwiegender, die Rolle der USA in Europa. Das teilweise zwiespältige Verhältnis zwischen EU und NATO, trotz anders lautender Bekundungen, ist seit langem ein belastender Faktor für die Zusammenarbeit. „*Die Gefahr einer Konkurrenz von NATO und EU wurde dabei vor allem von amerikanischer Seite in der Diskussion angeführt, während europäische Kritiker eher eine Umorientierung der strategischen*

---

<sup>131</sup> Schmidt 2006, S. 9

<sup>132</sup> ESS 2003, S.14

<sup>133</sup> Schwarz 2010, S. 12

<sup>134</sup> Toje 2008, S. 19

*Ausrichtung der USA von Europa hin zu anderen Regionen für ein Auseinanderdriften der euroatlantischen Beziehungen verantwortlich machen.*<sup>135</sup> Das Verhältnis zwischen EU und NATO hat also in der politischen Debatte nicht nur kooperative, sondern auch kompetitive Züge. *„Festzustellen ist jedoch, dass die Union sich gegenüber der Allianz zunehmend mit dem Argument profiliert, sie sei aufgrund ihrer breiten Fähigkeitspalette für die modernen Sicherheitsgefahren besser gewappnet als die NATO, was deutlich macht, dass das Verhältnis nicht nur kooperative, sondern auch kompetitive Züge trägt.“*<sup>136</sup>

Aufgrund der vermengten und wechselseitigen Abhängigkeit, welche durch die Partnerschaft zwischen der EU und der NATO bestehen, aber auch durch die fast gleichen Mitglieder in beiden Organisationen und daher fast gleichen Streitkräfte, besteht „ein starker Druck“<sup>137</sup> zur Zusammenarbeit. In jedem Krisenfall muss aber aufs Neue bestimmt werden welchen Beitrag welche der beiden Organisationen zur Krisenbewältigung beiträgt, was wiederum einen großen Spielraum für Spekulationen und Interpretationen offenlässt. Die Mitgliedstaaten in der NATO, wie auch in der ESVP sind nach wie vor die tragenden Pfeiler der Entscheidungsprozesse, wodurch paradoxe Situationen entstehen. So kommt es, dass EU-Mitgliedstaaten, die gleichzeitig NATO-Mitglieder sind in den gemeinsamen Gremien mit sich selbst verhandeln, obwohl sie sich eigentlich als getrennte Akteure gegenüber stehen. Dies macht es noch unverständlicher, weshalb sich eine Zusammenarbeit in der Praxis so schwierig gestaltet. Darüber hinaus *„steht eine komplementäre Zusammenarbeit im Konflikt mit der Suche der EU-Europäer nach einer möglichst eigenständigen Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik, die - vor allem aus dem Blickwinkel Frankreichs - es nicht erlaubt, der EU irgendwelche Grenzen der Handlungsmöglichkeiten aufzuerlegen.“*<sup>138</sup> So erscheint die Partnerschaft auch in den Verträgen ungleich angelegt und lässt die Vermutung zu, dass diese so in der Praxis kaum durchsetzbar ist. Die Verträge zwischen der EU und NATO sichern der EU immer mehr Optionen, inklusive des Rückgriffs auf NATO-Ressourcen und das Recht auf eigenständige Militäroperationen zu, während eine umgekehrte Form der Zusammenarbeit, nämlich der des Rückgriffs der Allianz auf die zivilen Mittel der EU, bisher nicht abzusehen ist.<sup>139</sup> Deshalb ist das Fazit von Volker Heise und Peter Schmidt in ihrem Artikel zu dem Thema strategische Partnerschaft zwischen NATO

---

<sup>135</sup> Schwarz 2010, S. 14

<sup>136</sup> Heise/Schmidt 2005, S. 6

<sup>137</sup> Heise/Schmidt 2005, S. 7

<sup>138</sup> Heise/Schmidt 2005, S. 16

<sup>139</sup> Heise/Schmidt 2005, S. 16

und EU pessimistisch. „Auf Grund dieser Rahmenbedingungen schöpft die EU und die Allianz die Möglichkeiten einer ‚strategischen Partnerschaft‘ nur sehr beschränkt aus.“<sup>140</sup> Oliver Schwarz hingegen schreibt, dass die Situation für die EU zur Zeit ein strategisches Dilemma darstellt. Solange die EU in Rahmen der ESVP nicht über eigenständige zivile und militärische Kapazitäten verfügt, bleibt ein Rückgriff auf NATO-Strukturen unabdingbar.<sup>141</sup> Was wiederum den Anschein erweckt, dass die EU-NATO-Partnerschaft noch ein notwendiges Übel wäre, bis die EU eigenständige Strukturen aufbaut. Beide Artikel, sowohl von Oliver Schwarz wie auch der von Volker Heise und Peter Schmidt stimmen darin überein, dass der modus Operandi zwischen EU und NATO, die Berliner-Plus-Vereinbarungen bleiben. Man kann es auch in den Worten von Johannes Varwick ausdrücken: Die EU und NATO haben ein „geklärt ungeklärtes“<sup>142</sup> Verhältnis. Auf dem Papier geklärt, in der Praxis jedoch ungeklärt. Desweiteren schreibt Varwick, dass die NATO-EU-Beziehungen auf dem „historischen Tiefpunkt“ 2006 angelangt seien und das man weit davon entfernt sei, fertige Lösungen für die Ausgestaltung der strategischen Partnerschaft zu haben.<sup>143</sup>

All diese Einschätzungen zeigen, dass die Zukunft ungeklärt bleibt. Trotz der Vereinbarungen, in denen gleiche Zielsetzungen beteuert werden, und durch die offensichtliche geographische wie auch strategische Verbindung der Organisationen, nicht zuletzt auch durch fast gleiche Mitglieder, scheint eine funktionierende Zusammenarbeit weiter offen. Die Ansichten in der wissenschaftlichen Literatur gehen auseinander. Wie oben erwähnt, sind die einen der Meinung eine Kooperation liege klar auf der Hand, nur hapere es zur Zeit noch an der Umsetzung, da viele Fragen, wie das Verhältnis zwischen USA und EU oder die Türkei-Frage, ungeklärt sind, die einen reibungslosen Ablauf verhindern. Andere wiederum sehen die strategische Partnerschaft als eine zwischen Etappe für die ESVP auf dem Weg zur vollständigen Selbstständigkeit. Doch es spricht viel dafür, dass eine Zusammenarbeit der beiden Organisationen, bis auf Weiteres der einzige logische und vernünftige Lösung bleibt. Zumal die Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise große Umstrukturierungen und Doppelbelastungen der Finanzen nicht erlauben, zwei parallel zueinander laufende Organisationen mit gleichen Zielen und gleichen Fähigkeiten zu unterhalten. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Mitglieder in beiden Organisationen fast dieselben sind. So ist eine Kooperation, bei der man sich gegenseitig in den Bereichen, in denen

---

<sup>140</sup> Heise/Schmidt 2005, S. 16

<sup>141</sup> Schwarz 2010, S. 20

<sup>142</sup> Varwick 2006, S. 131

<sup>143</sup> Varwick 2006, S. 132

der andere schwächer aufgestellt ist, unterstützt und ergänzt, der einzige logische Weg. So gilt es in der Zukunft die Konfliktpunkte auszuräumen und für klare Verhältnisse zu sorgen, damit die beschlossenen Vereinbarungen auch Früchte tragen. Es ist nur im Sinne ganz Europas, geschlossen aufzutreten, denn nur so kann es seine Machtposition, welche aus ihrem teilweisen Zusammenschluss zur EU, gebracht hat, zu erhalten. Damit eine Zusammenarbeit zwischen EU und NATO funktioniert, müssen vor allem das Verhältnis zu den USA, und die zukünftige Rolle der USA und der EU in der NATO, geklärt werden.

#### **4.3 Beziehungen zwischen EU und USA in Fragen der Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO**

Die transatlantischen Beziehungen sind heute, über zwanzig Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in einer Phase, die von einer grundsätzlichen Neuorientierung geprägt ist. Die Vernetzung zwischen Europa und den USA ist heute so eng wie nie zuvor. „*Die transatlantischen Beziehungen sind komplex und erstrecken sich auf kulturelle, politische, ökonomische und sicherheitspolitische Aspekte.*“<sup>144</sup> Beide Parteien stellen für einander jeweils den „wichtigsten internationalen Partner“<sup>145</sup> dar. Doch dies hat nicht nur positive Seiten. Seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise sieht man wie eine solche Verflechtung für beide zu einer schweren Bürde werden kann. Vor allem in den letzten Monaten und Wochen des Jahres 2011 konnte man feststellen, dass die Töne in Zeiten der Krise schärfer werden und nur begrenzt Rücksicht auf den anderen genommen wird. Es geht vor allem um das eigene Wohl und die Durchsetzung der eigenen Interessen. Somit nehmen natürlich auch die Reibungsflächen und potenzielle Konflikte zwischen den beiden Partnern zu. Dies gilt auch für die Sicherheitspolitik und ihrer Umsetzung, die schon zur Zeit des Irak-Krieges die Beziehungen zwischen Europa und den USA teilweise stark strapazierten.

Durch die NATO nehmen die USA immer noch sehr bedeutenden Einfluss auf die europäische Sicherheitspolitik und daher scheint eine strategische Partnerschaft zwischen der NATO und der EU/ESVP nicht unbedingt unproblematisch. Wie bereits im vorherigen Kapitel erwähnt, gibt es große Streitpunkte wenn es um die tatsächliche Umsetzung der gemeinsamen Beschlüsse zwischen der NATO und der EU geht, die nicht zuletzt auf dem gespaltenen Verhältnis gründen,

---

<sup>144</sup> Varwick 2006, S. 133

<sup>145</sup> Varwick 2006, S. 133

was die USA und die EU bei der Sicherheitspolitik uneins werden lässt. „*Europa – sofern hier bereits von einem einheitlichen Akteur gesprochen werden kann – und die USA entwickeln trotz enger Zusammenarbeit und ebenso enger institutioneller Verbindungen oftmals konkurrierende Vorstellungen im Hinblick auf wichtige Zukunftsfragen der internationalen Politik.*“<sup>146</sup> Dies auch im Hinblick auf die Sicherheitspolitik in Europa. Vor allem Frankreich bestand bis 2009 aufgrund seiner Nichteinbindung in die Militärische Struktur der NATO auf einen gesonderten militärischen Planungsprozess für die EU-Länder. Und so hieß es noch vor kurzem, „*insbesondere Frankreich befürchtet eine ‚Amerikanisierung der europäischen Sicherheitspolitik‘ und setze daher auf die ‚Europäisierung der NATO‘, wenn schon europäische Sicherheitspolitik ohne die USA nicht durchsetzbar ist.*“<sup>147</sup> Die Interpretationen der „Berliner-Plus-Vereinbarungen“ waren folgerichtig durch diesen Umstand belastet. „*Frankreich bezweifelte, ob im Falle eine EU-Operation tatsächlich der Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO gewährt würde.*“<sup>148</sup> Nicht zuletzt aus dem Grund, weil der Zugriff auf die in den Vereinbarungen genannten Mittel und Kapazitäten der NATO nur individuell von der NATO freigestellt werden würde, also von Situation zur Situation verschieden. Damit dürfte sich die EU/ESVP nie sicher sein, ob sie Mittel von der NATO bekommt oder nicht. Das ist einer der Gründe weshalb Frankreich in den letzten Jahren auf unabhängige, EU-geleitete Führungs- und Planungsfähigkeiten bestand. Ein solches Vorgehen war nicht gerade vertrauensbildend für die sich neuorientierenden Beziehungen zwischen den transatlantischen Partnern und belastete die letzten zehn Entwicklungsjahre schwer. Daher wurde „*die Gefahr einer Konkurrenz von NATO und EU*“<sup>149</sup> vor allem in den USA diskutiert. Zumal Europa und die EU in den letzten Jahren nicht wirklich als einheitlicher Akteur agierten.

---

<sup>146</sup> Varwick 2006, S. 133

<sup>147</sup> Varwick 2008, S. 132

<sup>148</sup> Varwick 2008, S. 134

<sup>149</sup> Schwarz 2010, S. 14

## 5. Die Rolle der USA in Bezug auf europäische Sicherheit in der Zukunft

### 5.1 Entwicklung in den USA im Bezug auf Sicherheitspolitik

Im November 2008 trat Barack Obama seine erste Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika an. Im gleichen Jahr der Lehmann-Pleite und dem dadurch verursachten endgültigen Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Vorzeichen standen nicht gut, der Afghanistan- und der Irak-Krieg waren immer noch allgegenwärtig. Heute, nach drei Jahren sind die Probleme in den USA nicht weniger geworden, im Gegenteil, sie haben sich nur noch verschärft und führten zu der Frage, ob die USA überhaupt noch eine Weltmacht sind bzw. bleiben können. Obama wollte die amerikanische Politik transformieren. Er wollte sowohl die Innen- wie auch die Wirtschaftspolitik ändern und auch in der Außenpolitik auf neue Impulse setzen. Es sollte ein Kontrastprogramm zu seinem Vorgänger George W. Bush werden. Die Hauptpunkte seiner neuen Außenpolitik waren multilaterale Diplomatie, Einhaltung internationaler Normen und Konsultationen mit internationalen Partnern.<sup>150</sup> Doch die Entwicklung ging in eine andere Richtung. *„Die Vorstellungen liberaler amerikanischer Theoretiker über eine neue, posthegemoniale Weltordnung scheinen sich nicht verwirklichen zu lassen, und auch die Aussichten auf eine ‚neu verhandelte‘ internationale Ordnung, in der die USA ihre Führungsposition durch Teilung von Führungsansprüchen und multilateraler Entscheidungsgewalt behalten, sind gering, zumal die US-amerikanische Einstellung zur Aufgabe von Souveränität und zum Eingehen von Bindungen an multilaterale Regelsysteme traditionell höchst ambivalent ist.“*<sup>151</sup> Die USA sehen sich heute neuen Herausforderungen ausgesetzt. *„Während des Kalten Krieges haben die Vereinigten Staaten ihre militärische und ökonomische Vormachtstellung kontinuierlich ausgebaut. Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ist die internationale Sicherheitsarchitektur zwar immer noch auf die USA ausgerichtet. Aber sie sind längst nicht mehr das einzige Machtzentrum der Welt.“*<sup>152</sup> Es steigen immer mehr Mächte in dem multilateralen Weltordnungssystem auf, welche zu einer echten Konkurrenz für die USA werden. Insbesondere werden die USA heute von China auf der internationalen Bühne herausgefordert.

---

<sup>150</sup> Falke 2011, S. 18

<sup>151</sup> Falke 2011, S. 18

<sup>152</sup> Le Monde 2009, S. 12

China gilt als ersthafter Konkurrent um die Position der Ordnungsmacht in Asien, welche noch die USA sind. Und so scheinen auch die Aussagen, dass China schon in wenigen Jahren die dominante Weltwirtschaftsmacht<sup>153</sup> sein wird, wenig verwunderlich in Anbetracht der heutigen Entwicklung. Es ist also fraglich „*ob die USA weiterhin in der Lage sein werden, ihre Weltmachtrolle auf dem hergebrachten Niveau zu erhalten*“<sup>154</sup> zumal die ökonomische und politische Basis dafür alles andere als gesichert ist. Vor allem die Wirtschafts- und Finanzkrise wie auch die dadurch verursachte Entwicklung der heimischen Wirtschaft in den USA und die daraus resultierenden Defizite im Staatshaushalt deuten darauf hin, dass für die Erhaltung dieser Machtstellung langsam das Geld fehlen dürfte. Die von den USA ausgehende weltweite Finanzkrise könnte dazu führen, dass womöglich das letzte Kapitel in der Geschichte des Imperium Americanum geschrieben wird.<sup>155</sup>

In den USA herrscht dieser Tage Ernüchterung. Ernüchterung darüber, dass der Anspruch, die globale Führungsrolle weiter so ausführen zu können wie bisher, unter dramatischen veränderten Umständen in Zeiten der Krise so nicht mehr möglich ist. Es müssen bei dem amerikanischen Führungsanspruch erhebliche Abstriche gemacht werden.<sup>156</sup> So schreibt Andreas Falke, dass die Debatte um die amerikanische Weltmachtrolle bereits begonnen hat und von drei Faktoren bestimmt wird:

- schwindende ökonomische Basis
- Dysfunktionalität des politischen Systems
- Neo-isolationistische Strömungen in der amerikanischen Bevölkerung

Laut dem Autor zeigt die US-Wirtschaft langfristige Stagnationserscheinungen die in Anbetracht der letzten zehn Jahre und den damit verbundenen jährlichen Ausgaben für die Kriege in Afghanistan und im Irak und der Verdopplung des Verteidigungshaushaltes in Verbindung stehen. Diese Belastungen entstanden auf Kredit, und zusammen mit der Finanz- und Wirtschaftskrise führen sie dazu, dass die USA heute mit einer ernsthaften Haushalts- und Schuldenkrise konfrontiert sind. So erscheinen auch die ersten Bedenken beim US-Militär und deren Sprechern „*Admiral Mike Mullen, bezeichnete die wachsende Neuverschuldung und das staatliche Verschuldungsniveau selbst als „die größte Sicherheitsbedrohung“*. Da eine ausufernde nationale Verschuldung zu wirtschaftlichen Instabilitäten führen könnte, dient letztlich auch eine

---

<sup>153</sup> Falke 2011, S. 19

<sup>154</sup> Falke 2011, S. 19

<sup>155</sup> Le Monde 2009, S. 13

<sup>156</sup> Falke 2011, S. 20

zielgerichtete Haushaltskonsolidierung der Aufrechterhaltung der Weltmachtrolle der USA.“<sup>157</sup> Somit zeigt die budgetäre Lage und die daraus resultierenden, schwindende ökonomische und fiskalische Basis erste Auswirkungen auf die Strategiediskussion in den USA. Ohne die wirtschaftliche schwindet auch die militärische Macht, da einfach zu wenig Mittel zur Verfügung stehen um das heutige Konzept aufrecht zu erhalten. Doch nicht nur finanzielle Probleme führen zu einem Schwinden der Weltmachtposition der USA. Die innere Zerstrittenheit in den USA führt zur Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer Lähmung im politischen Entscheidungsprozess, was wiederum die Frage aufwirft ob die USA überhaupt in der Lage sind ihre Weltmachtrolle zu erfüllen. Die Dysfunktionalität im politischen Prozess führt zu einem weltweiten Ansehensverlust der USA, was erhebliche Auswirkungen auf ihren Anspruch eine Weltmacht zu sein haben kann.

Zunehmend sind neo-isolationistische Tendenzen in den USA festzustellen, welche ein Anzeichen dafür sind, dass man sich in den Vereinigten Staaten eine passivere Rolle in der Weltpolitik wünscht, anstatt eine Weltmacht zu bleiben. So spielten außenpolitische Themen bei der letzten Wahlentscheidung zum Kongress 2010, kaum noch eine gewichtige Rolle in den USA. Diese Entwicklung birgt eine doppelte Gefahr in sich, da die nationalen Interessen der USA eine aktive Beteiligung an der Weltpolitik nahe legen und ein geringeres Engagement nur nachteilig wäre. Laut einer Umfrage glauben 58% der Amerikaner, dass die USA sich weniger um Probleme jenseits der eignen Grenzen kümmern sollten und 65% sagen, dass die USA ihre Verpflichtungen im Ausland reduzieren sollten.<sup>158</sup>

All das spricht für eine Reduzierung der jetzigen Weltmachtrolle der USA. Die daraus resultierenden Konsequenzen für den Rest der Welt sind noch nicht ersichtlich, fordern jedoch aktives Handeln von allen, die bis jetzt von der Rolle der USA profitiert haben. Die Strategie der USA, die Wiedergewinnung der inneren Stärke, bedeutet einen Verzicht auf kostspielige, langwierige Militäreinsätze wie im Irak oder in Afghanistan. Es deutet auch darauf hin, dass nur Einsätze durchgeführt werden, die vor allem den USA Nutzen bringen. So sind Hilfestellungen für Verbündete seitens der USA in Zukunft nicht ohne weiteres zu erwarten. Die Zeiten in denen die USA als Weltpolizist auftrat scheinen vorüber zu sein. In naher Zukunft dürfte diese Position von keinem anderen eingenommen werden, was wiederum bedeutet, dass mehrere neu aufstrebende Mächte sich dazu verleitet fühlen dürften ihre Interessen mit militärischen Mitteln

---

<sup>157</sup> Falke 2011, S. 21

<sup>158</sup> Falke 2011

durchzusetzen, da groß angelegte Interventionen seitens einer Übermacht wie den USA, nicht zu erwarten wären. Was bedeutet diese Entwicklung für die transatlantischen Partner?

## **5.2 Wie ist es um die Zukunft der USA-Europa Beziehungen in der Sicherheitspolitik bestellt**

*„Die USA stehen vor Problemen, die zu tiefgreifend sind, als dass sie in einer Legislaturperiode gelöst werden könnten. Zudem sind Einschnitte erforderlich, welche die amerikanische Gesellschaft derzeit kaum zu leisten bereit ist. Die USA müssen sich notgedrungen aus einigen Bereichen zurückziehen und streben daher international Entlastung an. Hier fordern sie ein höheres Engagement von ihren Partnern.“*<sup>159</sup> Das wiederum bedeutet, dass die transatlantischen Partner mehr Verantwortung übernehmen müssen, für sich selbst aber auch für andere.

Was die USA bis jetzt geleistet haben ist nicht mehr aufrecht zu erhalten. Doch können die transatlantischen Partner Teilbereiche der USA übernehmen? Damit dies funktionieren könnte, müsste Europa, und im speziellen die EU, eine klare Linie finden, eine Stimme mit der sie international spricht. Doch die Situation in der EU und Europa, ist wegen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise nicht besser als in den USA. *„In Europa besteht die Gefahr, dass sich die EU an ihrer Schuldenkrise, aber auch an der Finalität des Erweiterungsprozesses oder an außen- und sicherheitspolitischen Themen entzweit.“*<sup>160</sup> Dies zeigt, dass die Zukunft alles andere als gewiss ist. Die Vorzeichen, wie sie aktuell sind, sehen schlecht aus. Gerade jetzt, wo Europa die Möglichkeit bekommt einen Schritt weiter zu gehen um seine Rolle im multilateralen System zu stärken, scheint nicht bereit dafür. Wenn es also die Aufgaben der USA nicht teilweise übernehmen kann um eigene Interessen weiter durchzusetzen, so wird es, als einer der Hauptprofiteure der USA-Außenpolitik, in Zukunft mit Nachteilen rechnen müssen. Es droht eine Stagnierung der europäischen Machtposition auf der Internationalen Bühne.

*„[...]Unstimmigkeiten sind Begleiterscheinungen einer neuen Weltsicherheits- und Wirtschaftslage, und dies ist auch in den transatlantischen Beziehungen zu spüren[...]“*<sup>161</sup>

Es ist nichts mehr so wie früher, es gibt keine „transatlantische Selbstverständlichkeit“<sup>162</sup> mehr. Durch innere Probleme werden die außenpolitischen Beziehungen belastet. Die Unsicherheit

---

<sup>159</sup> Renvert 2011, S. 34

<sup>160</sup> Renvert 2011, S. 34

<sup>161</sup> Renvert 2011, S. 35

<sup>162</sup> Renvert 2011, S. 35

lähmt die Beziehungen zwischen den Partnern. Statt enger Kooperation gibt es Zurückhaltung und Misstrauen dem anderen gegenüber. Die Automatismen aus den Zeiten des Kalten Krieges, die die transatlantischen Beziehungen bestimmten und Klarheit für alle Beteiligten schafften sind längst weg. Wenn der Zustand anhält bedeutet dies im Angesicht der wachsenden sicherheits- und wirtschaftspolitischen Problemfelder eine Schwächung aller Akteure. So verwundert die Einschätzung nicht: *„Zwar stand Obama für einen Neuanfang, aber auch seine Administration ist von einem notwendigen Pragmatismus geleitet und beobachtet sehr genau, wie verlässlich und berechenbar die Partner sind. Es sind strukturelle Unterschiede, die das Verhältnis zu den USA weiter begleiten werden und Kontroversen auch künftig unvermeidbar machen. Die besondere Herausforderung liegt zum einen in der nach wie vor nicht behobenen Schwäche Europas, in außen- und sicherheitspolitischen Fragen geeint zu handeln [...]“*<sup>163</sup> Solange also Europa nicht geeint auf die neuen Herausforderungen reagieren wird, so wird es auch von seinem wichtigsten Partner weiter mit Misstrauen beäugt.

So ist die drohende Abschwächung der Machtstellung der USA nicht das einzige Problem für Europa sondern auch ihre Uneinigkeit. Allgemein scheinen die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika den jetzigen Entwicklung nach unter keinem guten Stern zu stehen. Die transatlantischen Beziehungen sind nicht nur durch die Verschiebung der Machtstrukturen auf der globalen Bühne beeinträchtigt, sondern auch durch die uneinheitlichkeit der Europäischen Außenpolitik. Diese kam vor allem bei außenpolitischen Fragen schon öfters zum Vorschein. Doch wo führt diese Entwicklung hin?

### **5.3 Mögliche Bedeutung des Rückzugs der USA für den transatlantischen Partner Europa**

Aufgrund der veränderten Umstände seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise und wegen der Einschätzung, dass die USA nicht mehr länger als eine absolute Weltmacht auftreten, stellt sich die Frage, ob Europas Machtstellung in Gefahr ist. Was könnte ein teilweiser Rückzug des wichtigsten transatlantischen Partners auf der Weltbühne für Europa bedeuten?

Zu allererst muss man festhalten, dass Europa nicht allein von den USA abhängig ist. Beide Regionen profitieren gleich von ihrer engen Bindung. So erwirtschaften die EU, die USA und Kanada 50% des globalen Bruttoinlandprodukts.<sup>164</sup> Dies auch wegen der Starken Vernetzung

---

<sup>163</sup> Renvert 2011, S. 35

<sup>164</sup> Leibrecht 2011, S. 4

ihrer Wirtschaften. Doch was die Sicherheitspolitik und die Verteidigungspolitik angeht sind die Partner ungleich. Die USA, als die mit Abstand größte Militärmacht der Welt, leistet sich einen Verteidigungshaushalt, der knapp die Hälfte der weltweiten Militärausgaben ausmacht.<sup>165</sup> *„Nach dem Ende des Kalten Kriegs gingen die USA davon aus, dass sie dank ihrer militärischen Übermacht weltweit für stabile und sichere Verhältnisse sorgen könnte und daher in der Lage wären, in regionalen Machtverhältnissen das Gleichgewicht zu wahren, die Energieversorgung durch den Schutz der Rohstoffquellen und Transportwege zu sichern und die so genannten Schurkenstaaten in Schach zu halten, die sich zu einer Bedrohung für die US-zentristische Weltordnung entwickeln könnten.“*<sup>166</sup> Doch die veränderte Weltlage führte zu einer Kehrtwende, die diese Selbstverständlichkeit beenden dürfte. *„Die seit 2008 andauernde Krise stellt die Vorherrschaft der USA in Frage. Damit zeichnen sich Umrisse einer neuen postamerikanischen Weltordnung ab, die nicht mehr von einer einzigen Macht dominiert wird.“*<sup>167</sup> Dies dürfte besorgniserregend für Europa, das als wichtigster Verbündeter der USA auch gleichzeitig einer der Profiteure der US-Außenpolitik ist, welche auch ihre Position sicherte. So sorgten die USA für die Beseitigung der Risiken und Bedrohungen auf der Welt. Sie galten als Weltpolizei. Denn wo auch immer Gefahren für das globale Handelssystem entstanden traten die Vereinigten Staaten mit ihrer überwältigenden Militärmacht auf, um die Bedrohungen zu beseitigen. Doch wie bereits im vorherigen Kapitel beschrieben schwindet langsam diese Machtposition der USA. Die Verhältnisse der engen Partner sind auch nicht mehr das was sie waren. Es gibt viele Stimmen sowohl in Europa wie auch in den USA, die der Meinung sind die einstigen Partner würden sich aufgrund der veränderten Interessen immer weiter von einander entfernen. Problematisch für die Verhältnisse zwischen Europa und den USA ist auch nicht zuletzt die fehlende Vision Europas. *„Die EU folgt auf ihrem eigenen Kontinent weder eine Vision, noch entwickelt sie politische Perspektiven. In Arbeitsteilung mit den USA ist sie für internationales Krisenmanagement zuständig. Noch immer betreibt jedes Mitgliedsland seine eigene Außenpolitik.“*<sup>168</sup> Es gibt also immer noch Bereiche in denen die Partner eng zusammenarbeiten, doch die Kluft wird auch durch die Wirtschafts- und Finanzkrise immer größer. Diese zwingt die Partner auch zu Einsparungen in sensiblen Bereichen wie der Sicherheitspolitik. Jetzt kommen auch Probleme, die früher keine große Rolle spielten, wieder hoch. So ist z.B. der mangelnde

---

<sup>165</sup> Le Monde 2009, S. 13

<sup>166</sup> Le Monde 2009, S. 104

<sup>167</sup> Le Monde 2009, S. 105

<sup>168</sup> Le Monde 2009, S. 110

Einsatz von Truppen und Geldern durch die EU und Europa bei gemeinsamen Missionen mit den USA im Rahmen der NATO, ein solcher Streitpunkt. Die USA fordern klar mehr Beteiligung der Europäer. Schon 2008, bei seiner Rede an der Siegessäule in Berlin, sagte Barack Obama zum Thema Afghanistan und der Beteiligung Europas: „*For the people of Afghanistan, and for our shared security, the work must be done. America cannot do this alone. The Afghan people need our troops and your troops; our support and your support to defeat the Taliban and al Qaeda, to develop their economy, and to help them rebuild their nation*“.<sup>169</sup> Heute, über drei Jahre später, ist diese Forderung stärker denn je. In einer seiner letzten Rede als Verteidigungsminister schlug Robert Gates in die gleiche Kerbe wie damals Obama. Er sagte, dass eines der Hauptprobleme in der heutigen NATO für die USA die Tatsache wäre, dass der US-Bürger mit seinen Steuern den Hauptteil der Finanzierung übernehmen muss. Gates sagte, dass sich mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall der Anteil der USA am gesamten Budget der NATO um 25% von 50% auf 75% erhöht hat.<sup>170</sup> Was zu Zeiten des Kalten Krieges noch zu rechtfertigen war, ist es heute nicht mehr. Zumal die Vereinigten Staaten von Amerika heute schmerzliche Einschnitte im eigenen Haushalt überstehen müssen. So ist die Tendenz nicht nur dazu da, die Beteiligung an der gemeinsamen Allianz zu kürzen, sondern „*Tough choices lie ahead affecting every part of our government, and during times, scrutiny inevitably falls on the cost of overseas commitments – from foreign assistance to military basing, support, and guarantees*“.<sup>171</sup> Er macht den Verbündeten klar, dass in Zeiten der Krise und der Sparmaßnahmen man bei der Verteidigung zuallererst auf Überseeinsätze verzichten wird. Dies ist nicht nur als eine Warnung zu deuten sondern als ein klares Zeichen dafür, dass in Europa ein Umdenken stattfinden muss. Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass die USA Europa immer bei ihren Einsätzen oder Missionen aushelfen werden. Europa muss selbst die Zügel in die Hand nehmen und seine Strategien neu überdenken.

### 5.3.1 Libyen-Einsatz und die offenkundigen Probleme in der Allianz resultierend aus der neuen Lage

Wie bereits im Kapitel 3 dieser Arbeit ausführlich beschrieben, verfügen die EU und die NATO über mehrere Verträge und Kooperationsbekundungen. Diese sollen die Zusammenarbeit im

---

<sup>169</sup> Obama 2008

<sup>170</sup> Gates 2011

<sup>171</sup> Gates 2011

Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen den beiden Organisationen in Europa verbessere. Doch die Probleme liegen nicht in den Verträgen zwischen den beiden Organisationen, sondern ihrer Umsetzung. Die besondere Konstellation der zwei Organisationen, insbesondere die Tatsache, dass die USA bis heute die alles bestimmende Kraft in der NATO sind, führen zu großen Problemen bei der Durchsetzung dieser Vereinbarungen. Es gibt zwischen den transatlantischen Partnern viel Misstrauen, das in den Besonderheiten ihrer Beziehung, wie oben bereits beschrieben, begründet ist. Es gibt also die offenkundige Forderung der USA, dass Europa sich mehr an der Finanzierung der NATO beteiligen sollte. Die EU sieht in der NATO das perfekte Erweiterungswerkzeug für seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die in der ESVP mündet und will eine Europäisierung der Verteidigungspolitik auch in der NATO. Diese zwei Positionen der beiden Partner haben sich bereits seit einigen Jahren entwickelt und verfestigt. Die Lage ist klar, doch was hat sich tatsächlich getan? Anhand des Lybie-Einsatzes liefert Robert Gates, ebenfalls in seiner letzten Rede, gute Argumente die nicht nur die theoretischen Bedenken der transatlantischen Partner zu dem Thema der Zusammenarbeit zwischen den zwei Organisationen liefern, sondern strukturelle Probleme aufzeigen.

Als eines der vier Probleme der NATO heute, die Robert Gates 2011 bei einer Rede in Brüssel anführte, gilt „*NATO's serious capability gaps and other institutional shortcomings laid bare by the Libya operation*“ also die ernstzunehmende Kapazitätsprobleme der NATO, welche durch den Libyen-Einsatz ersichtlich wurden.

Den Libyen-Einsatz, Codename „Operation Unified Protector“, beschreibt Gates mit drei Stichpunkten:

- A mission with widespread political support;
- A mission that does not involve ground troops under fire;
- And indeed, is a mission in Europe's neighborhood deemed to be in Europe's vital interest.

Er beschreibt ihn also als eine Mission die großen politischen Zuspruch hatte, den Einsatz von Bodentruppen nicht erforderte, und, da es in unmittelbarer Nachbarschaft zu Europa stattfand, von großem Interesse für Europa war. Es war auch eine Mission, bei der die Europäer die Führung hatten und nur Hilfestellung von den USA bekamen. Es haben auch alle Mitglieder für diese Mission gestimmt, jedoch nicht einmal die Hälfte beteiligte sich daran und nur wenige wollten sich überhaupt an den Luftschlägen beteiligen. Das bekannteste Beispiel für das verwirrende europäische Verhalten ist das deutsche. Es wurde zwar innerhalb der NATO für den

Einsatz gestimmt, jedoch als derzeit nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, hat sich Deutschland bei der Abstimmung zur der Resolution 1973, welche als Grundlage zur Bevollmächtigung des NATO-Einsatzes galt, enthalten. Die Begründung war, man wolle sich am dem militärischen Einsatz nicht beteiligen. Dieses Vorgehen erweckt den Eindruck, dass viele der europäischen Länder sich auf andere verlassen wenn es um die Durchsetzung und Schutz ihrer vitalen Interessen geht. Doch Gates sieht noch ein weiteres Problem. Er ist der Meinung, dass viele der Länder die sich nicht an der Mission beteiligt haben, das nicht nur ans Bedenken hinsichtlich des Vorgehens getan haben, sondern weil sie keine militärischen Mittel für diese Mission beisteuern konnten. Wenn dies der Wahrheit entspricht zeigt das, in welche desolatem Zustand sich die militärischen Kapazitäten mancher europäischer Länder befinden. Bei denen die sich beteiligt haben lief es allerdings nicht wirklich besser. So waren die Bereiche Geheimdienst, Überwachung und Aufklärung unterbesetzt. Es macht keinen Sinn die besten Kampfflugzeuge zu haben, wenn man keine Ziele ausfindig machen kann. Da hatte die NATO wie es scheint große Probleme und musste um US-Amerikanische Hilfe bitten. Gates nannte die Hilfestellung eine „just in time infusion“ und sagte, dass diese in Zukunft nicht immer möglich sein wird und machte somit gleichzeitig mahnend darauf aufmerksam, dass die Zukunft der Allianz mit dem Einsatz der USA, in Zusammenhang steht. Auch bei den zur Verfügung stehenden Mitteln sieht er große Missstände. Bereits nach elf Wochen im Einsatz ging den meisten Verbündeten die Munition für ihre Präzisionswaffen für die Luftschläge aus. Auch da musste die Allianz die Hilfe der USA anfordern. Dabei, macht Gates aufmerksam, führte man einen militärischen Einsatz gegen ein spärlich bewaffnetes Regime.

Der Lybien-Einsatz ist der erste größere Einsatz der NATO seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise und seit der Verschärfung der Probleme zwischen den transatlantischen Partnern. Es ist ebenfalls der erste Einsatz seit Inkrafttreten der neuen NATO-Strategie. Man kann sagen, dass er durchaus einen richtungsweisenden Charakter hatte in der Aufteilung der Aufgaben innerhalb der Allianz und durch seine geographische Lage. Wie Robert Gates in seiner Rede sagte, war der Lybien-Einsatz, ein Einsatz unter der Führung Europas und er beinhaltete die Verteidigung vitaler europäischer Interessen in Form von Sicherung der Öltransporte aus Lybien und natürlich auch die Durchsetzung der humanitären Vorstellungen Europas. Diese besondere Konstellation ist eine Art Konflikt, in welche die USA in Zukunft, aufgrund ihrer eigenen finanziellen Lage, nicht mehr eingreifen wollen. Die Bewältigung solcher Konflikte ist in Zukunft die Aufgabe Europas, vollkommen unabhängig davon, ob im Rahmen der NATO oder nicht. Die USA haben

schon des öfteren in den letzten Jahren angekündigt sich zurückziehen zu wollen. Damit sind die hohen Beiträge zur NATO gemeint aber auch die ständige Opferung eigener militärischer Ressourcen bei Einsätzen die für Europa von größerem Interesse als für die USA sind. In Anbetracht dieser Vorzeichen muss man im Hinblick auf den Libyen-Einsatz sagen, dass Europa und die EU zur Zeit nicht im Stande sind ohne die Hilfe der USA innerhalb der NATO einen großen Militäreinsatz allein bei Nutzung eigener Ressourcen zu leiten. Außerhalb der NATO, ist der Einsatz wohl garnicht möglich, zumal die EU/ESVP genau aus diesem Grund die Verträge mit der NATO geschlossen haben. Gates sagt, er hatte in den letzten Jahren immer wieder Bedenken, dass die NATO kurz davor steht eine „two-tiered alliance“ zu werden. Damit ist gemeint, dass es zu einer Spaltung der Aufgabenbereiche innerhalb der Allianz kommen könnte. So würden die einen sich gänzlich nur um „soft“-Einsätze wie humanitärer Art kümmern oder auf Entwicklung und Peacekeeping, während die anderen die „hard“-Einsätze übernehmen würden, bei welchen es um Kampfeinsätze geht. Dies wäre laut Gates eine Aufteilung in die Mitglieder, welche die Vorzüge der NATO-Mitgliedschaft genießen ohne einen schmerzlichen Beitrag zu leisten und in die Mitglieder welche bereit sind Opfer zu bringen. Doch dies ist seiner Einschätzung nach keine unbegründete Sorge mehr, sondern bereits Wirklichkeit: *„This is no longer a hypothetical worry. We are there today. And it is unacceptable.“*<sup>172</sup> Diese Zwangslage erklärt er anhand der Zeit, welche von Sparmaßnahmen auf beiden Seiten des Atlantiks beeinflusst ist. Seiner Meinung nach tun die Europäer zu wenig für ihre Verteidigungspolitik. Sie investieren zu wenig in die NATO und in ihre eigene Streitkräfte, was zu der heutigen Zwangslage führt. Europa ist allem Anschein nach nicht in der Lage, nicht als EU und auch nicht als NATO, Einsätze zu führen ohne militärische und finanzielle Unterstützung durch den transatlantischen Partner USA. So sind jegliche Verträge zwischen NATO und EU vollkommen sinnlos und bedürfen keines Diskurses über mögliche Strukturprobleme, wenn das Essentielle bereits fehlt und zwar die Ressourcen um überhaupt groß angelegte militärische Einsätze zu leiten.

---

<sup>172</sup> Gates 2011

### 5.3.2 Die verschiedenen Sichtweisen der Welt durch die USA und Europa nach Robert Kagan

Nach Kagan gibt es fundamentale Unterschiede zwischen Europa und USA in der Wahrnehmung der Welt. Was führt aber zu diesen unterschiedlichen Wahrnehmungen? Weshalb legen die USA großen Wert auf Verteidigung und militärische Macht und im gleichen Zeitraum stagniert die militärische Aufrüstung bzw. Instandhaltung der verfügbaren militärischen Mittel in Europa? Wieso hat Europa nach dem Ende des Kalten Krieges sukzessive seine Beiträge zur NATO vermindert während die USA diese gesteigert haben? Eine mögliche Antwort ist natürlich der Umstand, dass Europa und die EU durch ihre engen Verflechtungen mit den USA in allen Bereichen, sei es kulturell, ökonomisch, politisch oder eben militärisch durch die NATO, ein Profiteur von der Supermacht USA waren. Doch ist die Erklärung so einfach? Robert Kagan hat sich in seinem Aufsatz „Power and Weakness – Why the United States and Europe see the world differently“ mit der Frage der verschiedenen Weltanschauungen durch die USA und Europa beschäftigt und liefert mögliche Erklärungen.

In seinem Aufsatz stellte Kagan fest, dass die USA und Europa grundverschieden sind. So prägte er den Satz „Americans are from Mars and Europeans are from Venus“.<sup>173</sup> Seine Aussage ist, dass man aufhören sollte zu glauben, dass die USA und Europa die gleiche Weltsicht teilen würden. So stellt er fest, dass die Europäer die Kantsche Sicht der Welt teilen. Sie wenden sich von der Macht weg, hin zu internationalen Gesetzen und internationalen Kooperation.<sup>174</sup> Sie leben in einer Welt des Friedens. Dagegen beschreibt er die USA als die Nation mit der Hobbschen Weltansicht. Sie sehen die Welt als einen anarchischen Ort in dem nur die Ausübung von Macht zum Ziel führen kann und die internationalen Gesetze und Regeln nur unzuverlässig sind. Nun muss man festhalten, dass der Aufsatz 2002 veröffentlicht wurde und die USA sich gerade in dem „unipolaren Moment“<sup>175</sup> befanden und unter der Administration Bush tatsächlich in den Internationalen Organisationen nur eine Belastung sahen. Heute setzt die Obama-Administration auf eine multipolare Weltordnung, die Einstellungen zur Machtausübung ist deshalb jedoch nicht grundsätzlich anders geworden. Die Behauptung ist, dass wenn es um Machtausübung geht, die US-Demokraten mehr gemeinsam mit den US-Republikanern haben als

---

<sup>173</sup> Kagan 2002, S. 1

<sup>174</sup> Kagan 2002, S. 1

<sup>175</sup> Krauthammer 1991, S. 23

mit europäischen Sozialisten.<sup>176</sup> Auch Obama Administration greift zur militärischen Mitteln und setzt sich dabei auch über internationale Rechte hinweg. Als ein Beispiel hierfür darf man die militärische Aktion in Pakistan nehmen, bei der US-Streitkräfte in Pakistanisches Gebiet eindringen ohne dies vorher mit der Pakistanischen Regierung besprochen zu haben, um Osama Bin Laden zu fassen.

Der Unterschied zwischen Europäern und Amerikanern liegt nicht zuletzt in ihrer unterschiedlichen Geschichte. So mussten die USA nie unter einem der zwei Weltkriege so leiden wie Europa. Die Kriege wurden auf dem europäischen Boden ausgefochten und prägten die Bevölkerung, wie die nachkommenden Generationen, nachhaltig. Dies ist einer der Gründe weshalb Europa mehr Wert auf friedliche Konfliktlösung legt, anstatt diese mit Gewalt zu bekämpfen.<sup>177</sup> Es ist aber die Position in der sich beide befinden die das Verhalten prägt. So sieht Kagan die USA in der Position des Starken. Das Land war der Gewinner der beiden Weltkriege und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig zu einer Weltmacht, während Europa aus dieser Zeit als Verlierer hervorging. Die großen europäischen Monarchien verschwanden und Europa versank im Kalten Krieg. Es ist also aus Sicht von Kagan nur selbstverständlich, dass die USA aus einer starken Position heraus auch stark regieren und daher vor Anwendung von Gewalt nicht scheuen während Europa, aus der Position des Schwachen die Welt betrachtet. Wo noch zu Beginn der 90er Jahre, nach dem Zerfall der Sowjetunion, sich viele Beobachter in ihrer Einschätzung einig waren, dass Europa zu der kommenden „superpower“ werden könnte, so war die Ernüchterung zu Beginn des neuen Jahrtausends groß.<sup>178</sup> Anstatt in ihre militärische Stärke zu investieren, um so mehr Macht ausüben zu können, senkten die meisten Länder Europas nach Ende des Kalten Krieges ihre Verteidigungsausgaben erheblich.<sup>179</sup> Als das transatlantische Problem zu Beginn des neuen Jahrtausends bezeichnete Kagan die entstandene Neigung der USA zu militärischen Mitteln, bei gleichzeitig entstandener Abneigung der Europäer diesen gegenüber.<sup>180</sup> Dies würde auch erklären weshalb europäische Länder sich heute in einer solchen schlechten militärischen Verfassung befinden. Es erklärt auch, laut Kagan, die heutige Weltsicht der Europäer. Da sie keine militärischen Mittel haben um ihre Macht zu verteidigen, lehnen sie eine Welt der Gewalt ab und verlassen sich auf die Welt in der das Völkerrecht die Hauptrolle

---

<sup>176</sup> Kagan 2002, S. 2

<sup>177</sup> Kagan 2002, S. 2

<sup>178</sup> Kagan 2002, S. 4

<sup>179</sup> Kagan 2002, S. 5

<sup>180</sup> Kagan 2002, S. 7

spielt, wo Internationale Institutionen dominieren und wo unilaterale Maßnahmen durch machtvolle Nationen verboten sind.<sup>181</sup> Ein Schwächerer toleriert schon von Natur aus mehr Gefahren, da er gegen diese meist wenig unternehmen kann. Ein Starker dagegen muss Gefahren nicht tolerieren, da er gegen diese vorgehen kann.<sup>182</sup> Doch das wichtigste Argument in dem Aufsatz von Kagan ist jenes, dass Europa in den letzten 60 Jahren eine Sicherheitsgarantie von den USA besaß.<sup>183</sup> Europa hatte keinen Drang nach Macht, es hätte nur in Konkurrenz zu den USA treten müssen was ihm effektiv aber nichts außer Ausgaben gebracht hätte. „*If during the Cold War Europe by necessity made a major contribution to its own defense, today Europeans enjoy an unparalleled measure of „free security“ because most of the likely threats are in regions outside Europe, where only the United States can project effective force.*“<sup>184</sup> Doch nicht nur die Sicherheit, die die Europäer durch die USA genossen hat sie und ihre Einstellung geprägt, auch das einzigartige Vorgehen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Integration Europas war nur möglich durch die Beilegung der Konflikte zwischen Deutschland und Frankreich. Dies geschah durch eine wirtschaftliche Annäherung in Form der damaligen EGKS, was endgültig in der EU mündete. Dieses europäische Wunder<sup>185</sup>, wie Kagan es in seinem Artikel nennt, beeinflusst die Sichtweise der Europäer noch heute. In Europa glaubt man, dass durch „indirect approach“<sup>186</sup> man andere Länder, die als eventuelle Gefahren gesehen werden, wieder befrieden kann. Durch Kooperation in ökonomischen und politischen Bereichen könnte eine friedliche Integration gelingen. Doch genau diesen Ansatz kritisiert Kagan. In ihm sieht er das Problem des heutigen Europas, er sagt „[...] European integration has proved to be the enemy of European military power and, indeed, of an important European global role“.<sup>187</sup> Europa ist laut Kagan also aufgrund seiner Geschichte und durch die Art wie Integration in Europa erreicht wurde nicht dazu fähig eine Weltmacht im militärischem Sinn zu werden. Als Beweis dafür nennt er die geringen Ausgaben im Bereich der Aufrüstung und Verteidigung. Schon damals war das Problem der geringen Ausgaben und der schleppenden Finanzierung der NATO bekannt. So schreibt Kagan, dass der damalige NATO-Generalsekretär Europa als „military pygmy“<sup>188</sup> bezeichnete um so mehr Ausgaben von europäischen Alliierten zu erzwingen. Doch wie wir heute an den

---

<sup>181</sup> Kagan 2002, S. 7

<sup>182</sup> Kagan 2002, S. 9

<sup>183</sup> Kagan 2002, S. 10

<sup>184</sup> Kagan 2002, S. 10

<sup>185</sup> Kagan 2002, S. 13

<sup>186</sup> Kagan 2002, S. 14

<sup>187</sup> Kagan 2002, S. 15

<sup>188</sup> Kagan 2002, S. 17

Zahlen sehen hat dies keine Wirkung hinterlassen. Das Problem der Sicherheit wurde für Europa durch die USA gelöst. „*By providing security from outside, the United States has rendered it unnecessary for Europe’s supranational governmen to provide it. Europeans did not need power to achive peace and they do not need power to preserve it.*“<sup>189</sup> In Kagans Augen war und ist die USA für den Frieden in Europa zuständig. Die USA haben in der Vergangenheit für Frieden in Europa und für Europa gesorgt und tun dies heute noch. Daher hat Europa bzw. die EU keinen Drang selbst diese Aufgabe zu übernehmen. Europas Glaube an die Internationalen Organisationen und das Völkerrecht und ein intaktes Weltordnungssystem welches ohne Anwendung von Gewalt funktioniert ist laut Kagan nur dadurch möglich, dass die USA in der Vergagenheit dafür gesorgt haben, dass Länder bzw. Mächte, die an Gewaltpolitik glauben von den USA beseitigt wurden. Europa ist Abhängig vom Willen der Vereinigten Staaten geworden, welche die Gefahren auf der Welt beseitigen und Europa dadurch ihre Sicherheitspolitik so auslegen kann wie sie es tut.<sup>190</sup> „*American leaders, too believe that global security and liberal order – as well as Europe’s „postmodern“ paradise – cannot long survive unless the United States does use its power in the dangerous, Hobbesian world that still flourishes outside Europe.*“<sup>191</sup> Europa lebt in einer Blase, einem Paradies welches nur möglich ist weil die USA außerhalb dieser Blase für Recht und Ordnung sorgen. Der Luxus den sich die Europäer leisten, bei allen Konflikten auf die Internationalen Organisationen und die Diplomatie zu vertrauen ist nur deshalb möglich, weil es die USA gibt. Und so war für Robert Kagan 2002, bei der Verfassung seines Artikels klar, dass die Vereinten Staaten ohne Hilfe von Europa die Welt so wie wir sie kennen aufrecht erhalten.<sup>192</sup> Seit Ende des Kalten Krieges hat Europa den USA wenig bieten können in Bezug auf militärische Unterstützung. Die einzige Hilfe seitens Europa für die USA ist, dass in Europa heutzutage Frieden herrscht.

---

<sup>189</sup> Kagan 2002, S. 18

<sup>190</sup> Kagan 2002, S. 19

<sup>191</sup> Kagan 2002, S. 19

<sup>192</sup> Kagan 2002, S. 20

## 5.4 Ist Europas Macht in Gefahr?

In Anbetracht der in diesem Kapitel besprochenen Entwicklungen und Sichtweisen im Bezug auf die Beziehungen zwischen USA und Europa und die damit verbundene Sicherheitspolitik stellt sich nun die Frage Quo Vadis Europa? Ist Europas Machtposition, welche sie seit Ende des Kalten Krieges vor allem in Wirtschaft und Handel erlangt hat, in Gefahr? Wenn man davon ausgeht, dass die Macht, welche aus der Stärke in den zwei Bereichen resultiert, nur möglich ist bei stabilen Sicherheitsstrukturen, dann ist die Antwort ja.

Die Welt und das Globale System, welches bis jetzt von den USA dominiert wurde, steht allem Anschein nach vor einem Umbruch. Die Weltwirtschaftskrise, welche von den USA ausgeht und Europa ebenfalls voll erfasst hat sorgt dafür, dass die USA sich ihre Stärke, die sich in militärischer Überlegenheit spiegelt so nicht mehr erhalten kann. Die Kosten sind zu hoch und in den Zeiten der Sparmaßnahmen muss man gewisse Ausgaben reduzieren. So ist es nur logisch, dass die USA vor allem bei den sicherheitsrelevanten Ausgaben sparen wollen die nicht vor allem ihnen dienen. Die Einzahlungen in die NATO sind Beispiele dafür. Keiner weiß heute wie weit die Einsparungen gehen könnten, aber wie Robert Gates in einer seiner letzten Reden andeutete, sind die USA nicht mehr bereit 75% der Kosten der NATO zu übernehmen. Sie fordern von Europa mehr Beteiligung bei der Finanzierung aber auch bei der Übernahme von Verantwortung. Der Libyen-Konflikt und der europäische Einsatz war ein erster Test, ob Europa fähig ist solche Missionen selbst zu meistern. Nach dem Konflikt muss man sagen, nein, Europa ist nicht bereit. Der Einsatz in Libyen offenbarte viele Probleme welche grundlegender Art sind und nicht so leicht und schnell in Zukunft zu beheben sein werden. Robert Kagan sieht sogar in den Sichtweisen der beiden Partner Europa und USA grundlegende Unterschiede die sich über Jahrzehnte entwickelt haben. Zwar ist sein Artikel von 2002, trotzdem stimmen viele der grundsätzlichen Annahmen noch heute, fast zehn Jahre danach. Europa muss sich also vorwerfen dass es offenkundig zu wenig für seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik getan hat. Es hat Organisationen wie die NATO vernachlässigt und die Ergebnisse konnte man bei der Libyen-Mission sehen. Zu lange hat Europa von der US-Amerikanischen Sicherheitsgarantie profitiert, so dass diese als selbstverständlich verstanden wurde. Sie blendeten viele Gefahren aus oder sahen diese nicht, weil sie wussten, dass im Ernstfall die USA für Europa da sein werden. Erst seit kurzem erkennt Europa an, dass Bedrohungen außerhalb ihrer Grenzen entstehen und diese dort auch bekämpft werden müssen, so steht es auch in der ESS von 2003. Doch Europa und die

EU haben nicht die Mittel um groß angelegte Kampfeinsatz im Ausland zu führen. Europa hat sich lange auf die von Kagan beschriebene friedliche Integration nach eigenem Vorbild verlassen. So versuchten die EU und Europa allgemein schon öfters den von Kagan genannten „indirect approach“<sup>193</sup> um über ökonomische und politische Beziehungen Länder zu befrieden bzw. diese in die Welt der Gesetze der Internationalen Organisationen zu integrieren. Auch hier dient das Libyen-Beispiel als eine Warnung. Wie gut eine Einbindung Gaddafis funktioniert hat, hat man gesehen. Eine ökonomische Einbindung bzw. Integration durch ökonomische Beziehung kann nicht Waffenexporte zum Ergebnis haben.

Man kann zwar den „indirect approach“ - Ansatz als nobel bezeichnen, doch ist meist die Durchführung recht magelhaft und meist nur auf eigene Vorteile bedacht. *„In den Beziehungen mit den Ländern des Südens geht es der Union in erster Linie um wirtschaftliche Vorteile und die eigenen Sicherheitsinteressen.“*<sup>194</sup> Europa hat durch den Handel mit Gaddafi profitiert, doch es trug nichts zu einer Integration Libyens bei. Als das Problem dann da war und es galt, den Menschen in Libyen zu helfen war Europa natürlich dafür. Der überwiegende Teil der europäischen Länder wollte oder konnte sich aber nicht an einer militärischen Mission beteiligen, und die es taten konnten es nicht ohne die Hilfe der USA. Doch wie soll die Zukunft solcher Einsätze aussehen, welche durchaus in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas stattfinden und deren Beseitigung von vitalem Interesse für Europa ist, wenn es keine Hilfe mehr von den USA gibt? Schnell können solche Konflikte bei schlechter militärischer Ausrüstung zu einem Desaster werden. Sie können auch, wenn gegen diese nicht vorgegangen wird, zu einer echten Bedrohung für Europa werden. Dies gilt vor allem für wirtschaftliche Aspekte, wie den Ausfall von Öllieferungen. Eine Erhöhung des Ölpreises über längeren Zeitraum kann zur Folge haben, dass die wirtschaftliche Leistung Europas gemindert wird. Dies würde großen Schaden mit sich bringen. Denn Europas Macht ist Wirtschaft und Handel. Werden diese Bereiche angegriffen, trifft man Europa mitten ins Herz. Daher ist es wichtig eine funktionierende Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu haben die nicht nur theoretisch auf dem Papier festgeschrieben ist, sondern die auch im Ernstfall eingreifen kann um seine Interessen zu schützen. Dies muss in Zukunft ohne die Hilfe der USA funktionieren denn diese geben, so wie die Vorzeichen stehen, Europa keine selbstverständliche, allumfassende Sicherheitsgarantie mehr. Wenn Europa und die

---

<sup>193</sup> Kagan 2002, S. 14

<sup>194</sup> Le Monde 2009, S. 110

EU aber weiterhin ihre Ausgaben im Bereich des Militärs kurzen ohne sie besser zu konsolidieren so wird sie in Zukunft ohne funktionierende Verteidigungsmaßnahmen da stehen. Europa konnte sich dieses Vorgehen bis jetzt leisten, da es wusste, dass die USA, helfen werden. Daher hat Europa gern den Weg der ökonomischen Einbindung gewählt und davon auch meist profitiert. Doch wie soll man heute mit Gefahren umgehen ohne den Schutz der USA? Natürlich kann man nicht sagen, dass dieser Zeitpunkt bereits gekommen ist, aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Europäer sich in den letzten Jahrzehnten zu sehr auf die USA verlassen und dabei versäumt haben ihre eigenen Verteidigungsstrukturen auszubauen.

Kurz nach dem Libyen Einsatz, stehen Europa und die EU unter erheblichen Zugzwang was die Zukunft angeht. Wenn die USA in Zukunft nicht mehr Europa helfen werden ihre Interessen durchzusetzen, muss Europa dies selbst tun, doch zur Zeit können sie es nicht. Es bedarf einen Umdenkprozesses in Europa um die richtigen Reformen einzuleiten, doch danach sieht es derzeit nicht aus. Man wird in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise wohl kaum jemanden über neue Ausgaben im Bereich der Sicherheitspolitik begeistern können, obwohl diese nötig wären. So gelten die Worte von Thomas L. Friedman als eine Ankündigung einer neuen Ära die keine guten Vorzeichen mit sich bringt. *„I have often said to European friends: So, you didn't like a world of too much American power? See how you like a world of too little American power – because it is coming to a geopolitical theater near you.“*<sup>195</sup>

## 6. Heutige Weltpolitische Lage

### 6.1 Heutige Herausforderungen

Über zwanzig Jahre nach der Beendigung des Ost-West Konflikts haben sich die Herausforderungen für die Sicherheitspolitik enorm verändert. Wir leben heute in einer globalisierten, multilateralen Welt, die weitgehend vernetzt ist. Die traditionellen Bedrohungen, dass Staaten gegen andere Staaten in den Krieg ziehen gibt es nur noch selten. Die meisten Konflikte der heutigen Zeit sind keine zwischenstaatlichen Konflikte mehr sondern asymmetrische Konflikte, bei denen oft Staaten gegen Gruppierungen kämpfen. Die Risiken sind unüberschaubar

---

<sup>195</sup> Friedman 2010, <http://www.nytimes.com/2010/09/05/opinion/05friedman.html> abgerufen am 28.12.2011, 17 Uhr

geworden und haben sich zumeist in nicht-militärische Gefahren gewandelt. Eine der heutigen Hauptbedrohungen, wenn man sich die sicherheitspolitischen Konzepte Europas oder europäischer Organisationen ansieht, ist der Terrorismus fundamentalistischer Gruppen der eine Bedrohung für unser Wertesystem darstellt. Seit den Anschlägen des 11. September 2001 und den durch die USA ausgerufenen Krieg gegen den Terror, ist die Bekämpfung dessen in den Vordergrund der Sicherheitspolitischenstrategien auf der Welt gerückt. In diesem Zusammenhang geriet auch der illegale Waffenhandel und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen verstärkt in Fokus. So stieg der Handel mit Waffen bereits nach Zerfall der Sowjetunion stark an doch jetzt gibt es auch immer mehr Gruppierungen die versuchen an Massenvernichtungswaffen zu kommen und gewillt sind diese auch zu benutzen, wodurch eine Verschärfung der bereits bestehenden Gefahr stattgefunden hat. Mit dem Handel von Waffen werden auch neue regionale Konflikte, die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts entstanden, befeuert. Diese finden vor allem in Afrika und dem Nahen Osten statt. Eine weitere Herausforderung unserer Zeit stellt die rapide Zunahme der Weltbevölkerung dar. Allein im 20. Jahrhundert hat sie sich vervierfacht. Da die Zunahme nicht überall auf der Welt gleichmäßig ist und in den kommenden Jahren der meiste Zuwachs in den Regionen von Asien, Afrika und Lateinamerika erfolgt, rechnet man mit Migrationsströmen aus diesen Regionen, die durch Mangel an Perspektiven verursacht werden. Gleichzeitig zu dieser Entwicklung sagt man eine Vertiefung des Grabens zwischen Arm und Reich in den kommenden Jahren. Dies führt ungewollt zu einem Anwachsen des Einflusses von fundamentalen Gruppierungen und zu immer größer werdenden Risiken für wohlhabende Staaten bzw. Regionen. Auch Ökologische Aspekte spielen eine immer größere Rolle bei den aktuellen Herausforderungen. So haben Profitgier und unüberlegtes Wirtschaften zu einer ernsten Lage geführt. Ein Anstieg der Durchschnittstemperatur weltweit kann in den kommenden Jahren fatale Folgen haben, was ebenfalls Migrationsströme aufgrund von Naturkatastrophen auslösen kann. In vielen Regionen können außerdem die Lebensmittel knapp werden, was zu großen Hungersnöten führen und als Folge sogar das Zusammenbrechen von Staaten haben kann. Auch die wachsende Abhängigkeit der industriellen Welt von fossilen Energieträgern kann zu einem ernsten Sicherheitsrisiko werden. So sind die Länder die reich an Erdöl- oder Erdgasvorkommen sind, meist in instabilen Regionen zu finden. Gesteigerte Abhängigkeit gekoppelt mit der Unsicherheit der Regionen, aus denen die Rohstoffe kommen kann zu ernsthaften Folgen für die Wirtschaft führen. Doch auch die bereits bestehende und immer mehr zunehmende Vernetzung auf der Welt schafft gefährliche

Verletzlichkeit mit gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Konsequenzen. Wie man zur Zeit erlebt, hat eine Immobilienkrise in den USA zu einer weltweiten Wirtschaft- und Finanzkrise geführt, was zu einem möglichen Niedergang der heute bekannten Weltordnung führen könnte. Dies liegt nicht zuletzt an dem Aufstieg neuer Mächte im multilateralen System, wie China und Indien, welcher durch die Krise in den USA und Europa nur beschleunigt wird. Dieser Aufstieg und die dadurch entstehende Neuordnung der Welt ist keine reine wirtschaftliche Angelegenheit. So hat China in den letzten Jahren massiv militärisch aufgerüstet um die USA als Ordnungsmacht aus der Pazifischen Region zu verdrängen.

Seit Beginn der Wirtschaft- und Finanzkrise hat sich die Entwicklung, die bereits angefangen hat und die Neuordnung der Welt betrifft, mit dem Aufstieg neuer Mächte beschleunigt. Die Zeiten in Europa und den USA, aber auch auf der Welt, sind von großer Unsicherheit geprägt. Keiner kann vorhersagen wie die Entwicklung in den kommenden Jahren verlaufen wird. Dabei stellen sich grundsätzlich Fragen wie „Bleiben die USA eine Weltmacht mit dem gleichen Einfluss wie heute?“ oder „Bleibt die europäische Währungsunion bestehen und damit die Wirtschaft- und Handelsmacht Europa?“ und „Welche Auswirkungen hat das auf die Sicherheitsstrategien in Europa?“.

## **6.2 Wie sieht/ Wo führt die Entwicklung aus/hin?**

Wie bereits im ersten Teil dieses Kapitels erwähnt ist die heutige Welt immer noch beeinflusst von Gefahren die erst seit dem Ende des Kalten Krieges entstanden. Auf diese reagieren die wichtigsten Sicherheitsstrategien in Europa. Doch seit den letzten Jahren, genauer seit dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise, kristallisieren sich neue Umwälzungen in der Weltordnung heraus die wesentlich größere Bedrohungen mit sich bringen. Bedrohungen die niemand ignorieren darf und auf die man reagieren sollte, vor allem Europa.

Die Weltwirtschaftskrise hat einmal mehr gezeigt, dass mit der Wirtschaft alles steht und fällt. Es ist der alles entscheidende Bereich in der heutigen Welt aus dem viele Staaten bzw. Regionen ihre Machtposition schöpfen und andere überhaupt an die Macht kommen. Wichtige Faktoren für eine funktionierende Wirtschaft sind Energie, Friede und Sicherheit. Durch die Globalisierung und den weltweiten Handel und eine enge Vernetzung der Regionen dieser Welt ist dies nicht mehr so einfach zu kontrollieren. So können Transportwege gefährdet sein durch Piraten, wie am Horn von Afrika, oder der Erdöltransport aus Ländern wie Libyen unterbrochen werden, durch

regionale Konflikte oder Staatsversagen. All das hat Auswirkungen auf die Wirtschaft. Diese gefährden die wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Diese Gefahren werden immer öfter mit militärischen Mitteln angegangen. Und es verwundert nicht, dass die NATO genau in diesen Regionen auch ihre Operationen durchführt. Das Motto ist klar. Wer sich in Zeiten der Krise und in der Zukunft, welche durch knappe Ressourcen gekennzeichnet sein wird, in Wirtschaft und Handel durchsetzen kann, wird seinen Wohlstand behalten bzw. ausbauen können. Schon heute erkennt man den zunehmenden Trend der Sicherung der natürlichen Ressourcen. Es verwundert also nicht, dass immer mehr Staaten bzw. Regionen versuchen sich für die Zukunft in Stellung zu bringen. Nimmt man z.B. die Arktis, so sieht man eine Region, die durch den Klimawandel neue Möglichkeiten bietet. Wo früher ewiges Eis herrschte bieten sich neue Schifffahrtsrouten, die den Handel für viele Länder erleichtern. Es wird auch der Zugang zu weiteren natürlichen Ressourcen frei. Durch die ungeklärte politische Lage in der sich die Arktis-Region befindet stellen alle angrenzenden Länder einen Anspruch auf diesen Erdteil. Russland, Kanada, die USA und Dänemark stellen maximal Forderungen. Da zur Zeit keines dieser Länder den Anschein macht auf seine Forderungen zu verzichten, rüsten sie in dieser Region militärisch auf um ihre Forderungen möglicherweise mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Dies mag jetzt noch eine Zukunftsvision sein, doch es gab bereits ein warnendes Beispiel in den letzten Jahren welches zeigte, dass die Hemmschwelle zum Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen geringer geworden ist. Damit meine ich den Georgien-Krieg zwischen Russland und Georgien im Sommer 2008. So mögen die offiziellen Gründe nichts mit wirtschaftlichen Vorteilen zu tun haben, dies ist aber wohl nur die halbe Wahrheit. In Wirklichkeit ist es seit langem bekannt, dass sich in der Kaspischen Region große Erdgas- und auch Erdölvorkommen befinden. Diese Vorkommen sorgen zum Teil für die Energieversorgung in Europa. Diese will Russland aber weiterhin in der Hand behalten, da der Export an Energieträgern dem Land in den letzten 10 Jahren einen großen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht hat. Deshalb war und ist es nicht in Russlands Interesse, dass Europa direkt auf diese zugreifen kann und sie über andere Routen als durch Russland nach Europa transportiert. Daher war es durchaus im Sinne Russlands, Georgien zu destabilisieren um so ihren westlichen Drang zu unterbinden und somit auch einen direkten Zugriff der Europäer und der USA auf diese Region zu verhindern. Diese Ereignisse und weitere Faktoren die heute zutreffen, wie durch Klimaveränderung verursachte Knappheiten an Wasser, führen zu einer gesteigerten Militarisierung die zur Zeit vor allem auf den asiatischen Raum und die Pazifik-Region zutrifft. Auch Chinas Streben nach der Vormachtstellung im

Pazifischen Raum hat wirtschaftliche Gründe. Eine chinesische Ordnungsmacht im Pazifik hätte zum Ergebnis, dass China die Versorgungswege im Pazifik im Griff hätte. In den letzten Jahren ist der Trend zur militärischen Aufrüstung allgemein gestiegen und der Grund ist überall der gleiche, natürliche Ressourcen und wirtschaftliche Vorteile.

Betrachtet man diese Entwicklung auf der Welt, kann man es durchaus als ein Aufrüsten der zukünftigen Konkurrenten bezeichnen. Denn früher oder später werden die Wirtschaftsgrößen dieser Welt in direkter Konkurrenz um die natürlichen Ressourcen stehen Wodurch diese Konkurrenz sich auszeichnen wird ist noch nicht bekannt, doch es besteht die Möglichkeit, dass sie mit militärischen Mitteln ausgetragen wird. Allem Anschein nach glauben bzw. befürchten viele dies und so ist es zu erklären, dass sie militärische aufrüsten. In Anbetracht dessen ist es umso beängstigender, dass eine Weltmacht wie die USA, welche stets ein enger Partner Europas war, angekündigt hat seine Hilfeleistungen im militärischen Bereich für Europa zurückzuschrauben. Dies bedeutet natürlich nicht, dass Europa morgen von feindlichen Truppen überannt wird. Es bedeutet aber neue Risiken, und alte in neuer Dimension. Wenn Europa keine Möglichkeit hat in Konflikte einzugreifen, welche es direkt bedrohen, dann wird seine Position als Wirtschafts- und Handelsmacht darunter leiden, denn nicht zuletzt sind die Bedrohungen meistens an die wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt. Was weiter zu einem beängstigendem Bild für Europa beiträgt ist seine Uneinigkeit. Die Wirtschaftskrise, die Griechenlanddebatte, die ungenauen Sicherheitspolitischen Strategiepapiere, die Uneinigkeit und Misstrauen gegenüber Kooperationspartnern wie der NATO, sowie die zur Zeit konsensunfähige OSZE zeigen, dass in einer Zeit, in der handeln angebracht wäre, Europa nicht dazu fähig ist. Somit steckt Europa nicht nur in einer Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern mitten in einer sicherheitspolitischen, denn die Grundpfeiler seines Wohlstandes, die Wirtschaft und der Handel sind gefährdet und damit gleichzeitig der innere Frieden in Europa. Es ist meiner Meinung nach nicht unrealistisch davon zu sprechen, dass der innere Frieden gefährdet ist, wenn man sich an Hand des Beispiels Griechenland sieht, welche Unruhen entstehen können wenn die sozialen Leistungen des Staates gekürzt werden und allgemein der Lebensstandard der Menschen sinkt.

### 6.3 Wie sollte die Entwicklung aussehen?

Um weiter in der Welt eine entscheidende, gestalterische Rolle spielen zu können muss Europa wieder konsensfähig werden und sich auf ihre Stärken rückbesinnen bzw. diese zu neuem Leben erwecken. Wie ich im Verlauf der Arbeit versucht habe darzustellen, finden sich in Europa in den einzelnen Organisationen viele Baustellen die eine gemeinsame Linie der Länder Europas verhindern. Dies hat zur Auswirkung, dass es in ganz Europa keine einheitliche Sicherheitsstrategie gibt. Wenn man die Gefahren sieht, die in einzelnen Dokumenten der einzelnen Organisationen definiert werden, so findet man Überschneidungen. In der neuen Strategie der NATO von 2010, in der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 und in der Abschlusserklärung von Astana durch die OSZE werden folgende Gefahren gleichzeitig erwähnt:

- Terrorismus
- Organisierte Kriminalität
- Proliferation von Massenvernichtungswaffen

Darüber hinaus erkennt die EU an, dass Konflikte außerhalb ihrer Grenzen zunehmend zu einer Bedrohung für sie werden können, was die NATO ebenfalls als Gefahr in ihrem Sicherheitskonzept erwähnt. Desweiteren erwähnen die OSZE und die EU ebenfalls Regionalekonflikte als große Gefahr. In Wirklichkeit aber ist nur eines der Dokumente explizit auf neue und aktuelle Gefahren ausgerichtet und zwar die NATO-Sicherheitsstrategie. Wenn man diese betrachtet erkennt man, dass es einen Bezug zu aktuellen Themen und Problemen und zu möglichen Zukunftsgefahren gibt. So erwähnt die neue NATO-Strategie die Problematik der Energieversorgung ebenso wie die des Klimawandels und die damit verbundenen Gefahren. Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) ist darüber hinaus bereits über sieben Jahre alt und damit nicht wirklich aktuell. Die Erklärung von Astana von der OSZE kann überhaupt nicht als ein Sicherheitsstrategisches Dokument bezeichnet werden. Es handelt sich nur um eine Erklärung welche eine grundsätzliche Bereitschaft zu einer Weiterentwicklung der dringenden Themen ausdrückt, jedoch keinerlei Angaben darüber macht wann und wie dies passieren soll. Das Dokument ist ein Zeugnis der Uneinigkeit die auf dem Gipfel herrschte über die zukünftigen Aufgaben der Organisation. Diese Uneinigkeit in Europa in Bezug auf Außen- und Sicherheitspolitik ist aber kein neues Phänomen. Zum ersten mal spürte man diese ernsthaft vor Beginn des Irak-Krieges, als die USA nach Verbündeten suchte. So spaltete sich Europa in der Frage ob man an dem Einsatz teilnehmen sollte oder nicht. Dieses Verhalten wurde seit dem

immer wieder deutlich, zuletzt bei der NATO-Operation in Libyen. Hier waren sich zwar alle einig, dass man etwas unternehmen sollte, doch beteiligen wollten sich nur die wenigsten. Auch hier war zu erkennen, dass kein Konsens über ein gemeinsames Vorgehen möglich war. Die Gründe sind jeweils verschieden doch die Praxis bleibt die gleiche, es entstehen zu allen sicherheitsrelevanten Themen immer wieder ad-hoc Koalitionen. Diese haben wenig mit Einigkeit und Konsens zu tun. Doch nur mit vereinten Kräften wird es Europa möglich sein seine Machtposition zu erhalten. Natürlich ist hier in erster Linie die Rede von der EU, welche sich durch ihre Währungsunion und ihre gemeinsame Handelszone zu einer Wirtschafts- und Handelsmacht und zu einem „globalen Akteur“<sup>196</sup> entwickeln könnte. Doch auch andere Länder Europas profitieren von der starken Position der EU durch Kooperationen und Sonderabkommen im Bezug auf Handel. Obwohl die EU durch ihre wirtschaftliche Kraft eine bedeutende Rolle in den letzten 20 Jahren in der Welt erlangen konnte, so kann sie nicht alle Bereiche der europäischen Politik voll einnehmen. Im Bereich der Sicherheitspolitik muss sie auf die Zusammenarbeit mit Partnern wie NATO oder OSZE zugreifen. Dies liegt nicht zuletzt an dem breiten Sicherheitsbegriff der heute vorherrscht. Beide Organisationen, sowohl die NATO wie die OSZE, decken ein spezielles Feld der Sicherheitspolitik ab und bieten zusammen mit der EU theoretisch ein umfassendes Sicherheitskonzept für den europäischen Kontinent. Wie so oft sieht aber die Realität anders aus. So hat die EU mit NATO und OSZE (wie bereits in vorherigen Kapiteln erwähnt) Kooperationsabkommen, doch die Durchführung dieser ist mangelhaft und bietet daher keinen wirklichen Zugewinn zum allumfassenden Sicherheitskonzept, das Europa bräuchte. Natürlich kann durch die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen mehr erreicht werden, doch bei Weitem nicht so viel wie möglich wäre.

Diese drei Organisationen können deshalb ein umfassendes Sicherheitskonzept für Europa bilden, da sie die Probleme, die Grund für Europas Uneinigkeit sind, gut gemeinsam beseitigen können. Wenn die OSZE es schaffen würde zusammen mit der EU, unter Einsatz der Mittel die beiden Organisationen zur Verfügung stehen, die inneren Konflikte in Europa zu beseitigen, dann wäre ein größerer Konsens bei der Zusammenarbeit der Länder zu erreichen. Noch heute lähmen Regionalekonflikte die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen. So nutzt die Türkei immer wieder die NATO als Bühne, um ihrer Forderung ein Mitglied der EU zu werden, Nachdruck zu verleihen, indem sie dort die Entscheidungen über die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO immer wieder blockiert. Die Türkei kann aber zur Zeit kein Mitglied der EU werden wegen der

---

<sup>196</sup> ESS 2003, S. 1

ungelösten Frage zum Thema Zypern. Dies ist nur eines der Beispiele die zeigen wie verworren die inneren Probleme in Europa immer noch sind und weshalb ein Konsens so schwer zu finden ist. Dabei würde die gegenseitige Ergänzung der drei Organisationen gut funktionieren. Die EU erkennt in ihrer Sicherheitsstrategie, dass ferne Bedrohungen im Zeitalter der Globalisierung genau so zur Besorgnis beitragen können wie näher gelegene.<sup>197</sup> Daher muss man auch fähig sein diesen zu begegnen. *„Bei den Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen[...]Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln. Konflikte und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden.“*<sup>198</sup> Die Stärken der EU liegen jedoch nicht in großem militärischem Eingreifen. Die EU verfügt über vielfältige Ressourcen zum zivilen Krisenmanagement und dort sieht sie auch ihren Schwerpunkt. Die NATO dagegen hat ihre Stärken in den kollektiven militärischen Mitteln und Fähigkeiten.<sup>199</sup> So kann die NATO „robustes Eingreifen“<sup>200</sup> durchführen, während die EU die Postkonfliktsituationen, wie Wiederaufbau von politischen Strukturen, übernehmen kann. Ergänzend hierzu kann auch die OSZE sein, wenn die Konflikte innerhalb Europas bzw. Eurasiens liegen. Doch hauptsächlich würde die OSZE zusammen mit der EU im Bereich der Konfliktprävention in Europa und in der unmittelbaren Nachbarschaft arbeiten. Dabei würde die OSZE eine Plattform für Dialog bieten. Mit dieser funktionierenden Kooperation wären Bereiche der inneren wie äußeren Sicherheit abgedeckt und eine effiziente Planung würde eine Dublizierung der Kosten vermeiden und somit die Gesamtausgaben senken. Doch davon sind alle Beteiligten weit entfernt. In der EU ist man sich immer noch nicht sicher ob man eine dauerhafte Kooperation mit der NATO will oder nur eine vorübergehende bis man selbst eigene militärische Strukturen aufgebaut hat, die große Einsätze erlauben. Diese Situation führt zu einer ständigen Unsicherheit der beiden Partner, da sie sich einmal als Konkurrenten und dann wieder als ungleiche Partner gegenüberstehen. Darüber hinaus sind die meisten Länder in der NATO sehr passiv hinsichtlich ihrer militärischen Ausgaben und können daher, wie bei der Libyen Operation offensichtlich wurde, keinen effizienten Beitrag leisten. Zur Zeit muss man sagen, dass die NATO ohne die USA nicht fähig ist größere militärische Einsätze durchzuführen. Doch die USA wollen in Zukunft ihre Ausgaben für die NATO senken und sind nicht bereit immer wieder für ihre europäischen Partner einzuspringen. Die OSZE gibt zur Zeit ebenfalls kein gutes Bild ab. So wurde nach dem

---

<sup>197</sup> ESS 2003, S. 6

<sup>198</sup> ESS 2003, S. 7

<sup>199</sup> Heise/Schmidt 2005, S. 15

<sup>200</sup> ESS 2003, S. 11

Gipfeltreffen in Astana klar, dass die Unterschiede zwischen Ost und West doch größer sind als gedacht und damit eine gemeinsame Linie und ein gemeinsamer Aktionsplan zur Zeit nicht beschlossen werden kann. Dies verhindert natürlich auch weitere Fortschritte, zumal vieles von dem, was die OSZE sich als Ziele gesetzt hat, in Teilen des gemeinsamen Raums noch nicht durchgesetzt wurde. Damit sind vor allem die Menschenrechte gemeint, welche in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion einiges zu wünschen übrig lassen.

Eine solche Haltung in Europa wird auf längere Zeit zu einer Schwächung der Position im multilateralen System führen und damit könnte eine Stagnierung der wirtschaftlichen Stellung einhergehen, was wiederum zu einer Verringerung des Wohlstandes führen würde. Daher muss man die Zeit der Krise nicht nur für finanzpolitische Veränderungen nutzen sondern auch für sicherheitspolitische, die ebenso nötig wären.

## **7. Conclusio**

Nach der Betrachtung zahlreicher Dokumente zum Thema Sicherheitsstrategie in Europa und ihrer Analyse ist aufgefallen, dass die meisten Organisationen die gleichen Vorstellungen über bereits bestehende Bedrohungen haben wie auch über die Herausforderungen die in unserer globalen Welt entstehen. Die Schwerpunkte sind naturgemäß von Organisation zu Organisation verschieden. Die NATO stellt in ihrem Dokument den Schwerpunkt auf militärische Verteidigung, die EU auf eine Beseitigung der Bedrohungen durch Entwicklungshilfe und Wiederaufbau nach Konflikten, und die OSZE sieht sich als ein Forum für ihre Mitglieder in dem durch Dialog die Konflikte schon im Voraus verhindert werden sollen. Alle drei Organisationen decken das gesamte Spektrum der Sicherheitsanforderung für Europa ab. Es ist daher nur selbstverständlich, dass sie versuchen miteinander zu kooperieren. Dadurch kann eine Duplizierung der Kosten verhindert werden und es können effizientere Ergebnisse entstehen. In der Umsetzung liegt jedoch das Problem. Trotz der teils großen Überschneidungen der Mitglieder der jeweiligen Organisationen ist es nicht möglich gemeinsame Leitlinien bzw. ein gemeinsames für ganz Europa gültiges sicherheitsstrategisches Konzept zu schaffen. Die Organisationen hadern teilweise miteinander, aber auch intern um eine einheitliche Ausrichtung. So erscheint das Bild, dass Europa keiner Vision folgt. Dies wirkt sich vor allem auf Verbündete und Partner in der Welt aus und schadet dem Ruf Europas. Dabei wäre die Lösung einfach. Würden die

Organisationen das durchsetzen was in ihren Dokumenten festgelegt wurde, so würden sie erfolgreich gegen die neuen Herausforderungen vorgehen und ihren Bürgern die Sicherheit, die diese verlangen, auch gewährleisten. In Zeiten der Krise fallen solche Entscheidungen aber schwer und der Blick verengt sich auf die von der Krise betroffenen Bereiche. Dabei wird oft der große Zusammenhang übersehen. Europa steckt in einer Wirtschafts- und Finanzkrise und versucht diese zu bekämpfen. Wenn Europa aber gleichzeitig nicht entsprechende Maßnahmen für die Sicherheit in der Zukunft unternimmt, dann kann es sicher sein, dass über kurz oder lang ihre Stellung als Wirtschafts- und Handelsmacht verlorengeht. Das würde wiederum zu inneren Unruhen durch den Verlust des Wohlstands führen.

Die Welt befindet sich zur Zeit in einem Umbruch. Die Alleinherrschaft der USA neigt sich dem Ende zu. Es drängen immer stärkere Länder in dem Multilateralen System nach vorn. Hier gilt es seine Position zu erhalten. Dies funktioniert aber nur, wenn man seine Interessen global vertreten kann. Zur Vertretung eigener Interessen ist auch wichtig für Frieden und Sicherheit in anderen Regionen zu sorgen. Denn durch die Vernetzung der heutigen Welt können ferne Konflikte schnell für Europa schädlich werden. Die Auswirkungen sind verschieden, mal steigt der Ölpreis, ausgelöst durch Konflikte und belastet so das Wirtschaftswachstum, mal sind es Piraten die wichtige Handelsrouten gefährden. Um diesen Gefahren und Herausforderungen zu begegnen muss man auch fähig sein militärisch einzugreifen. Dies erkennen auch die Organisationen an, die in der Arbeit untersucht werden. Man hat aber den Eindruck, dass sie sich in diesem Punkt zu sehr auf die Hilfe der USA verlassen. Es ist aber so, dass sich die USA nach und nach zurückziehen wollen, was Militärausgaben anbelangt, die nicht direkt mit dem Schutz der US-Interessen in Zusammenhang stehen. So wird Europa nicht mehr selbstverständlich mit der Hilfe der USA in der Zukunft rechnen können und wird auch in der NATO einen größeren Teil des Budgets übernehmen müssen. Die NATO ist aber zur Zeit, wie der Libyen-Einsatz gezeigt hat, ohne die Beteiligung der USA nicht im Stande alle seine Aufgaben zu übernehmen. Deshalb sind Reformen bei den europäischen Streitkräften dringend nötig um auf die neuen Umstände zu reagieren. Hier wären wir wieder bei dem eigentlichen Problem, der derzeitigen Unfähigkeit Europas, eine gemeinsame Linie zu finden. Würde die EU ihre 2003 herausgegebene Sicherheitsstrategie verfolgen so hätte sie bereits in vielen Bereichen Fortschritte machen können und stünde nicht da wo sie jetzt steht. Würde die OSZE ihre Aufgaben, wie die Lösung der Regionalenkonflikte, zielgerichteter verfolgen, so hätte sie sich auf dem Astana-Gipfeltreffen auf einen gemeinsamen Aktionsplan verständigen können. Wären die NATO-Mitglieder bereit,

gemeinsam die nötigen Reformen anzugehen, so wäre die NATO heute nicht mehr in dem Maße von den USA abhängig. Doch die Regionalen Konflikte und unterschiedlichen Meinungen zu außenpolitischen Themen führen zu einer Lähmung unseres Kontinents. Statt Konsens entstehen neue Ressentiments und tragen zu einer schlechten außenpolitischen Darstellung bei. Wird dieser Weg so fortbesritten steuert Europa auf eine Bedeutungslosigkeit in der Weltgemeinschaft zu. Dies wäre ein Umstand, welcher auch für die Weltgemeinschaft nicht positiv wäre, denn ohne die Leistungen von Europa im Bereich der Entwicklungshilfe gäbe es viel mehr Leid und somit viel mehr potenzielle Krisen auf der Welt. Es ist also wichtig, dass Europa seine globale Rolle annimmt und endlich handelt, nicht nur zu eigenem Nutzen aber auch zum Nutzen der Weltgemeinschaft.

## Literaturverzeichnis

- *Azimov, A.*: OSCE: A Time for Change?, in: *International Affairs*, No. 2, Minneapolis-Moscow, USA-Russia 2010, S. 32-40
- *Alemann, U.v., Tönnesmann, W.*: Grundriß: Methoden in der Politikwissenschaft, in: Alemann, U.v. (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriss für Studium und Forschung*. Opladen 1995: Westdeutscher Verlag
- *Buzan, Barry*: People, States and Fear. An Agenda for International Security Studies in the Post-Cold War Era. Boulder 1991.
- *Daase, Christopher*: Wandel der Sicherheitskultur, in *Aus Politik und Zeitgeschichte – Sicherheit*, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010
- *Daase, Christopher*: Erweiterter Sicherheitsbegriff, in *Projekt Sicherheitskultur im Wandel*, hg. von Projekt Sicherheitskultur im Wandel, Frankfurt 2010
- *Dalby, Simon*: Creating the Second Cold War. The Discourse of Politics. London , 1990.
- *Falke, Andreas*: Die große Ernüchterung: Zur Transformation der amerikanischen Weltmachtrolle, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 51-52/2011)*, hg. von Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011
- *Filzmaier, Peter / Gewessler, Leonore / Höll, Otmar / Mangott, Gerhard*: Internationale Politik, Wien 2006
- *Gärtner, Heinz*: Sicherheit, Artikel in: *Internationale Sicherheit – Definitionen von A bis Z*, hg. von Heinz Gärtner, Baden-Baden 2008, S.213-214
- *Haftendorn, Helga*: Das Sicherheitspuzzle: Die Suche nach einem tragfähigen Konzept internationaler Sicherheit, in: Daase, Christopher/Feske, Susanne/Moltmann,

Bernhard/Schmid, Claudia (Hrsg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Baden-Baden 1993, S. 13-38.

- *Heinrich, Stephan / Lange, Hans-Jürgen*: Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, in: Auf der Suche nach neuer Sicherheit – Fakten, Theorien und Folgen, hg. von Jo Reichertz, Wiesbaden 2009, S.253-269
- *Heise, Volker / Schmidt, Peter*: NATO und EU: Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft?, in: T. Jäger, A. Höse, K. Oppermann (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen: Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit. Wiesbaden, 2005, S. 65-86
- *Kagan, Robert*: Power and Weakness in: Policy Review nr. 113, hg. Stanford University 2002.
- *Krauthammer, Charles*: The Unipolar Moment in: Foreign Affairs, Vol.70, No. 1, 1991, S.23-33
- *Leibrecht, Harald*: Alte Liebe rostet nicht. Warum die transatlantischen Beziehungen auch im 21. Jahrhundert noch von Bedeutung sind, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZFAS)*, 2011
- *Le Monde diplomatique*: Atlas der Globalisierung, hg. von Le Monde diplomatique, 2009 Paris
- *Linklater, Andrew*: The Transformation of Political Community. Ethical Foundations of the Post-Westphalian Era. Cambridge , 1998.
- *Nohlen, Dieter*: Sicherheit/Internationale Sicherheit, Artikel in: Kleines Lexikon der Politik, hg. von Dieter Nohlen und Florian Grotz, München 2007, S.499-501
- *Nohlen, Dieter*: OSZE, Artikel in: Kleines Lexikon der Politik, hg. von Dieter Nohlen und Florian Grotz, München 2003, S.352-353

- *Renvert, Nicole*: Von Soft Power zu Smart Power: Zur Rolle der Mittler in den transatlantischen Beziehungen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 51-52/2011)*, hg. von Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011
  
- *Schwarz, Oliver*: Das Berlin-Plus-Abkommen zwischen EU und NATO, in *Beiträge zur Internationalen Politik und Sicherheit (BIPS)*, hg. von Arbeitsgemeinschaft für Internationale Politik und Sicherheit (AGIPS) e.V., Köln 2010, S.12-21
  
- *Schmidt, Peter*: Militärisches Instrument der EU - die ESVP, in *Informationen zur politischen Bildung (Heft 291)*, hg. von Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006
  
- The Commission on Global Governance, *Our Global Neighbourhood*, Oxford: Oxford University Press, 1995.
  
- *Toje, Asle*: The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, in: occasional paper, hg: EU Institute for Security Studies, 2008
  
- *Ullman, Richard H.*: Redefining Security, in: *International Security*, 1983, S. 129-153.
  
- *Varwick, Johannes*: Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei? S. 200, Verlag C.H. Beck München 2008, Becksche Reihe, Band 1881.
  
- *Varwick, Johannes*: European Union and NATO: Partnership, Competition or Rivalry?, Kiel 2006, S. 24, Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 18.
  
- *Varwick, Johannes*: Das neue strategische Konzept der NATO, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (50)* 2010, S. 23-29.
  
- *Wolfers, Arnold*: *Discord and Collaboration: Essays on International Politics*. Baltimore 1962.

- *Wolfers, Arnold*: "National Security" as an Ambiguous Symbol, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 67, No. 4. (Dec., 1952), pp. 481-502.

## Internet:

### Reden:

- *Robert Gates*, Rede in Brüssel, 2011:  
<http://blogs.wsj.com/washwire/2011/06/10/transcript-of-defense-secretary-gatess-speech-on-natos-future/>
- *Barack Obama*, Rede in Berlin an der Siegessäule, 2008:  
<http://edition.cnn.com/2008/POLITICS/07/24/obama.words/>

### Definitionen:

- Duden, Sicherheit, abgerufen am 26.10.2011, 11:04 Uhr  
<http://www.duden.de/rechtschreibung/Sicherheit#Bedeutung1>
- Duden Wirtschaft von A-Z, abgerufen am 2.11.2011, 15:00 Uhr  
[http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=EMQY6A](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=EMQY6A)
- Wirtschaftsklexikon, Sicherheit, abgerufen am 26.10.2011, 13:17 Uhr  
<http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/sicherheit/sicherheit.htm>

### Zeitungsartikel:

- Manager Magazin: OSZE streitet über künftigen Kurs, abgerufen 29.12.2011  
<http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,732164,00.html>
- Manager Magazin: Merkel fordert Reform der OSZE, abgerufen 29.12.2011  
<http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,732209,00.html>
- Der Spiegel: OSZE-Gipfel endet ohne konkretes Ergebnis, abgerufen 29.12.2011  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,732590,00.html>

- Der Spiegel: *Staatschefs blamieren sich auf der Mammutshow*, abgerufen 29.12.2011  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,732638,00.html>
- FAZ: Absturz aus vergrößerter Fallhöhe, abgerufen 29.12.2011  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/osze-gipfel-absturz-aus-vergroesselter-fallhoehe-11080676.html>
- FAZ: Merkel verteidigt ihren Kurs, abgerufen am 14.11.2011  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/cdu-parteitag-merkel-verteidigt-ihren-kurs-11528436.html>
- New York Times: Superbroke, Superfrugal, Superpower?, abgerufen am 28.12.2011  
<http://www.nytimes.com/2010/09/05/opinion/05friedman.html>

#### Offizielle Dokumente:

- EU: Zusammenarbeit mit der NATO  
[http://europa.eu/legislation\\_summaries/foreign\\_and\\_security\\_policy/cfsp\\_and\\_esdp\\_implementation/133243\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/133243_de.htm)
- EU: Eurobarometer 75, Die wirtschaftliche Lage aus der Sicht der europäischen Bürger, abgerufen am 1.11.2011  
[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb75/eb75\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb75/eb75_de.pdf)
- EU: Die EU in der Welt - Die Außenpolitik der Europäischen Union, 2007  
[ec.europa.eu/publications/booklets/move/67/de.doc](http://ec.europa.eu/publications/booklets/move/67/de.doc)
- EU: Die Europäische Sicherheitsstrategie 2003  
[http://europa.eu/legislation\\_summaries/justice\\_freedom\\_security/fight\\_against\\_organised\\_crime/r00004\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/fight_against_organised_crime/r00004_de.htm)
- Bundeswehr: Bericht der Bundeswehr: Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr, 2000: [http://opus.unibw-hamburg.de/opus/frontdoor.php?source\\_opus=1](http://opus.unibw-hamburg.de/opus/frontdoor.php?source_opus=1)

- OSZE: Infoblatt  
<http://www.osce.org/de/secretariat/28971>
- OSZE: Annual Report 2010  
<http://www.osce.org/sg/76315>
- OSZE: Chartar for European Security 1999  
<http://www.osce.org/mc/39569>
- OSZE: DECISION No. 1/09 FURTHERING THE CORFU PROCESS  
<http://www.osce.org/cio/40709>
- OSZE: ASTANA COMMEMORATIVE DECLARATION TOWARDS A SECURITY COMMUNITY  
<http://www.osce.org/mc/73962>
- NATO: Neue Sicherheitsstrategie der NATO 2010, abgerufen am (15.07.2011)  
[www.nato.int/cps/en/natolive/official\\_texts\\_68580.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_68580.htm)

## **Lebenslauf**

### **Zu meiner Person**

Name: Krzysztof Andrzej Wasilewski  
Anschrift: Kaiserstraße 57/7  
1070 Wien  
Geburtsdatum: 31.10.1983  
Geburtsort: Toruń (Polen)  
Staatsangehörigkeit: polnisch  
Familienstand: ledig  
Telefon: mobil 00491736674999  
E-Mail: KAWasilewski@gmail.com

### **Beruflicher Werdegang/Fortbildung**

Seit 06/2008 Studentische Rahmenaushilfe bei IBM im Bereich  
Projektmanagement in Frankfurt Sossenheim  
06-09 / 2004 Aushilfe bei etb (european transaction bank) im Bereich  
Mitarbeiterfortbildung in Frankfurt Sossenheim  
2003-2008 Werkstudent bei IMAGIN Prof. Bochman AG in Eppstein  
2000-2003 Schulische Aushilfe bei BASYS Soft. GmbH in Frankfurt Höchst

### **Studium/Schule**

Seit 2006-2012 Studium der Politikwissenschaften an der Universität Wien mit  
den Schwerpunkten:  
• Internationale Politik  
• Europa und Europäische Union  
• Internationale Entwicklung, Friedens- und Konfliktforschung  
2004-2006 Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Johann Wolfgang  
Goethe-Universität, Frankfurt a. M.  
2000-2003 Immanuel-Kant-Oberstufe in Kelkheim (Deutschland), Abitur  
1995-2000 Eichendorffschule in Kelkheim  
1990-1995 katholische Grundschule in Warschau

### **Qualifikationen**

Polnisch Muttersprache  
Deutsch zweite Muttersprache  
Englisch fließend in Wort und Schrift  
Französisch Grundkenntnisse  
EDV-Kenntnisse sehr gut

### **Hobbys/Interessen**

Badminton, Kochen  
Wien, den 27.01.2012

## **Abstract Deutsch**

In der folgenden Arbeit soll ein Fokus auf die europäische Sicherheitsstrategie gelegt werden. In Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise wird die Neuordnung der Welt in einem multilateralen System beschleunigt. Europa kann dabei als ein Verlierer hervorgehen. Die (wirtschaftliche) Schwächung der USA und die daraus resultierenden Sparmaßnahmen im Militärhaushalt können sich negativ auf Europa auswirken. Europa ist abhängig von Energieimporten und diese Abhängigkeit wird sich in naher Zukunft noch steigern. Dadurch wird es anfälliger auf regionale Konflikte welche außerhalb seines Territoriums stattfinden. Diese bedrohen die Wirtschaftskraft des Kontinents und somit seinen Wohlstand und die daraus resultierende Sicherheit. Damit aber diese Bereiche geschützt bleiben, muss Europa sich die Möglichkeit bewahren Konflikte außerhalb seiner Grenzen, die zu einer Bedrohung werden, auch mit militärischen Mitteln zu beseitigen. Wenn Europa das nicht schafft, wird es über kurz oder lang seine Position im multilateralen System verlieren. Aufstrebende Länder wie China und Indien und deren Energiehunger verschärfen die Konkurrenz für Europa auf dem Weltmarkt. Daher ist es für Europa wichtig seine Wirtschaft stabil zu halten. Neueste Entwicklungen zeigen aber, dass Europa derzeit alleine nicht dazu fähig ist. Die Gründe dafür sollen hier dargestellt werden.

## **Abstract English**

In the following work I would like to focus on the European security strategy. In times of economic and financial crisis changes in the multilateral system are increasing. The economic weakness of the USA evoked through the crisis is one of the phenomena that we deal with today. This leads to austerity measures in military expanses of the US-Military which can affect the rest of the world. Europe is dependent on energy imports and this dependency will grow in the near future. This also makes Europe more vulnerable for regional conflicts in areas from where they import energy from. These threats take a major effect on European economy and this leads to unsecure forecasts concerning the wealth development on the continent. But the security of Europe is the outcome of its wealth status and that is why it is a crucial point that needs to be secured. But to secure this, Europe needs to maintain the possibility to intervene (also military) in regional conflicts outside its borders to protect its own interests. If Europe does not manage to do so it will lose its position in the multilateral system. New uprising powers like China and India and their need of energy will also increase the problems of Europe. That's why it is a crucial need of Europe to keep its own economy stable and secure from side effects. But the newest developments show that Europe is not able to secure the own interests by itself. In the following work I would like to show what the reasons for this are.

## **Persönliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

\_\_\_\_\_  
Nachname, Vorname (in Blockschrift)

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift